

## **9 Dringlichkeitsanträge**

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Wir sind jetzt mit der öffentlichen Tagesordnung am Ende, und kommen nun zu den Dringlichkeitsanträgen. Ich darf als Erstes Frau Gemeinderätin Elke Heinrichs bitten, um den Dringlichkeitsantrag der KPÖ-Gemeinderatsfraktion zum Thema Verbleib der Heimkontrollen bei der Stadt Graz.

### **9.1 Verbleib der Heimkontrollen bei der Stadt Graz (GR<sup>in</sup> Elke Heinrichs, KPÖ)**

GR<sup>in</sup> **Heinrichs:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Damen und Herren. Dieser dringliche Antrag mit dem Titel „Verbleib der Heimkontrollen bei der Stadt Graz“ ist uns ein sehr wichtiger, mir ein sehr wichtiger Antrag. Und weil er mir so ernst ist, möchte ich ihn vollinhaltlich vortragen, und das mache ich sehr zügig.

Bedauerlicherweise gibt es in Pflege- und Betreuungseinrichtungen immer wieder besonders drastische Fälle von Vernachlässigung bei der Pflege hilfloser Menschen zu beanstanden. So auch in der Steiermark im Spätherbst 2020, ist noch nicht so lange her, im Pflegeheim Tannenhof, St. Lorenzen. Damals mussten bekanntlich 25 Heeresbedienstete akut die Betreuung der Heimbewohner:innen übernehmen, ein bis dato nie dagewesener Fall.

Der „Fall Tannenhof“ warf die Frage auf, ob die Kontrollen in der Steiermark ausreichend sind? Das neue – noch in schleppender Ausarbeitung befindliche – Pflege- und Betreuungsgesetz des Landes Steiermark sieht nun eine beabsichtigte Zentralisierung der Heimaufsicht beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung vor. Bislang werden die Kontrollen der ca. 220 steirischen Pflgewohnheime in den steirischen Bezirken von den Bezirkshauptmannschaften, also den Landesbeamt:innen und Mitarbeiter:innen, ebendort mit kolportierten blinden Flecken durchgeführt, es

gab einen Steirerkrone-Bericht am 11. Oktober 2022. Besagte zentralistisch gelenkten Kontrollen sollen sich nach Plänen des Landes Steiermark künftig auch auf die 20 privat geführten Heime (ca. 1.800 Pflegeplätze) der Stadt Graz erstrecken. Selbstverständlich begrüßt die Stadt Graz steiermarkweite einheitliche Qualitätsstandards und damit auch eine – vom Rechnungshof angeregte – Harmonisierung der Heimkontrollen; eine sture Zentralisierung allerdings, die bestehende Strukturen und die bisherige Qualität gefährdet, ist jedoch deutlich zurückzuweisen. Dazu muss betont werden, dass die Stadt Graz mit der Pflegefachgruppe des Sozialamts bezüglich der Heimkontrollen seit Jahren eine unbestritten gut funktionierende Vorreiterrolle innehat, das ist uns ganz wichtig zu betonen, wonach die hohe Qualität der städtischen Kontrollen von Angehörigen, von Betreibern und Beschäftigten sowie auch seitens des Landes Steiermark bestätigt wurde. So haben sich beispielsweise sehr kurze Reaktionszeiten nach Meldungen von Missständen sowie Nacht- und Wochenendkontrollen als zielführend erwiesen. Das gut funktionierende städtische Kontrollsystem ist nun aber gefährdet, denn das Land Steiermark will der Stadt Graz die Kontrollen wegnehmen und – trotz gegenteiliger Zusagen – zentralisieren. Insofern schrillten bei den Verantwortlichen der Stadt Graz die Alarmglocken und es gab eine Reihe von Gesprächen des Gesundheitsstadtrates der Stadt Graz mit der zuständigen Landesrätin für das Land Steiermark. Eben aufgrund der hohen Standards in Graz, ich betone noch einmal, das ist bekannt und wird allseits bestätigt, hatte auch Frau Landesrätin Dr.<sup>in</sup> Bogner-Strauß persönlich zunächst zugesagt, für Graz eine eigene Lösung finden zu wollen. Leider steht diese Lösung nun aber doch auf der Kippe, es werden rechtliche Bedenken angeführt, allerdings der Verfassungsdienst verneint die Problematik. Zitat, Verfassungsdienst: „Die (sachliche) Zuständigkeit für ein- und dieselbe Angelegenheit gesetzlich verschiedener Behördentypen zu übertragen, ist zulässig.“ Ausdrücklich sei hier nochmals betont, dass eine Harmonisierung im Sinne von Qualitätskontrollen selbstverständlich zu begrüßen ist. Allerdings wird ein Qualitätsverlust für die Kontrollen in Graz befürchtet, weil eine Nivellierung nach unten vermutet werden darf, wie etwa weniger stattfindende oder kaum akut mögliche Kontrollen für jene Einrichtungen, für welche die Stadt Graz bislang die Verantwortung trägt.

Daher stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

Der Gemeinderat der Stadt fordert das Land Steiermark auf dem Petitionswege auf, von einer Zentralisierung der bewährten und gut funktionierenden Pflegeheimkontrollen abzusehen und sicherzustellen, dass die Pflege-Fachgruppe des Sozialamts des Magistrats der Landeshauptstadt Graz weiterhin in jedem privat geführten Grazer Pflegewohnheim mindestens zwei unangekündigte Kontrollen jährlich, Bedarfsprüfungen bei Beschwerden durch Bewohner:innen, Angehörige oder Beschäftigte sowie Untersuchungen, ob Mängel tatsächlich behoben wurden, durchführen können soll. Ich bitte um Annahme. Danke für die Aufmerksamkeit (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Bedauerlicherweise gibt es in Pflege- und Betreuungseinrichtungen immer wieder besonders drastische Fälle von Vernachlässigung bei der Pflege hilfloser Menschen zu beanstanden. So auch in der Steiermark im Spätherbst 2020 im Pflegeheim Tannenhof, St. Lorenzen. Damals mussten bekanntlich 25 Heeresbedienstete akut die Betreuung der Heimbewohner:innen übernehmen, ein bis dato nie dagewesener Fall. Der „Fall Tannenhof“ warf die Frage auf, ob die Kontrollen in der Steiermark ausreichend sind? Das neue – noch in schleppender Ausarbeitung befindliche – Pflege- und Betreuungsgesetz des Landes Steiermark sieht nun eine beabsichtigte Zentralisierung der Heimaufsicht beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung vor. Bislang werden die Kontrollen der ca. 220 steirischen Pflegewohnheime in den steirischen Bezirken von Landesbeamt:innen und Mitarbeiter:innen der Bezirkshauptmannschaften mit kolportierten blinden Flecken durchgeführt (vgl. Steirerkrone, 11. Oktober 2022). Besagte zentralistisch gelenkten Kontrollen sollen sich nach Plänen des Landes Steiermark künftig auch auf die 20 privat geführten Heime (ca.*

1.800 Pflegeplätze) der Stadt Graz erstrecken. Selbstverständlich begrüßt die Stadt Graz steiermarkweite einheitliche Qualitätsstandards und damit auch eine – vom Rechnungshof angeregte – Harmonisierung der Heimkontrollen; eine sture Zentralisierung, die bestehende Strukturen und die bisherige Qualität gefährdet, ist jedoch deutlich zurückzuweisen. Dazu muss betont werden, dass die Stadt Graz mit der Pflegefachgruppe des Sozialamts bezüglich der Heimkontrollen seit Jahren eine unbestritten gut funktionierende Vorreiterrolle innehat, wonach die hohe Qualität der städtischen Kontrollen von Angehörigen, von Betreibern und Beschäftigten sowie auch seitens des Landes Steiermark bestätigt wurde. So haben sich beispielsweise sehr kurze Reaktionszeiten nach Meldungen von Missständen sowie Nacht- und Wochenendkontrollen als zielführend erwiesen. Das gut funktionierende städtische Kontrollsystem ist nun aber gefährdet, denn das Land Steiermark will der Stadt Graz die Kontrollen wegnehmen und – trotz gegenteiliger Zusagen – zentralisieren. Insofern schrillten bei den Verantwortlichen der Stadt Graz die Alarmglocken und es gab eine Reihe von Gesprächen des Gesundheitsstadtrates der Stadt Graz mit der zuständigen Landesrätin für das Land Steiermark. Eben aufgrund der hohen Standards in Graz hatte auch Frau Landesrätin Dr.<sup>in</sup> Bogner-Strauß persönlich zunächst zugesagt, für Graz eine eigene Lösung finden zu wollen. Leider steht diese Lösung nun aber doch auf der Kippe, es werden rechtliche Bedenken angeführt – der Verfassungsdienst allerdings verneint die Problematik. Zitat, Verfassungsdienst: „Die (sachliche) Zuständigkeit für ein- und dieselbe Angelegenheit gesetzlich verschiedener Behördentypen zu übertragen ist zulässig“. Ausdrücklich sei hier betont, dass eine Harmonisierung im Sinne von Qualitätskontrolle selbstverständlich zu begrüßen ist. Allerdings wird ein Qualitätsverlust für die Kontrollen in Graz befürchtet, weil eine Nivellierung nach unten vermutet werden darf – wie etwa weniger stattfindende oder kaum akut mögliche Kontrollen für jene Einrichtungen, für welche die Stadt Graz bislang die Verantwortung trägt.

Daher stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

*Der Gemeinderat der Stadt fordert das Land Steiermark auf dem Petitionswege auf, von einer Zentralisierung der bewährten und gut funktionierenden Pflegeheimkontrollen abzusehen und sicherzustellen, dass die Pflege-Fachgruppe des Sozialamts des Magistrats der Landeshauptstadt Graz weiterhin in jedem privat geführten Grazer Pflegewohnheim mindestens zwei unangekündigte Kontrollen jährlich, Bedarfsprüfungen bei Beschwerden durch Bewohner:innen, Angehörige oder Beschäftigte sowie Untersuchungen, ob Mängel tatsächlich behoben wurden, durchführen können soll.*

**GR<sup>in</sup> Potzinger:**

Werte Antragstellerin, werte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Gemeinderatskolleg:innen, geschätzte Damen und Herren, die uns zuhören und zusehen. Wir als ÖVP-Fraktion haben uns das ganz genau angeschaut und werden in der Dringlichkeit und im Inhalt nicht zustimmen. Wir berufen uns auf den Allparteiantrag im Landtag im Mai 2022, aus dem hervorgeht, dass eine Zentralisierung der Heimaufsicht befürwortet wird, die KPÖ Steiermark hat diesem Antrag zugestimmt. Die Zentralisierung der Heimaufsicht bei der Landesregierung ist ein wichtiger Schritt für eine landesweite einheitliche Qualitätskontrolle in den Pflegeheimen. Die Überprüfung der Heime sowie eine Übersicht über Kriterien, Durchführung und Ergebnisse der Kontrollen sollen vereinheitlicht werden, und zwar auf hohem Niveau, um so zu einer besseren Vergleichbarkeit sowie zu einer höchstmöglichen Lebensqualität der Damen und Herren Bewohner und Bewohnerinnen führen. Nochmals gesagt, die KPÖ hat auf Landesebene diesem Antrag zugestimmt. Das Zitat des Verfassungsdienstes, das die Antragstellerin hier gebracht hat, möchte ich wissen, wo sie das her hat, das ist uns in dieser Form nicht bekannt. Feststeht, es gibt keine sachliche Rechtfertigung für diese Sonderregelung für die Stadt Graz, die offenbar hier jetzt im Raum steht, entsprechend der soeben zitierten Stellungnahme auch im Sozialamt, es gab keine rechtlich haltbare Begründung für diese Ausnahmeregelung. Und wenn diese einheitliche Kontrolle auch den Kriterien

der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit entspricht, das sind für uns die obersten Gebote des Rechnungshofes, und eine einheitliche höchstmögliche Qualität in den Einrichtungen garantiert, dann können wir nur befürworten, was der einstimmig angenommene Antrag im Steiermärkischen Landtag hier vorsieht, noch einmal gesagt, auch von der KPÖ Steiermark so beschlossen. Deshalb unsere Haltung, in der Dringlichkeit und im Antrag keine Zustimmung (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Heinrichs:**

Nur ganz kurz. Liebe Sissi, sehr gerne, ich habe es nur heute nicht dabei, reiche ich diese Unterlagen, nach denen du gefragt hast, nach bei nächster Gelegenheit. Und ich darf nur noch einmal betonen, wie immer im Land abgestimmt wurde, wir haben uns, weil wir der Meinung sind und nicht nur der Meinung sind, sondern wissen, dass wir in Bezug auf Pflege in einer absoluten Malaise angekommen sind, dazu entschlossen, diesen dringlichen Antrag zu stellen. Es geht uns überhaupt nicht darum, irgendetwas Sinnvolles an Zentralisierung ablehnen zu wollen, aber ganz wichtig ist, dass wir diese, und das habe ich schon im unmittelbaren Antragstext betont, mindestens zwei unangekündigten Kontrollen jährlich und die Bedarfsprüfungen bei Beschwerden akuterweise weiterhin vornehmen lassen wollen, das im Zusammenhang mit den bewährten Einrichtungen der Stadt Graz, und das ist aus jeder Richtung auch amtlicherseits bestätigt, dass das so ist. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Neos) angenommen.***

**StR Mag. Krotzer:**

Danke erst einmal für die Dringlichkeit. Vielleicht noch einmal verdeutlichen, worum geht es und was bedeutet die Tatsache, dass wir im Pflegereferat des Sozialamtes die Kontrollen über die 20 privaten Pflegeheime in der Stadt Graz haben? Wenn ich oder das Sozialamt oder das Pflegereferat morgen in der Früh eine Beschwerde bekommen

von einer Bewohnerin, von einem Angehörigen, von einer Pflegebeschäftigten, dann ist unser Team mit den Amtssachverständigen noch am selben Tag dort und sind die morgen noch dort und morgen am Nachmittag haben wir einen Bericht darüber, ob das stimmt, was an Vorwürfen da ist, was es an vermuteten Misständen gibt, oder ob es nicht stimmt. Auf jeden Fall aber weiß dann der Heimbetreiber, die Stadt hat ein Auge darauf, wir müssen uns darum kümmern, und natürlich werden wir das kontrollieren. Das ist Status quo, das ist Status quo, wie er auch vom Land selbst und von der zuständigen Landesrätin in mehreren Gesprächsrunden zugesagt worden ist, das ist top und das ist das, was das Land Steiermark für die ganze Steiermark haben will. Soweit einmal unbestritten. In diesen Gesprächen mit der Landesrätin ist mir mehrfach persönlich zugesagt worden: Ja, wir finden hier eine Regelung, macht ja Sinn, wenn ihr den höchsten Standard habt, dann sollt ihr das bitte auch weiterhin so machen. Dann kam dieser Allparteiantrag, der ja ein riesiges Maßnahmenpaket beinhaltet, unter anderem auch neben vielen anderen Dingen wie, dass z.B. unser Grazer Kliententarifmodell jetzt steiermarkweit ausgerollt werden soll, dass es auch zu einer einheitlichen Qualitätssicherung bei den Heimkontrollen kommen soll. Wir sind die Letzten, die dagegen sind, aber eines muss ich schon sagen, da habe ich auch mit den Kolleg:innen im Land gestritten, das ist wirklich das billigste Argument, in Anbetracht dessen, worüber wir hier reden, zu sagen, auf Landesebene hat eure Partei dem auch zugestimmt. Erstens geht es hier nicht um die Partei, da geht es um das Sozialamt, da geht es um das Pflegereferat, da geht es um 1.800 pflegebedürftige Menschen bei uns und ich bin sehr froh und dankbar und hoffe, dass es auch Frucht tragen wird, dass der Herr Landeshauptmann, ich habe heute die Gelegenheit genutzt, als er hier gewesen ist, mit ihm auch zu sprechen, der hier offensichtlich noch einmal ein bisschen weiter ist und auch aus seiner Erfahrung als Landesrat für Pflege weiß, was wir hier Vorbildliches haben und er mir auch gesagt hat, er wird das noch einmal prüfen, er wird mit der Landesrätin auch darüber sprechen. Ihm erscheint es nicht sinnvoll, in der eh schon so prekären und angespannten Situation, die es in der Pflege gibt, der Stadt etwas wegzunehmen, was super funktioniert in der Stadt, weil, und damit schlage ich zum Ende den Bogen vorhin, wenn wir das nicht mehr haben, wenn

wir die Heimkontrollen nicht mehr in der Stadt haben, dann schaue ich mir an, was passiert, wenn morgen eine Beschwerde von einem Angehörigen kommt oder von einem Bewohner oder einer Beschäftigten, und wir geben das weiter an das Land Steiermark, wie lange es dauert, bis das Land Steiermark dort ist und diese Misstände tatsächlich kontrolliert. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass die Zeiten überall außerhalb von Graz mitunter erschreckend lange sind und dass auch erschreckende Versäumnisse hier sind bei den Kontrollen, und das wollen wir in der Stadt Graz nicht und deswegen die Vehemenz und vielleicht auch noch einmal die Bitte, dem zuzustimmen. Danke (*Appl.*).

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Neos) angenommen.***

## **9.2 Brennpunkt Volksgarten (GR<sup>in</sup> Anna Hopper, ÖVP)**

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtsenatsreferentinnen und Stadtsenatsreferenten, liebe Kolleginnen und Kollegen sowie Zuhörer digital und hier. Ich darf heute einen Antrag einbringen, der aus unserer Sicht wahrhaftig der Inbegriff eines dringlichen Antrages ist, so wie wir ihn verstehen, aber ich glaube, dass grundsätzlich ein Verständnis herrscht, was diese Dringlichkeit konstituiert. Er betrifft den Volksgarten und die aktuellen Entwicklungen, die sich im Volksgarten gerade abspielen. Der Grazer Volksgarten, und darauf möchte ich ganz kurz eingehen, ist ja eigentlich, und das ist logisch, wie die meisten von uns wissen, als Erholungsraum gedacht und wird aber aktuell nicht aufgrund seines erholsamen Faktors diskutiert, sondern aufgrund einer Negativentwicklung, die sich hier aus unserer Sicht nun so weit zugespitzt hat, dass es ganz dringenden Handlungsbedarf konstituiert, den wir hiermit auch im Gemeinderat thematisieren möchten. Dem zugrunde liegt das Grundsätzliche,

und wir haben mit sehr, sehr vielen Anrainerinnen und Anrainern gesprochen, wir haben Direktmeldungen bekommen von Personen, wir haben viele, und wahrscheinlich kennt ihr alle Leute, die regelmäßig im Volksgarten unterwegs sind, und alle teilen, zumindest laut unserer Wahrnehmung und dem, was uns zugetragen wurde, ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit inzwischen, das sich auf den Lärm, die Drogenszene und die Vermüllung zurückführen lassen kann, wenn man wirklich hergehen möchte und das herunterbrechen will. Selbstverständlich ist aber auch die Gewalt vor Ort, und damit sind wir auch in den Medien sehr intensiv konfrontiert worden, das allererste Mal im Juli 2022, wo ein Weißrusse nach einer Messerattacke im Volksgarten verstorben ist. Auch am 11. November dieses Jahres, wo mehrere Männer mit Schlagstöcken aufeinander losgegangen sind, und die Allermeisten haben es wahrscheinlich auch den Zeitungen entnommen oder während der Klubsitzungen gestern schon gesehen, auch gestern wurde wieder ein Mann festgenommen, der eine Frau angegriffen hat und sich dann auch noch gewehrt hat, als die Polizistinnen und Polizisten ihn entsprechend einvernehmen wollten. Das ist natürlich etwas, das jetzt nicht komplett total neu ist, das ist nicht etwas, was wir gerade jetzt erst entdeckt haben, sondern etwas, das sich entwickelt hat, meine Kolleg:innen werden vielleicht dazu später noch etwas sagen, aber aus unserer Sicht ist es wirklich wichtig, hier jetzt auch aktiv auch Schritte zu setzen. Und in dieser Diskussion gerade über den Volksgarten, und wir haben auch vorhin schon über Prävention etc. gesprochen, ich möchte an dieser Stelle auch ganz klar sagen, dass wir selbstverständlich auch für präventive Maßnahmen sind, dass wir dafür sind, dass man sich lange im Vorhinein damit beschäftigt, wie man hier vorbeugend sein kann. Aber die aktuelle Lage aus unserer Sicht ist derart dringlich, dass es hier ganz konkrete Maßnahmen braucht, und diese Maßnahmen sollten aus unserer Sicht nicht so funktionieren, dass man sich gegenseitig Zuständigkeiten vorhält und die hin- und herschiebt, sondern die Stadt hat hier Möglichkeiten und diese sollten wir aus unserer Sicht auch nutzen. Aus diesem Grund darf ich den

**Antrag**

einbringen, um das Sicherheitsgefühl im Volksgarten wieder zu stärken und um den Anrainern und Besucher:innen wieder einen sicheren Erholungsraum zu ermöglichen, dass Frau Bürgermeisterin Elke Kahr im Rahmen ihrer Zuständigkeiten ein gemeinsames Konzept mit der städtischen Erwachsenensozialarbeit und der Polizei speziell für den Volksgarten erarbeiten möge sowie die Einführung einer Schutzzone für den Volksgarten mit der Sicherheitsbehörde besprechen möge sowie zu prüfen, wie hier die Umsetzungsmöglichkeiten aussehen. Die Bürgermeisterin möge des Weiteren die Ordnungswache schwerpunktmäßig bzw. verstärkt im Volksgarten einsetzen, um gemäß der eigenen Aufgabenbeschreibung das Sicherheitsgefühl der Bürger:innen zu heben. Auch unsere Vizebürgermeisterin würden wir bitten, im Rahmen ihrer Zuständigkeit der Parkraumgestaltung ein smartes Beleuchtungssystem, und auch das ist schon sehr, sehr oft besprochen worden, welches vor Vandalismus geschützt ist und auf akustische Signale und Bewegung reagiert, im Volksgarten zu prüfen. Sie möge des Weiteren gemeinsam mit der Polizei sowie der Holding Graz/Grünraumpflege den bodennahen Grünschnitt und die Bepflanzung so gestalten, dass künftig Drogen nicht mehr so leicht versteckt werden können. Auch das wissen wir, da hat es schon Maßnahmen gegeben, ich glaube, das sollte man sich einfach noch einmal anschauen und hier ein klares Commitment abgeben. Des Weiteren und in das gleiche Rohr stoßend möge auch die Einführung einer trichterförmigen Plastikabdeckung für Mistkübel prüfen werden, um präventiv Drogenverstecke einzuschränken. Wir alle kennen Geschichten von Familien, oder immer wieder kommen auch Berichterstattungen zu uns oder werden uns als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte herangetragen, dass selbst bei dem Spielplatz, der eigentlich, glaube ich, sehr, sehr vielen Familien als Möglichkeit des Herumtollens, Möglichkeit der Freizeitgestaltung und als kleine Grünoase dienen soll, immer wieder auch in Sandkisten kleinere Pakete, größere Pakete entdeckt werden, und das ist etwas, wogegen wir uns ganz klar aussprechen und weshalb wir alle Gemeinderatskolleg:innen um Zustimmung zu diesem Stück bitten würden. Dankeschön (*Appl.*).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Der Grazer Volksgarten im Stadtbezirk Lend wurde 1875 als Pendant zum größeren Grazer Stadtpark auf der anderen Seite der Mur angelegt und eröffnet. Der angedachte Erholungsraum für Grazerinnen und Grazer wurde im Laufe der Zeit immer wieder erweitert und umgestaltet. So finden sich neben Alleen, z.B. auch zwei Hartplätze und eine neue Skateranlage im Park. Leider gibt es aber auch Schattenseiten des Volksgartens. Diese werden immer präsenter und spürbarer. Konkret geht es um drei Themenschwerpunkte:*

- 1.) den Lärm*
- 2.) die Drogenszene*
- 3.) die Vermüllung*

*Der Lärm macht vor allem den BewohnerInnen der Mühlgasse zu schaffen. Die befestigten Sportplätze werden anderwärtig genutzt und oft über die Öffnungszeiten hinaus. Die Vermüllung und Vandalenakte um die Spiel- und Hartplätze sowie Teiche, vor allem an den Wochenenden, ist schlicht weg nicht mehr tragbar, und wird dem Ursprungsgedanken eines Erholungsgebietes nicht gerecht. Fast alle AnrainerInnen und BesucherInnen des Volksgartens haben aufgrund des omnipräsenten Drogenthemas ab Betreten des Parks ein ständig mulmiges Gefühl im Bauch. Man wird fast immer auf Drogen angesprochen und vor allem in der Doblergasse und Weißeneggergasse werden Drogen von Dealern teilweise so naiv bzw. unheilvoll versteckt (z.B. in einer Sandkiste), dass diese auch von Kindern gefunden werden. Dass dies ein sehr ernstzunehmendes Thema ist, zeigt auch der Polizeigroßeinsatz im Rahmen einer Schwerpunktaktion gegen den Drogenhandel am 15. August dieses Jahres. Oder Ende Juli 2022, wo ein Weißrusse nach einer Messerattacke im Volksgarten verstarb. Zu schlechter Letzt, der 11.11. dieses Jahres, wo mehrere Männer mit Schlagstöcken aufeinander losgegangen waren und dadurch wieder ein Großpolizeieinsatz ausgelöst wurde. Es gibt also dringenden Handlungsbedarf, um den Volksgarten wieder zu dem zu machen, wozu er gegründet wurde – nämlich zu einem Erholungsraum für die Anrainer und*

*Besucher:innen. Instrumente gäbe es genug. So könnte die Ordnungswache, gemäß ihrer Aufgabenbeschreibung, mit ihrer Präsenz alleine für mehr Ordnung und ein größeres Sicherheitsgefühl sorgen. Es gab auch bereits Ideen für ein intelligentes Beleuchtungssystem im Volksgarten. Bewegungs- und Lärmsensoren könnten dafür sorgen, dass kein Passant mehr im Dunklen geht und dass potentielle Ruhestörer ferngehalten werden. Durch einen vernünftigen Grünschnitt und Gestaltung der bodennahen Bepflanzung könnte man präventiv verhindern, dass Drogendealer leicht Verstecke im Volksgarten vorfinden. Um das Sicherheitsgefühl im Volksgarten wieder zu stärken und um den Anrainer- und BesucherInnen wieder einen sicheren Erholungsraum zu ermöglichen, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden*

**dringlichen Antrag:**

*Bürgermeisterin Elke Kahr, möge im Rahmen ihrer Zuständigkeiten:*

- ein gemeinsames Konzept mit der städtischen Erwachsenensozialarbeit und der Polizei speziell für den Volksgarten erarbeiten.*
- die Einführung einer Schutzzone für den Volksgarten mit der Sicherheitsbehörde besprechen und prüfen.*
- die Ordnungswache schwerpunktmäßig bzw. verstärkt im Volksgarten einsetzen, um gemäß der eigenen Aufgabenbeschreibung das Sicherheitsgefühl der Bürger:innen zu heben. Vizebürgermeisterin Mag.<sup>a</sup> Judith Schwentner möge im Rahmen ihrer Zuständigkeit der Parkraumgestaltung*
- ein smartes Beleuchtungssystem, welches vor Vandalismus geschützt ist und auf akustische Signale und Bewegung reagiert, im Volksgarten prüfen.*
- gemeinsam mit der Polizei und der Holding Graz/Grünraumpflege den bodennahen Grünschnitt und die Bepflanzung so gestalten, dass künftig Drogen nicht mehr so leicht versteckt werden können.*
- die Einführung einer trichterförmigen Plastikabdeckung für Mistkübel prüfen, um präventiv Drogenverstecke einzuschränken.*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Ich vermute, in einem Punkt sind wir uns einig, der Volksgarten ist ein Brennpunkt. Der Volksgarten ist ein sicherheitspolitisches Problem und, wie es im Antrag formuliert worden ist, mit Sicherheit ist vieles davon wichtig. Es gibt Lärmprobleme, es gibt Drogenprobleme, es gibt aber auch, das möchte ich betonen, andere Formen der Kriminalität, die im Volksgarten virulent sind, und es gibt natürlich das Problem der Vermüllung und wahrscheinlich auch viele, viele andere Probleme. Das ist die eine Seite, die andere Seite, da wundere ich mich immer wieder, wie die ÖVP hier vorgeht, sie markiert immer, die Sicherheitspartei sein zu wollen und ist in sich bis zu einem gewissen Grad gespalten. Der Innenminister, also der höchste Vertreter der Sicherheitsverwaltung, ist ein ÖVPLer und den hat man in den eigenen Reihen, und ich erinnere mich noch, vor wenigen Monaten hat es einen Antrag von unserer Seite gegeben, 100 Polizisten, 100 Planstellen für den exekutiven Außendienst mehr für Graz. Man thematisiert die Probleme im Volksgarten, man thematisiert die Probleme beim BILLA-Eck, und auf der anderen Seite geht man dann bei wirklichen Schritten zu mehr Sicherheit nicht mit. Und das ist mir wirklich schleierhaft, wie man immer so eine Effekthascherei betreiben kann, dass wir die Sicherheitspolizei sind und in Wirklichkeit wird dann nichts in diese Richtung bewegt. Und genau aus diesem Grund, sofern die Dringlichkeit natürlich angenommen wird, möchten wir einen

### **Abänderungsantrag**

einbringen. Wir brauchen diese Schutzzone, die berechtigterweise in dem Antrag gefordert wird, nicht nur für den Volksgarten, wir brauchen sie natürlich auch für den Hauptplatz, Sprichwort BILLA-Eck, wir brauchen sie aber auch für das Areal des Hauptbahnhofes, wir brauchen eine Aufstockung der Ordnungswache, oftmals bereits gefordert. Und wir brauchen im Prinzip ein robustes Mandat für die Polizei, um hier für Recht und Ordnung zu sorgen, und diese Weichspülermentalität, wo man dann doch wieder Abstand nimmt von einer Law-and-Order-Politik von Seiten der ÖVP, die ist in Wirklichkeit immer mehr scheinheilig (*Appl.*).

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Bereits seit knapp einem Jahrzehnt kämpfen wir für Entschärfungen bestimmter Hotspots in Graz. Eine verfehlte Sozialpolitik trägt zur Verschärfung dieser Situation bei.*

*Da dieses Thema mittlerweile seit Jahren ein Problem darstellt und es immer wieder zu teils schwerwiegenden Delikten kommt, ist Gefahr in Verzug und ein sofortiges Handeln notwendig. Daher ist der direkte Weg zum ÖVP-Innenminister effektiver.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den*

**Abänderungsantrag,**

*der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

- 1. eine Schutzzone am und rund um den Volksgarten zu prüfen und beim Innenministerium einzufordern*
- 2. eine Schutzzone am und rund um den Grazer Hauptplatz zu prüfen und beim Innenministerium einzufordern*
- 3. eine Schutzzone am und rund um den Grazer Hauptbahnhof zu prüfen und beim Innenministerium einzufordern*
- 4. Ordnungswache und Polizei sollen sich zeitnah abstimmen und gemeinsam Maßnahmen setzen, die zur Sicherheit der Grazer bei besagten Hotspots beitragen*
- 5. Prüfung einer personellen Aufstockung der Ordnungswache*

GR<sup>in</sup> Sabine **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzter Stadtsenat. Ich möchte hier nur ein paar Fakten aufzählen, warum wir für die Dringlichkeit in diesem Fall sind, da möchte ich einfach ein paar Vorfälle skizzieren, und zwar: Ein kriminelles Duo attackierte

Grazer mit Messern, Opfer nach Überfall mit Baseballschläger in akuter Lebensgefahr, Handtaschenraub, Schwerpunktaktion der Polizei im Volksgarten, Weißrusse nach starker Messerattacke im Krankenhaus, Männer gingen mit Schlagstöcken auf einander los, Rumäne wehrte sich gegen Festnahmen und verletzte Polizistin.

Und jetzt sind wir da, ich weiß, dass in erster Linie die Polizei zuständig ist, aber ich glaube, dass auch die Stadt in Kooperation sehr viel machen kann; da habe ich schon angesprochen diese Beleuchtung, was eigentlich sinnvoll wäre aus eigener Erfahrung, würde eine Beleuchtung für Personen, die sich gerade zur Dämmerungszeit unterwegs sind, ein gewisses Sicherheitsgefühl geben. Und auch, was die Stadt selbst in der Hand hat, wäre ja die Ordnungswache. Also wenn die Ordnungswache dort mehr patrouillieren würde, würden sich vielleicht auch Kinder oder Minderjährige sicherer fühlen und auf gewisse Uniformierte zugehen, wenn sie ein Problem hätten, die könnten dann in der Folge ja sowieso die Polizei anrufen, wenn wirklich der Hut brennen sollte. Aber dass ich jetzt davon sprechen muss, dass ich jetzt unbedingt mehr Exekutive für Graz brauche, um das ganze Problem in den Griff zu bekommen, da stimme ich dir eigentlich nicht ganz zu, weil ich eben sage, dass die Stadt selbst genug in der Hand hat, um ein gewisses Sicherheitsgefühl nach außen zu bringen. Und das ist eigentlich etwas, und ich hoffe, Sie gehen mit der Dringlichkeit mit, weil da geht es wiederum für mich in erster Linie darum, dass man besonders schützenswerte Personen, ob das jetzt minderjährige Kinder sind oder Frauen in der Dämmerung, welche vielleicht alleine unterwegs sind, dass da schon ein Handlungsbedarf ist, auch ein dringender Handlungsbedarf, und ich glaube, der Dringlichkeit steht eigentlich nichts dagegen, würde ich sagen. Danke (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Besten Dank, Frau Gemeinderätin. Sie können nichts dafür, das habe ich übersehen, ich hätte Sie gar nicht zur Wort kommen lassen dürfen zur Dringlichkeit, weil Sie ja die Antragstellerin sind, also Ihre Partei. Da kann sich dann die Partei nicht zur Dringlichkeit melden.

**GR Alic:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Anna. In deinem Fall werde ich den Klub der Exekutive ein bisschen vervollständigen. Sabine, ich traue mich gar nicht, dir zu widersprechen, ich muss es aber trotzdem tun (*Gelächter im Saal*).

Du bist derweil weit genug weg von mir. Ich glaube schon, dass man mehr Personal für die Polizei braucht, das ist aber nur ein kleiner Aspekt insgesamt. Natürlich müssen wir der Dringlichkeit zustimmen, denn wenn Drogen in der Nähe von Spielplätzen sind, insgesamt die Drogenproblematik und auch die Gewaltakte im Volksgarten zunehmen, denn denke ich, ist das dringlich einerseits. Die Dani Gmeinbauer hat es heute schon gesagt, dass jedes Ding zwei Seiten hat, das Ding hat viele Seiten, aber erkenne ich nicht, zwei Seiten kann ich sicher beleuchten: das ist die persönliche und die aus Seiten der Exekutive. Zuständig für die Errichtung von Schutzzonen ist die Polizei, also da können wir jetzt als Stadt Graz nichts machen; was aber natürlich schon ist, und das passiert allerdings schon, dass die Stadt Graz und die Bürgermeisterin selbst im ständigen Austausch mit der Polizei ist. Wenn die jetzt aber sagen, dass die Deliktstatistik sozusagen das nicht hergibt zurzeit, ich habe vollstes Vertrauen in die Arbeit der Polizei, die arbeiten gut, da bin ich mir sicher, weil wenn es nicht so wäre, dann wäre mein Gefängnis nicht so voll und ich hätte wenig zu tun (*Gelächter im Saal*). Also das möchte ich auch angemerkt wissen. Es gibt, was das betrifft bei diesem Thema, das ist natürlich heikel, und es gibt keine 100-prozentige Wahrheit, aber es gibt Wahrnehmungen und was wir nicht dürfen, zwei Dinge dürfen wir nicht machen, wir dürfen es nicht ignorieren oder bagatellisieren, wir dürfen es aber auch nicht aufbauschen. Jetzt kann man einen Bauchstich natürlich nicht aufbauschen, das ist schlimm genug, aber statistisch gesehen ist das wenig, hilft dem nichts, der den Bauchstich bekommt, möchte ich auch ausdrücklich sagen. Und was man auch nicht machen darf, und das ist, glaube ich, die größte Gefahr insgesamt, nicht in Graz, und das will hier auch keinem vorwerfen, also die größte Gefahr aus meiner Sicht für die Sicherheit in dem ganzen Land ist, wenn Innenminister parteipolitisches Kalkül über das Wohl der Bevölkerung stellen. Und ich möchte mir jetzt nicht vorstellen, wie es im

Volksgarten aussieht, wenn wir den Kickl seine Pferde hätten. Und das andere, was ich anmerken möchte, da habe ich gerade angefangen im Gemeinderat und ich habe kurz nach der Aktion Nachtdienst gehabt, deswegen weiß ich das so genau und kann mich sehr gut erinnern, da war auf der Titelseite der Kronenzeitung der damalige Innenminister, uns wohl bekannt aus diversen Zeitungsberichten in anderem Zusammenhang, der Herr Sobotka und der ehemalige Bürgermeister der Stadt Graz auf der Titelseite der Kronenzeitung, wo sie gerade eine Drogenrazzia sozusagen fertiggemacht haben und vollzogen haben. Und ich habe mir zuerst gedacht, natürlich jetzt nur als Scherz und das soll überzeichnet sein, dass die Polizei schon so knapp mit dem Personal ist, dass der Bürgermeister und der Innenminister hier die Arbeit machen. Das war aber nicht so, das war Wahlkampf, und genau das meine ich. Das hilft uns nichts, wenn wir das jetzt parteipolitisch irgendwie instrumentalisieren solche Sachen, die sind so schon schlimm genug, da brauchen wir nichts mehr aufbauschen, überhaupt nicht. Weil wir verunsichern die Leute und Graz ist eine sichere Stadt, das möchte ich auch ausdrücklich betonen; aber wie gesagt, statistisch gesehen ist es wurscht, wenn es nur einer ist, dem in den Bauch gestochen wird, wenn er betroffen ist. Und jetzt möchte ich um getrennte Abstimmung bitten beim Inhalt, also der Dringlichkeit stimmen wir zu. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

Zwei Sachen brennen mir gerade auf der Zunge, die ich noch gerne loswerden würde. Vielen Dank auf alle Fälle für das Zusagen der Dringlichkeit, das zeigt, glaube ich, dass es tatsächlich hier sehr, sehr brisant ist. Ich habe mir auch wirklich Mühe gegeben in meinem Vortrag, das möglichst nicht jetzt pseudopolitisierend oder polarisierend rüberzubringen, auch wenn der Kollege Winter das ein bisschen anders sieht. An dieser Stelle vielleicht auch noch angemerkt, der Horst macht das auch immer so humorvoll, ich möchte das einfach mitnehmen, ich meine, es ist schon sehr, sehr skurril, dass der Herr Winter, der meines Wissens nach ja auch Polizeijurist ist, ...

*Zwischenruf GR Mag. Winter: Nein, falsch.*

GR<sup>in</sup> **Hopper:**

... oder war, Entschuldigung, tut mir leid, hier über die ÖVP und deren Interpretationen philosophiert. Ich habe gedacht, da sind wir drüber hinweg, und gerade du, gerade ihr, der ÖVP über Zerrissenheit etwas vorzulegen, finde ich halt auch extremst skurril, sei mir noch diese Anmerkung erlaubt bitte. Zum Horst noch etwas, was mir ganz wichtig war, weil du das ja richtig auch gesagt hast bezüglich der Schutzzonen, das ist uns vollkommen bewusst, wir haben auch nicht reingeschrieben, die Bürgermeisterin möge jetzt sofort das beschließen, wir wissen, dass das nicht möglich ist. Ich glaube, dass es wichtig ist, tatsächlich über diese Schutzzonen auch zu sprechen und wirklich das auch noch einmal anklingen zu lassen. Uns ist es auch bekannt, dass für die Etablierung einer Schutzzone, für das Einsetzen einer Schutzzone eine gewisse Anzahl an Delikten und eine gewisse Relation notwendig ist, das wissen wir. Und gleichzeitig, glaube ich, kennen sehr, sehr viele Leute auch hier Personen, die durch den Volksgarten gegangen sind, vielleicht etwas gesehen haben und das nicht unmittelbar sofort zur Anzeige gebracht haben. Und ich glaube, dass man diesen Aspekt einfach wirklich mitnehmen muss und diese Berichte als Stadt Graz auch mit der Polizei besprechen und das war wirklich unser Anliegen, weil wir auch über den Bezirksrat, nämlich ich an der Stelle wirklich danke sagen möchte, sehr, sehr viele Inputs und sehr, sehr viele Rückmeldungen zum Volksgarten und der aktuellen Situation bekommen haben, und das sehe ich als unsere Aufgabe als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, diese auch ernst zu nehmen und zu schauen, was wir hier unmittelbar dafür tun können. Ich freue mich auf die inhaltliche Debatte. Danke, Frau Bürgermeisterin  
*(Appl.).*

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR<sup>in</sup> **Wutte:**

Liebe Antragstellerin, liebe Anna, erst einmal danke für die großteils sachlich geführte Debatte bisher. Ganz am Anfang möchte ich noch einmal festhalten, dass ich die Sorgen und das Unwohlsein der Anrainer:innen und der Menschen, die im Park sind, sehr gut verstehen kann. Ich selbst habe auch sehr lange in der Nähe vom Volksgarten gewohnt, habe dort sehr viel Zeit mit meinen kleinen Kindern verbracht. Ich persönlich habe mich dort nie unsicher gefühlt, aber ich weiß auch, dass das etwas Subjektives ist, wie man sich in Situationen fühlt, und natürlich ist es nicht super, wenn man dort mit kleinen Kindern ist und sieht, wie am helllichten Tag gedealt wird. Das ist klar, das ist nicht angenehm für einen selbst und es ist auch klar, wie es auch im Zeitungsartikel gesagt wurde, dass es natürlich absolut nicht zu tolerieren ist, wenn Menschen beschimpft werden, am helllichten Tag bedroht werden usw. Ich glaube, da sind wir uns alle darin einig und ich bin auch froh, dass wir das Thema einfach ganz sachlich diskutieren und uns darüber austauschen, was sinnvolle Wege sind, hier mit der Situation umzugehen. Was kann getan werden, um die Situation jetzt nachhaltig zu verbessern? Es ist im Zeitungsartikel ja auch schon ein Vertreter der Polizei zitiert worden, der eben auch gesagt hat, der Horst hat es gesagt, dass die Statistik das auch gerade nicht hergibt, eine Schutzzone. Es ist aber bei der Bezirksversammlung auch noch ausführlicher, glaube ich, mit der Polizei diskutiert worden, ich weiß jetzt nicht, ob jemand im Raum dabei war, aber es ist uns auch weitergegeben worden, was dort so an Einschätzungen von Seiten der Polizei war. Und neben dem, dass die Statistik das momentan nicht hergibt, war dort die Einschätzung der Polizei eben auch die der Schutzzone, eben die Suchtkriminalität sehr oft verlagern und auch personell sehr ressourcenintensiv sind. Und ihre Einschätzung ist die, dass die personellen Ressourcen in vielen Fällen auch besser eingesetzt werden können, also z.B. durch verdeckte Ermittlungen, Arbeit im Hintergrund, dass dadurch halt viel mehr Drogenkriminalität tatsächlich aufgedeckt werden kann, war ihre Meinung dort. Und etwas, was dort auch ganz stark angeregt wurde, was ich an der Stelle auch noch einmal aufgreifen und mitnehmen möchte, das schließt ein bisschen den Kreis zu der Projektförderung für die Stadtteilarbeit, die wir auch vorhin beschlossen haben, eine ganz wesentliche

Empfehlung von Seiten der Polizei ist, dass man Parks bespielen muss, dass es dort ein vielfältiges Angebot für verschiedene Altersgruppen, für Kinder und Jugendliche geben muss. Je besser ein Park bespielt und genutzt wird, desto stärker treten eben diese genannten Probleme, vor allem die Suchtkriminalität, in den Hintergrund, und das ist vielleicht jetzt so an anderer Stelle noch einmal eine gute Begründung, warum es auch Sinn macht, in diese Bereiche Geld zu investieren. Und weil ja auch der Kurt Hohensinner dieses Thema jetzt medial sehr stark vorangetrieben hat, vielleicht auch an dich die Bitte, Kurt, weil du ja auch für Jugend und Familie zuständig bist und z.B. die Spielbusse im Sommer auch regelmäßig im Volksgarten sind, das ist auch ein super Angebot, denke ich, was gerne in Anspruch genommen wird und z.B. den Park auch total positiv belebt, andere Personen in den Park bringt und zu einer Veränderung der Situation führt und vielleicht können wir das einfach aus der Debatte auch mitnehmen, dass du hier weiterdenkst, was du in dem Bereich ausbauen könntest. Inhaltlich führt mich das dazu, dass wir das eben auch gerne getrennt abstimmen wollen würden, die genannten Punkte, ich gehe jetzt kurz noch auf die einzelnen Punkte ein. Dem ersten Punkt werden wir zustimmen, das passiert ja auch laufend, also die zuständige Bürgermeisterin ist laufend in Kontakt und kann da, glaube ich, gerne weiterarbeiten. Dem zweiten Punkt werden wir nicht näher treten aus genannten Gründen, wenn es hier von der Polizei eine klare Einschätzung zu dem Thema Schutzzone gibt, sehe ich nicht, warum wir das jetzt prüfen sollten. Drittens, dem werden wir zustimmen, das kann sicher Sinn machen, dass die Ordnungswache hier verstärkt Präsenz zeigt. Dem vierten Punkt, smarte Beleuchtungssysteme, werden wir nicht zustimmen, weil es schon einmal geprüft wurde. Das wundert mich irgendwie, weil ihr solltet das wissen, dass es 2018 ja eh eine Prüfung gab unter dem damaligen ÖVP-Bürgermeister und man kann gerne auf diesen Ergebnissen aufbauen, aber man muss jetzt nicht etwas prüfen, was eh schon geprüft wurde. Dem fünften Punkt werden wir nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass wir hier jetzt nicht die Büsche kahlschneiden wollen sozusagen, der Park soll ja auch ästhetisch und landschaftlich schön bleiben und sein. Und auch dem sechsten Punkt werden wir nicht zustimmen. Vielen Dank von unserer Seite für die sachliche Debatte. Ich freue mich, dass wir doch einigermaßen auf einem

gemeinsamen Nenner in dem Ganzen kommen konnten und wünsche mir einfach in Zukunft, wie es auch der Horst schön gesagt hat, das ist eigentlich ein viel zu wichtiges Thema, um es irgendwie politisch zu instrumentalisieren, bleiben wir im Austausch miteinander, mit der Polizei, mit allen, die diesen Park nützen, setzen wir uns an einen Tisch und schauen, was einfach gute Lösungen für den Park sind. Danke (*Appl.*).

**StR Hohensinner:**

Danke, ich möchte mich für die konstruktive und sachliche Diskussion bedanken. Ich möchte vielleicht gleich eingangs noch einmal unterstreichen, es ist derzeit die Situation im Volksgarten für Kinder und Familien angespannt bis bedrohlich. Ich möchte ein paar Reaktionen auf das Gesagte geben. Du Manuela, ja, wir haben es ja versucht mit Bezirkssporttagen und das Spielmobil könnte ich mir auch gut vorstellen, nur müssen wir den Park vorher sicher machen. Ich habe einen Bezirkssporttag organisiert und da sind die Lehrer dann mit den Schülern zu uns gekommen und haben gesagt, es ist schwierig in der Wiese, es liegen Drogenspritzen herum, das WC war unsicher, die Kinder und Jugendlichen sind angepöbelt worden. Ich glaube, so eine positive Verdrängung kann man machen, aber es braucht einmal eine Grundsicherheit im Park. Zum Kollegen Winter, ich finde es schon ein bisschen komisch, dass du dich zu diesem Thema zu Wort meldest, gerade was Parks betrifft, du hast in der Vergangenheit nicht immer Vorschläge gemacht zum Thema sicherer Park, welche mit dem Rechtsstaat kompatibel waren, also von dem her habe ich mich schon ein Stück weit gewundert. Kollege Alic, die Schutzzonen, ja, die Polizei kann da selbst aktiv werden, aber der Bürgermeisterin steht nichts im Wege, hier auch die Anrainerberichte dem Landespolizeidirektor oder dem Stadtkommandanten zu schildern und ich möchte dich, liebe Frau Bürgermeisterin, hier überzeugen, ich war vor Ort, habe mit ganz vielen Familien geredet und das, was ich dort gehört habe, hat mich einfach überzeugt, dass wir jetzt neben den anderen Maßnahmen die Schutzzone brauchen. Ganz kurz, eine Mutter hat dort geschildert, dass sie vor ihren Kindern mit dem Umbringen bedroht wurde, sie haben nachher den Täter geschnappt, aber das

macht ja etwas mit Kindern, natürlich auch mit der Mutter. Eine Mutter hat erzählt, dass ihre Tochter gezwungen wurde, die wurde umzingelt, ihre Telefonnummer herzugeben, also sie wurde auf diese Art und Weise eingeschüchtert. Es werden die Drogen, das hat die Anna schon geschildert, in den Sandkisten, auch unter der Rutsche versteckt. Ich habe selbst zwei kleine Kinder und ich möchte mir gar nicht ausdenken, was passiert, wenn eine kleines Kind so ein Drogenpackerl nimmt, das rausholt und vielleicht verschluckt, also das kann lebensbedrohlich werden. Deswegen müssen wir schon schauen, es gibt die Vorgabe, es muss eine Anzahl an Delikten da sein, um eine Schutzzone einzuführen, aber wenn es dann darum geht, unsere Kinder, unsere Familien zu schützen, dann darf man hier nicht Quantität gehen, da muss man einfach schauen, was passiert, und da müssen wir uns bitte alle miteinander stark machen, dass so eine Schutzzone eingeführt wird. Eine andere Mutter hat erzählt, es ist fast tagtäglich, dass die Kinder nachhause kommen und erzählen, dass es Raufereien gegeben hat, sogar mit, es hat Blut gespritzt etc. Ich war selbst an dem Tag dann im Volksgarten, am helllichten Tag. Dort sind Gruppierungen, wo man wirklich Abstand nimmt, also da riecht es nach Marihuana, man geht in diese Richtung, man erntet giftige Blicke; Familien haben uns erzählt, dass Familien, die alleine durch den Park gegangen sind, aufgefordert wurden, woanders im Park hinzugehen. Also da ist wirklich mein Ersuchen an euch, der Volksgarten, das haben wir heute schon gehört, wurde 1875 angelegt als Erholungsort, das ein ist Park für alle Menschen, bitte, wir müssen diesen Park wieder sicherer machen und da ist wirklich meine Bitte, ringt euch durch, dass ihr diese Punkte mittragen könnt. Die smarte Beleuchtung, ja, das haben wir im Gemeinderat hier schon einmal beschlossen, das ist dann irgendwann einmal in der Abteilung versickert, die Idee. Aber es ist gescheit, wenn die Leute durchgehen, dass sie auch für die subjektive Sicherheit eine Beleuchtung haben, vielleicht fühlen sich andere Vandalen dadurch ein bisschen aufgedeckt und meiden den Park, von dem her ersuche ich wirklich um eure Zustimmung. Ich würde auch die Bürgermeisterin bitten, ganz kurz Stellung zu nehmen, weil sie hatte auch im Zuge der BILLA-Eck-Diskussion gesagt, dass sie in Kürze mit der Polizei ein Treffen hat, da würde ich auch gerne nachfragen, ob du zum Thema BILLA-Eck, aber auch zum Thema

Volksgarten, das ist jetzt wöchentlich in der Zeitung, dass es einen Polizeieinsatz gibt, ob du mit der Polizei dieses Thema schon erörtert hast. Danke (*Appl.*).

**KO GR Ehmann:**

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleg:innen im Gemeinderat, meine Damen und Herren Zuhörer:innen auf der Galerie und im Livestream, liebe Antragstellerin, liebe Anna. Ja, der Volksgarten ist ein Hotspot sozusagen, also das heißt, hier kommen viele Menschen unterschiedlicher Richtungen zusammen, manche kommen hin, die wünscht man sich eben nicht im Leben, das ist so, also das ist ja jetzt nicht zu leugnen, dass es Teile der Bevölkerung oder bzw. Anwohner:innen gibt, die halt andere Interessen offensichtlich verfolgen als wir. Und deswegen, weil das dann auch oft in eine Migrationsdebatte läuft, versuche ich, nicht in diese Falle zu tappen, sondern habe hier eher den Zugang, unabhängig ob hier geboren oder nicht hier geboren, es gibt Regeln im Zusammenleben und wer sich nicht an die Regeln hält, hat ein Problem, weil für das haben wir einen Rechtsstaat, glaube ich, also da sind wir uns alle einig. Also das heißt, hier gibt es einen klaren Zugang, der Volksgarten selbst, muss ich euch ganz ehrlich sagen, ich verbringe schon viele Jahre dort, weil viele wissen wahrscheinlich, dass wir unsere Homepage dort haben und dass wir hier sehr gut wissen, was im Volksgarten passiert und was nicht passiert, und da passieren unschöne Sachen, es passieren aber auch sehr schöne Sachen. Also ich habe auch viele positive Erlebnisse gehabt, wo ich eben genauso diese Familien, die du angesprochen hast, beim Spielplatz erlebt habe, die sich sehr wohl gefühlt haben und es hat Menschen gegeben, die zu mir gekommen sind und ihr Leid geklagt haben, dass das eine oder andere vorgefallen ist und sie das gesehen haben, oder wir Sachen selbst beobachten mussten mit Lärmentwicklung etc. Unbestritten, wie gesagt, dass der Volksgarten ein Thema ist, ich glaube, der Zugang insgesamt, lösungsorientiert gesehen, ist abgesehen von einem BILLA-Eck, ist auch dort ein komplexer offensichtlich. Denn eines ist klar, wenn das so leicht zu lösen wäre in sechs Punkten, wie hier angeführt, dann wäre es schon passiert, oder? Also das heißt, dann würden

wir heute nicht hier stehen und einen dringlichen Antrag beraten, weil das läuft schon seit vielen, vielen Jahren dieses Thema. Ich erinnere jetzt nur, um auf das Beleuchtungssystem beispielsweise zurückzukommen, das ist irgendwie so damals transportiert worden, im März 2018 ist das umgesetzt worden von Bürgermeister Nagl und den damaligen Zuständigen, die Initiative „Gemeinsam. Sicher“, die grundsätzlich eine sehr gute ist, sage ich auch dazu an dieser Stelle, Werner Miedl sei auch gedankt dafür. Aber wie gesagt, die Umsetzung wurde damals 2018 verkündet, jetzt haben wir 2022 November, wie weit wir gekommen sind, haben wir gesehen. Also das heißt, ein komplexes Thema, viele Lösungsansätze, viele Lösungsansätze, die schon versucht wurden, zum Erfolg insgesamt hat es noch nicht gereicht. Warum sich manche Sachen jetzt häufen, da kann man spekulieren drüber; es kann auch sein, dass es eben auffälligere Dinge, der Horst Alic hat das auch ein bisschen pointiert gebracht, also das mit dem Bauchstich, na hawidehre. Also ich hoffe, dass das niemandem widerfährt und niemandem widerfahren muss, auch in Zukunft nicht, aber das ist wurscht, an welchem Platz in Graz, sage ich auch an der Stelle dazu. Weil eines ist schon klar, in einem urbanen Bereich wird man nie alles verhindern können, glaube ich, ich glaube, da sind wir uns auch einig, das wird auch, glaube ich, ein sicherheitspolitisches Konzept behirnen. Ich glaube, da weiß die Sicherheitsbehörde selbst auch sehr gut Bescheid. Und was die Sicherheitszonen betrifft, da denke ich mir, die Exekutive wird sich hier etwas dabei denken, ob sie jetzt dieses Mittel einsetzt oder diese Eskalationsstufe, wenn man so will, mit den Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, oder warum sie es auch nicht tun. Also ich glaube, es auch nur damit abzutun, ist, glaube ich, ein bisschen zu einfach, das ist die Deliktanzahl, also, ich glaube, dass hier viele, viele Punkte einfließen in die Überlegung, so etwas umzusetzen oder nicht, und hier denke ich schon, dass die Bürgermeisterin an dieser Stelle sehr wohl im ständigen Austausch mit der Exekutive ist, so wie sie es auch gesagt hat im Bereich des BILLA-Ecks. Wir wollen aber dem Antrag eine Chance geben in einigen Bereichen, wir wollen deshalb auch diese getrennte Abstimmung, wir sind auch dazu zu haben, hier neue Versuche zu starten oder quasi bestehende Versuche wieder aufzunehmen. Weil ich glaube, wenn man den Punkt 1 nimmt zur Konzeptarbeit, möchte ich sagen, ja, aber es gibt, glaube

ich, schon viele Konzepte, alle diese Konzepte, die jetzt wahrscheinlich schon in der Lade liegen, müssten offensichtlich noch einmal gesichtet werden, was jetzt wirklich eine gewinnbringende Vorstellung in diesem Bereich sein könnte, natürlich auch mit Unterstützung von Sozialarbeitern etc., also das halte ich absolut für sinnvoll. Was die Einführung der Schutzzone betrifft, würden wir in dem Fall nicht zustimmen, weil wir das der Exekutive überlassen würden, weil es eben ihre Aufgabe ist. Verstärkter Einsatz der Ordnungswache, ja, halte ich auch für sinnvoll, also im präventiven Sinn, weil in der Handhabung, glaube ich, ist es ein bisschen schwieriger für die Ordnungswache, wenn wir von derartigen Delikten sprechen, die hier in den Ausführungen gefallen sind, dann werde ich mit der Ordnungswache nicht so viel Chance haben, weil jemanden zu einem gewaltfreien Blumentopfkurs zu bringen, der jemanden abstechen will, weiß ich nicht, also das wird nicht funktionieren. Das heißt, hier werde ich wahrscheinlich wirklich mehr Exekutive benötigen. Also das, was der Kollege Winter gesagt hat, dieses Spiel kennen wir aber schon unter anderen politischen Vorzeichen auch, möchte ich auch sagen, und unter anderen Innenministern auch, nicht nur die schwarzen, weil dass mehr Polizei in Graz gefordert wird, das erlebe ich jetzt, glaube ich, seit meinen 21 Jahren, die ich politisch tätig sein darf, erlebe das, dass jedes Mal versprochen wird, es kommt mehr Polizei nach Graz, und 100 werden es mehr und 200 werden es mehr, und ich glaube, es gibt dann so eine Berechnung bei den Polizeiinspektionen mit dienstbarer Stand und die, die tatsächlich da sind, also da wird dann oft gerechnet, wie viele Polizisten wir in Graz zur Verfügung haben, aber dass wir dann in Wahrheit nicht alle netto sozusagen zur Verfügung haben, sondern brutto, weil manche beim Fanbereich tätig sind und andere Aufgaben wahrnehmen müssen, und daher ist das auch ein bisschen zu hinterfragen, wie viele Kolleginnen und Kollegen hier jetzt wirklich zur Verfügung stehen. Wie gesagt, die Beleuchtung habe ich angesprochen, das hätte eigentlich schon umgesetzt gehört. Der Punkt 5, ja, ein transparentes Gebüsch, ich finde es spannend, aber das wird es nicht geben. Also das heißt, entweder habe ich ein Gebüsch oder habe ich langstielige Rosen, das ist auch wieder blöd, weil da stechen sich die Kinder, also das sollten wir auch wieder nicht machen. Also in dem Sinne würde ich vielleicht

nachfragen bei der Holding und das vielleicht anders lösen oder anders denken. Also dem Punkt 5 werden wir, glaube ich, eher nicht zustimmen. Was den Punkt 6 betrifft, ist eine vandalismussichere Abdeckung für mich ein bisschen schwer vorstellbar, aber ja, sei es drum, es ist auch eine Idee, es gibt viele Ideen, einige Dinge, so wie ich es angeführt habe, werden wir mittragen können. Starten wir einen neuen Versuch, das ist es wert, es ist ein ernstes Thema. Ich bin froh, dass es wieder aufgegriffen wurde, aber ich hoffe, dass wir auch wirklich einmal hier einen Erfolg erzielen, nämlich im Sinne all jener, die den Park friedlich nutzen wollen und jener, die den Park als Erholung nutzen wollen und zum Bespielen nutzen wollen. Und jenen Elementen, die das anders sehen und kriminell nutzen wollen, denen sollten wir keinen Raum geben, aber das gilt für ganz Graz und nicht nur für den Volksgarten, denke ich. Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Stadtrat Hohensinner. Ich muss schon sagen, wenn man heute die ganze Debatte verfolgt, wenn man das vielleicht auch als neutraler Zuseher betrachtet, dann sieht man hier wirklich ein Flackern in Ihren Augen, dann sieht man hier wirklich kraftvolle Reden der ÖVP, die wirklich sagt, hier gibt es ein Problem und jetzt lösen wir das. Und wenn man dem wirklich zuschaut, dem zuhört, dem Glauben schenkt, dann würde man sich ja wirklich, und es kommt ja bald Weihnachten, wünschen, dass Sie endlich das Innenministerium übernehmen, damit Sie dann wirklich für Sicherheit sorgen können. Nur wenn man dann eine 30-sekündige Google-Recherche macht, dann kommt man drauf, oje, es gibt ja schon einen Innenminister, der von der ÖVP ist, der ist zwar in sehr vielen anderen Tätigkeiten auch beschäftigt, er hat unter anderem ein Museum, das er betreibt, aber vielleicht sollte er Innenminister spielen. Weil die Probleme, die Sie beschrieben haben, die bestehen ja, und die bestehen, seit es den Innenminister Karner auch gibt, und diese Probleme haben auch in den Jahren davor bestanden. Und da hat es immer wieder gute Ansätze gegeben, um diese Probleme auch zu lösen. Deswegen würde ich Sie wirklich bitten, wirken Sie hier auf Ihren Innenminister ein, dass er sich dieser

Probleme annimmt, weil er ist zwar in Wien, aber so weit ist Graz nicht entfernt. Und was ich auch sagen muss, wir haben ja diese Diskussion zum BILLA-Eck vor wenigen Wochen geführt, da haben wir dann einen Brief rausgeschrieben, die Kollegin Schönbacher und meine Wenigkeit, wir haben nicht einmal eine Antwort bekommen. Also sollte der Innenminister jetzt im Livestream zusehen (*Gelächter im Saal*), dann bitte, Herr Innenminister, schicken Sie uns doch bitte eine Antwort und helfen Sie uns, weil Sie sind der höchste Mann im Staat, was die Sicherheit betrifft, und wir haben hier massive Sicherheitsprobleme. Und eines, was mich wirklich geärgert hat bei dieser Debatte, und das muss ich ganz ehrlich sagen, wir haben im Frühjahr in diesem Saal, die gleichen Proponenten, eine sicherheitspolitische Sache diskutiert, nämlich die Kennzeichenpflicht für Fahrräder, und damals hat die Polizei ganz klar gesagt, die Verkehrspolizei, das ist sinnvoll, das wollen wir. Damals hat man gesagt, ja, was die Polizei sagt, wir haben hier eine andere Meinung. Und heute ist es genau konträr, das sagt die Polizei, die Schutzzone brauchen wir nicht unbedingt, deliktmäßig kann man das nicht argumentieren. Und da sagen Sie alle, wenn die Polizei das sagt, dann verlassen wir uns darauf. Also in einem Punkt hat die Polizei immer Recht, da müssen wir der Polizei folgen, wobei aus meiner Sicht, gerade was die Delikte betrifft, das mag schon stimmen, nur das subjektive Sicherheitsgefühl kann man nicht in einer Statistik erfassen. Aber in diesem Fall wird gesagt, die Polizei hat Recht und in der anderen Sache, wo die Verkehrspolizei sagt, die Kennzeichenpflicht wäre sinnvoll, das können Sie nachlesen, das steht in der Kleinen Zeitung, da wurde gesagt, nein, da haben wir unsere eigene Meinung, die Polizei mag ihre haben, wir haben eine andere. Das ist nicht sonderlich konsequent in der Argumentation, das hat mich jetzt wirklich sehr geärgert (*Appl.*).

**StR Eber:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin. Dass wir ein Problem im Volksgarten haben, ist ja unbestritten, das zeigt sich ja auch in der einstimmigen Annahme der Dringlichkeit dieses Antrages. In einem möchte ich vor allem noch

einmal unterstreichen, wo der Klubobmann der SPÖ sehr Recht gehabt hat, nämlich, wenn der Michi Ehmann sagt, es wird in einer Stadt keine 100-prozentige und absolute Sicherheit geben auf allen Plätzen, dann ist das eben leider so. Ich möchte aber nur zu einem Punkt jetzt kurz etwas sagen, nämlich sowohl beim Antrag von der Anna Hopper als auch beim Abänderungsantrag vom Michael Winter wird ja auch auf die Ordnungswache eingegangen, und da möchte ich zunächst einmal unterstreichen oder noch einmal festhalten, dass die Ordnungswache nicht zuständig ist für Sicherheit im Sinne des Strafrechtes. Also das ist möchte ich nur einmal betonen, auch weil das vielleicht nicht immer so mitbedacht wird, und die Ordnungswache hat natürlich ihre Aufgaben und die nimmt sie auch wahr, aber sie kann nicht polizeiliche Aufgaben übernehmen. Die Ordnungswache ist täglich zumindest einmal im Volksgarten unterwegs, hat natürlich auch den Sinn, dass man eben tatsächlich das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung dort ein bisschen heben möchte, aber es werden dort natürlich auch immer wieder Amtshandlungen vorgenommen und auch Organstrafverfügungen ausgestellt. Darüber hinaus finden in unregelmäßigen Abständen Schwerpunktaktionen, zumeist gemeinsam mit der Polizei, statt. Das bedeutet, dass zumindest drei Stunden zumindest vier Personen der Ordnungswache direkt vor Ort sind, die Ordnungswache übernimmt hier insbesondere Sicherungsmaßnahmen, Hilfestellungen für die Polizei, was ja auch natürlich sehr wichtig und notwendig ist. Und bei dem letzten von insgesamt fünf dieser Schwerpunktkontrollen konnten oder mussten in Summe 22 Organstrafverfügungen ausgestellt werden. Wie gesagt, nichts davon hat mit dem Strafrecht zu tun. Und ich möchte auch darauf hinweisen, dass bis Jahresende bereits noch einige Termine mit der Polizei bereits vereinbart sind, wo also diese Schwerpunktaktionen stattfinden werden. Das Problem ist, wir haben ja immer wieder auch das Thema der Ordnungswache hier im Gemeinderat, auch die Ordnungswache kann nicht immer und überall mit vielen Leuten sein, sondern ist natürlich auch personell beschränkt. Und da werden wir, wie es der Kollege Winter ja auch anregt sozusagen, hier bin ich durchaus bereit, mit dem Geschäftsführer des GPS, mit dem Alexander Lozinsek, einmal ein

Gespräch zu führen, welche Möglichkeiten hier zur personellen Verstärkung unter Umständen gegeben sind. Dankeschön (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin. Auf ein paar Punkte würde ich einfach sehr, sehr gerne eingehen. Ich möchte mich zuallererst bedanken sowohl für die Dringlichkeit als auch für die Zustimmung zu einigen Punkten, wobei ich natürlich auch anmerken möchte, dass ich es schon sehr, sehr schade finde, dass man nicht auch, selbst wenn es ein Konzept einmal gibt, selbst wenn es eine Idee gibt, die vielleicht, und der Herr Klubobmann Ehmann hat das so lapidar vorhin dargebracht, selbst wenn man sich vielleicht die Abdeckung, die tatsächlich vandalismussicher ist, nicht vorstellen kann, soll das ja nicht unsere Entscheidung dazu heute beeinflussen, ob man nicht sagen kann, schauen wir, ob es so etwas gibt. Also diese Tonalität hat mich auf der einen Seite irritiert, das möchte ich auch ganz ehrlich sagen, aber ich glaube, dass dieses vielleicht Abschließen von Gedanken oder dieses Vorabzuhören weiterzudenken ein bisschen schwierig ist. Die unstrukturierten Gedanken zuerst, jetzt ein paar strukturierte dazu. Liebe Manuela, vielen Dank für deine Argumente zur Stadtteilarbeit, die du vorhin noch eingebracht hast, das ist genau das, was ich vorher auch angesprochen habe. Es spricht aus unserer Sicht überhaupt nichts gegen mehr präventive Maßnahmen und wirklich genauer dort hinzuschauen, zu schauen, was wir machen können, ob das jetzt die Bespielung des Parks etc. ist. Und der Kurt hat eh auch darauf reagiert oder in irgendeiner anderwärtigen Form, da spricht nichts dagegen. Aber aktuell gibt es hier ein Problem und es ist dringlich und deswegen sollte man aus meiner Sicht alles, was wir irgendwie machen könnten, sich noch einmal anschauen. Danke, dass ihr bei den Punkten mitgeht, die ihr auch angesprochen habt, schade, dass die anderen sich hier nicht wiederfinden. Ich möchte dennoch einmal ganz kurz noch einmal zu dieser Schutzzone zurückkommen, obwohl das eigentlich nicht der Hauptpunkt des Antrages ist. So viel sei mir auch erlaubt zu sagen, ich verstehe wirklich nicht, ich muss ganz ehrlich sagen, wieso man sich hier einfach auch

entscheidet zu verwehren, wie sind immerhin das höchste Gremium dieser Stadt, das, glaube ich, auch mit der Stimme, in dem Fall der Frau Bürgermeisterin, wenn sie mit dem Stadtpolizeikommandanten spricht, auch sagen kann, vielleicht kann man sich das einfach noch einmal anschauen. Weil wir haben extrem viele Berichte, wie die Situation im Volksgarten war, als diese Schutzzone noch bestanden hat, und das war, so berichten die Anrainerinnen und Anrainer, merkbar besser. Nach Ablauf der Zeit dieser Schutzzone, wir alle wissen, dass das zeitlich begrenzt ist, ist es wieder angestiegen, natürlich jetzt zeitverzögert, das ist Covid geschuldet und der Pandemie geschuldet, wo viele drinnen bleiben mussten, wo diese problematischen Situationen sich vielleicht in den privaten oder in andere Räume verlagert haben, aber es ist merkbar gestiegen. Und hier nicht noch einmal genauer hinzuschauen und direkt zu sagen, nein, wir brauchen nicht darüber reden, weil das ist die Sache der Polizei und wenn die Polizei das sagt, dann passt das so. Wir glauben auch, dass die Polizei das nach bestem Wissen und Gewissen beurteilt, aber da spricht aus unserer Sicht überhaupt nichts dagegen, dennoch ganz konkret dieses Gespräch einfach zu suchen mit den zuständigen Stellen. Zum KFK, vielleicht ganz kurz noch, ich habe gerade die zuständigen Stellen angesprochen, ich bin mir sicher, die Frau Bürgermeisterin weiß, wer die zuständigen Stellen sind, wieso ihr euch auf den Innenminister so verbeißt, ich kann es mir nicht erklären, vielleicht ist es, weil aktuell gerade sehr konstruktiv und einstimmig eigentlich über etwas gesprochen wird, was ihr euch normalerweise auf die Fahnen heftet und was euch jetzt vielleicht anzipft. Vielleicht ist es das, vielleicht ist es etwas anderes. Wir freuen uns dennoch, wenn ihr bei unserem Antrag mitgehen solltet, bei eurem Abänderungsantrag werden wir in diesem Fall nicht dabei sein, was, glaube ich, wenig verwunderlich ist. Ich möchte auch zwei Punkte noch einmal kurz ansprechen, die mir abschließend noch wichtig sind, ich versuche schnell zu sein. Ich kenne ganz viele Leute, die, so wie die Manuela auch, sagen, ich bin jetzt nicht sonderlich empfindlich, was mein Sicherheitsempfinden angeht, ich bin da nicht so leicht betroffen, es ärgert mich nicht, aber das heißt nicht, dass es nicht sehr viele Leute gibt, die das sehr wohl sind, die nicht in den Volksgarten gehen, weil er diesen Ruf hat, die vielleicht, und das möchte ich wirklich ganz konkret ansprechen, die

vielleicht von einer Initiative, und wenn es nur die Mistkübelabdeckung ist, Herr Klubobmann, wenn sie merken, dass die Stadt hier etwas tut, denen das ein Gefühl der Sicherheit zurückgibt, und darum geht es uns in diesem Antrag. Vielen lieben Dank an alle, die bei unseren Punkten mitgehen und vielleicht finden wir auch eine Möglichkeit, um jene Punkte, die jetzt nicht positiv bestimmt werden, trotzdem auch weitergehend zu besprechen und vielleicht dennoch dranzubleiben, wir werden das auf alle Fälle versuchen. Ich bedanke mich fürs Zuhören und entschuldige mich fürs Überziehen (Appl.).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ, KFG und Lohr) angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 1) wurde mit Mehrheit (gegen KFG) angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 2) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 3) wurde einstimmig angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 4) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 5) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 6) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) abgelehnt.***

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (17.50 Uhr).**

### **9.3 Endbericht Hüsler-König-Studie (GR DI Georg Topf, ÖVP)**

**GR DI Topf:**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und im Livestream. Ich komme jetzt zu einem Thema, nach diesem heiklen Thema, wenn ich das so ansprechen darf, Volksgarten, komme ich jetzt in den Bereich der öffentlichen Verkehrssysteme, wie wir die in Zukunft in Graz gestalten können. Im Betreff ist angeführt der Endbericht der Hüsler-Studie. Wir haben diese Hüsler-König-Studie, ich sage bewusst auch den zweiten Namen dazu, in einer Kurzfassung präsentiert bekommen, die Langfassung ist noch ausständig oder wird uns vielleicht zu Kenntnis gebracht werden in Zukunft. Der bei einer Sonderausschusssitzung am 24. Mai 2022 und bei einer außerordentlichen Sitzung des Gemeinderates am 10. Juni 2022 präsentierte umfassende Endbericht hat über 280 Seiten, nämlich „ÖV-Strategie (ÖVS) Graz“, mit der auf den Seiten 82 bis 108 detailliert dargestellten, modellierten und in den Kernaussagen, das ist mir wichtig, bestätigten Variante „S-Bahn Tunnel kurz“, der Experte war der Stephan Steinbach, darf ich durchaus hier nennen, empfiehlt dieses Konzept im einhelligen Einvernehmen mit allen Experten dieser Gruppe durchaus zur weiteren vertieften Betrachtung und Bearbeitung. Das war also die Kernaussage dieses Endberichtes. Zentraler Aspekt, und da gehe ich jetzt ein bisschen in die fachliche Tiefe, dieser Variante ist der genau fixierte 6270 Meter lange S-Bahn-Tunnel, der von der westlichen GKB-Trasse kommend unter den Hauptbahnhof (Ebene -2 mit direkter, vertikaler Verbindung zur Straßenbahn auf Ebene -1) über die Keplerstraße, den Lendplatz zum Geidorfplatz/zur Universität, über die Glacisstraße zum Jakominiplatz und weiter über die Conrad-von-Hötzendorf-Straße zur Messe/zum Ostbahnhof führt. Nunmehr wurde bei einer Pressekonferenz am 4. November 2022 und bei einer

Sitzung des Arbeitsausschusses Stadtentwicklung, das war ein Sonderausschuss, am 7. November 2022 eine verkürzte Variante, ich unterstreiche bewusst, eine verkürzte Variante „S-Bahn-Tunnel kurz“ von Willi Hüsler und Peter König mit einer Länge von ca. 5 Kilometern vorgestellt, der über ein Gleisdreieck, das ist jetzt ein bisschen eine fachliche Detailinformation oder Definition, Anbindung der ÖBB-Trasse von Norden und Anschluss der GKB-Strecke von Westen kommend, eine neue Haltestelle, und das war für uns etwas verwunderlich, in der Detailbetrachtung ca. 350 bis 400 Meter Fußweg vom Hauptbahnhof entfernt, vorsieht. Bis zur Messe/zum Ostbahnhof, und das ist jetzt etwas, was ich wirklich kritisch zur Diskussion stellen möchte, wird nunmehr eine zentrale Verknüpfung von der Ebene -1 mit der „Verteilung“ zum Straßenbahn- und Busnetz auf der Ebene 0 am Jakominiplatz geplant, und zwar nur diese Stelle. Eine attraktive Erschließung in Richtung Nordosten, wie in der ursprünglichen Variante S-Bahn-Tunnel kurz angedacht war, entfällt bei dieser Variante gänzlich. Damit kann möglicherweise, und das ist durchaus in der Präsentation angesprochen worden, eine Entlastung des Hauptbahnhofes erreicht werden; wie die massive Konzentration am Jakominiplatz bewerkstelligt wird, ist absolut nicht nachvollziehbar, jedenfalls für uns momentan nicht nachvollziehbar. Durch die neue noch kürzere Tunnelvariante im Vergleich zu den Konzepten der ÖVS-Studie scheint die Verkehrswirksamkeit dieses S-Bahn-Tunnels, ich betone nochmals verkürzter Tunnel, für die Wohnbevölkerung Graz sehr gering zu sein. Aus Sicht der Grazer Bevölkerung wird nur das Zentrum und keine weiteren Hot-Spots, die habe ich früher angeführt, also auch der Nordosten, im innerstädtischen Bereich, wie oben erwähnt, angebunden.

Namens, jetzt komme ich zum Antragstext, des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

**dringlichen Antrag:**

Die zuletzt vorgestellte Hüsler-König-Studie, welche als Grundlage für einen im Dezember, so ist es angesprochen wurden, dieses Jahres in Aussicht gestellten

Grundsatzbeschluss im Gemeinderat dient, ist in jedem Fall, und das betone ich jetzt noch einmal, in der Expertengruppe und insbesondere mit den Holding Graz Linien zu beraten und tiefergehend in allen Detailspekten im Vergleich mit den Kernaussagen, ich habe vorhin die wesentliche Kernaussage angesprochen, des Endberichtes „ÖV-Strategie (ÖVS) Graz“ zu diskutieren. Vor der Fassung des Grundsatzbeschlusses, wie gesagt, im Dezember angedeutet, über die verkürzte Variante S-Bahn-Tunnel kurz sind Untersuchungen, wie sich der Modal-Split der Grazer Wohnbevölkerung durch diese neue Variante verändert, anzustellen. Weiters sind die diesbezüglichen Ergebnisse dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung jedenfalls vor der Fassung dieses Grundsatzbeschlusses über die verkürzte, ich betone noch einmal, verkürzte Variante S-Bahn-Tunnel kurz durch den Gemeinderat vorzulegen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Der bei einer Sonderausschusssitzung am 24. Mai 2022 und bei einer außerordentlichen Sitzung des Gemeinderates am 10. Juni 2022 präsentierte umfassende Endbericht „ÖV-Strategie (ÖVS) Graz“ mit der auf den Seiten 82 bis 108 detailliert dargestellten, modellierten und in den Kernaussagen bestätigten Variante „S-Bahn-Tunnel kurz“ von Stephan Steinbach empfiehlt dieses Konzept im einhelligen Einvernehmen mit der Expertengruppe durchaus zur weiteren vertieften Betrachtung und Bearbeitung. Zentraler Aspekt dieser Variante ist der 6270 Meter lange S-Bahn-Tunnel, der von der westlichen GKB-Trasse kommend unter den Hauptbahnhof (Ebene -2 mit direkter, vertikaler Verbindung zur Straßenbahn auf Ebene -1) über die Keplerstraße, den Lendplatz zum Geidorfplatz/zur Universität, über die Glacisstraße zum Jakominiplatz und weiter über die Conrad-von-Hötzendorf-Straße zur Messe/zum Ostbahnhof führt. Nunmehr wurde bei einer Pressekonferenz am 4. November 2022 und bei einer Sitzung des Arbeitsausschusses „Stadtentwicklung“ am 7. November 2022 eine verkürzte Variante „S-Bahn-Tunnel kurz“ von Willi Hüsler und Peter König mit einer Länge von ca. 5 Kilometer vorgestellt, der über ein Gleisdreieck (Anbindung der ÖBB-Trasse von*

*Norden und Anschluss der GKB-Strecke von Westen kommend) eine neue Haltestelle ca. 350 bis 400 Meter Fußweg vom Hauptbahnhof entfernt vorsieht. Bis zur Messe/zum Ostbahnhof wird nunmehr eine zentrale Verknüpfung von der Ebene -1 mit der „Verteilung“ zum Straßenbahn- und Busnetz auf der Ebene 0 am Jakominiplatz geplant, eine attraktive Erschließung in Richtung Nordosten entfällt gänzlich. Damit kann möglicherweise eine „Entlastung“ des Hauptbahnhofes erreicht werden, wie die massive „Konzentration“ am Jakominiplatz bewerkstelligt wird, ist absolut nicht nachvollziehbar. Durch die neue noch kürzere Tunnelvariante im Vergleich zu den Konzepten der ÖVS-Studie scheint die Verkehrswirksamkeit dieses S-Bahn-Tunnels für die Wohnbevölkerung Graz sehr gering zu sein. Aus Sicht der Grazer Bevölkerung wird nur das Zentrum und keine weiteren „Hot-Spots“ im innerstädtischen Bereich wie oben erwähnt angebunden.*

*Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Die zuletzt vorgestellte Hüsler-König-Studie, welche als Grundlage für einen im Dezember dieses Jahres in Aussicht gestellten Grundsatzbeschluss im Gemeinderat dient, ist in jedem Fall in der Expertengruppe (ÖVS) und insbesondere mit den Holding Graz Linien zu beraten und tiefergehend in allen Detailspekten im Vergleich mit den Kernaussagen des Endberichtes „ÖV-Strategie (ÖVS) Graz“ zu diskutieren. Vor der Fassung des Grundsatzbeschlusses über die verkürzte Variante „S-Bahn-Tunnel kurz“ sind Untersuchungen, wie sich der Modal-Split der Grazer Wohnbevölkerung durch diese neue Variante verändert, anzustellen. Die diesbezüglichen Ergebnisse sind dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung jedenfalls vor der Fassung des Grundsatzbeschlusses über die verkürzte Variante „S-Bahn-Tunnel kurz“ durch den Gemeinderat vorzulegen.*

GR Ing. **Lohr**:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Antragsteller, danke für deinen Antrag. Ich hoffe, dass sich die anderen Fraktionen dann auch noch zu Wort melden, es geht hier ja doch um die große Entscheidung, wie eben diese Schnellbahnverbindung in Graz in Zukunft weiterführen wird. Also ich sage gleich einmal, ich werde den Antrag unterstützen, ich kann dem etwas abgewinnen, weil die Koalition hat hier natürlich wieder sehr rasch entschieden, zuerst einmal natürlich hinter verschlossener Tür, natürlich, ihr habt dann eine Pressekonferenz gemacht, den Arbeitsausschuss über eurer Ergebnis informiert, aber die erwähnten Experten wie Hüsler und König waren da halt nur noch mehr an der Seite und sind jetzt nicht mehr beratend und prüfend eingebunden gewesen. Der kleine Tunnel ist jetzt wirklich die Minimalvariante, Kollege Topf hat es ausgeführt, ich würde sogar von einem kastrierten Tunnel reden, also eine ganz harte Wortwahl, weil eben es ist wirklich nur eine ganz halbherzige Lösung, hier müsste man sich dann überlegen, ob man das Projekt nicht ganz aufgibt. Daher unterstütze ich das, bitte die Experten noch einmal in den Arbeitsausschuss mit den Vor- und Nachteilen dieser Lösung, die aus meiner Sicht keine ideale Lösung ist, befassen. Ich erinnere auch die Koalition, ihr habt immer gesagt, eine Volksbefragung, eine Volksabstimmung kann und soll am Ende des Prozesses stehen, also auf jeden Fall auch die Bürger einbinden und die Zeit kann jetzt auch nicht mehr das Argument sein, weil aufgrund der finanziellen Lage werden ja viele Dinge nach hinten verschoben, jetzt haben wir uns schon viel Zeit genommen. Also dieser Zwischenschritt, wie er in dem Antrag gefordert ist, ist auf jeden Fall notwendig und ich werde ihm gerne zustimmen (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – StR Hohensinner übernimmt den Vorsitz (18.00 Uhr).***

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Ich würde gerne ein paar Worte dazu sagen, weil ich glaube, da sind einige Missverständnisse im Raum. Wir haben es letztens ja im Arbeitsausschuss sehr ausführlich diskutiert unter Beisein, vielleicht, Herr Gemeinderat Lohr, den ganz Tag, nämlich unter Beisein von Herrn Hüsler und Herrn König bis zum gemeinsamen Abendessen mit Vertretern der Stadt Graz und der Holding, weil da immer wieder unterstellt wird, es gäbe keine Gespräche oder keine Einbindung der Holding. Ich habe von in der Früh bis zum Abend sehr viel Einvernehmen über die vorliegende Studie vernommen, vielleicht das einmal vorweg. Dieser Grundsatzbeschluss, in den auch sehr viel hineininterpretiert wird, für den Dezember, ist nicht mehr oder nicht weniger als das, auf dem, was wir jetzt basierend vorliegen haben, nämlich die ÖVS-Studie und dieses letztes Puzzlestück Hüsler-Studie, eine Systementscheidung. Wir wollen uns entscheiden, in eine Richtung zu gehen, und die Richtung ist weiter Ausbauen auf den bestehenden Systemen, Straßenbahn und S-Bahn, den öffentlichen Verkehr für Graz auszuweiten. Es sind Jahre vergangen, wir haben Jahre gewartet, diskutiert, in welche Richtung das gehen soll. Wir haben gemeinsam einstimmig einen Öffentlichen-Verkehr-Expertenkreis nominiert, wir haben aus dem heraus eine grundlegende Studie bekommen, einstimmig waren auch von der, damals noch als Stadträtin, Elke Kahr, mit dem Land gemeinsam in Auftrag gegebene Studie von Herrn Hüsler, das gemeinsam ist jetzt ein Paket und es sind sich sämtliche Experten einig, dass dieser Ausbau des öffentlichen Verkehrs, basierend auf den bestehenden Systemen, die richtige Wegentscheidung ist. Das ist das eine, das Zweite, um auch einem Missverständnis entgegenzutreten, die Entscheidung, einen kurzen Tunnel zu bauen, ist nicht pro Hüsler oder gegen Steinbach oder für Steinbach oder gegen Hüsler, sondern das ist keine Festlegung auf eine Variante, ich möchte das einmal klarstellen. Wir haben es auch sozusagen vor ein oder zwei Wochen versucht klarzustellen, das baut lediglich auf auf die Übereinstimmung mit der ÖVS, also der ÖV-Studie und Hüsler. Halten wir fest, dass die Konzepte mit dem relativ kürzesten Tunnel verfolgenswert sind aufgrund von Kosten, nämlich tatsächlichen Kosten, aber auch CO<sub>2</sub>-Emissionskosten. Auf dem wollen wir aufbauen. Wir wollen nicht Verkehrssysteme

kannibalisieren, das heißt, nicht Bus gegen Straßenbahn, gegen Fahrrad, sondern gleichmäßig den MIV so ausweiten, dass wir möglichst ökologisch zu Fuß, mit dem Fahrrad und ÖV-mäßig unterwegs sein können. Eine Spezifizierung wird auch nicht Teil des Grundsatzbeschlusses sein, sondern später dann weiterentwickelt werden. Wir brauchen so einen Grundsatzbeschluss, um in weitere Gespräche treten zu können mit dem Land und mit dem Bund und deswegen ist ein gemeinsamer Grundsatzbeschluss so wichtig und der noch in diesem Jahr, weil viel Zeit vergangen ist, und ich stehe total gerne für weitere Diskussionen zur Verfügung, wir können auch im Vorfeld von diesem Grundsatzbeschluss noch viele weitere Gespräche führen, falls es hier Fragen und Unklarheiten gibt; wir haben uns bemüht, auch schon zugesagen vor zwei Wochen, oder erst einer Woche, jetzt bin ich schon verwirrt, das zu tun. Ich möchte auch festhalten, weil das immer wieder im Raum steht, wir würden die Holding nicht einbinden, die Verkehrsplanung und die Steuerung des Verkehrs für die Stadt ist in der Abteilung für Verkehrsplanung und in der Stadtbaudirektion, die Holding ist aber selbstverständlich eingebunden, die waren das die ganze Zeit, auch in diesem Gremium, und wir haben auch im Ausschuss erzählt, wurde auch festgehalten, dass wir ein solches Steuerungsteam weiterbeschäftigen wollen, nämlich gemeinsam mit der Holding, um den Ausbaus des öffentlichen Verkehrs voranzutreiben. Es war heute auch die Frage, es wäre in der Fragestunde gekommen, ist nicht mehr drangekommen, ich möchte es mitbeantworten, zur Leistungsfähigkeit des Jakominiplatzes. Wir können nun feststellen, dass durch die Aufteilung der Umsteigeknoten auf Hauptbahnhof, Jakominiplatz und Ostbahnhof sogar Vorteile entstehen werden für den innerstädtischen Verkehr, aber all das können wir noch ausgiebig diskutieren. Der Grundsatzbeschluss wird eben etwas sein, auf dem wir ausbauen können, der längst fällig ist und aufbauend auf all dem, worauf wir uns hier einstimmig im Gemeinderat geeinigt haben, und daran möchte ich nur erinnern, es ist eine Systementscheidung. Danke (*Appl.*).

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (18.07 Uhr).**

**GR Zirngast:**

Geschätzte Kolleg:innen, geschätzte Stadtregierung. Nur in aller Kürze, wir werden der Dringlichkeit auch nicht zustimmen, und zwar aus folgenden Gründen, weil tatsächlich ja schon sehr viel Arbeit zugrunde liegt diesen Studien und Diskussionen, die dem zugrunde liegt, und es jetzt an der Zeit ist, diesen Grundsatzbeschluss auf die Straße zu bringen oder auf die Schiene zu bringen und tatsächlich ins Tun zu kommen. Also ich bin mir ziemlich sicher, die Frau Vizebürgermeisterin hat es ja auch gerade gesagt, es gibt noch keine Festlegung auf welche Variante des S-Bahn-Tunnels, also wie der ganz genau ausgestaltet ist; und bis wir einen S-Bahn-Tunnel sehen werden in Graz, wird es wahrscheinlich noch sehr, sehr viele Diskussionen darüber geben, wie der genau aussieht, und da wird es dann sicher neue Erkenntnisse aus den Ämtern geben und von anderen Stellen. Das ist das eine, das andere ist, ich glaube, die Veröffentlichung der Hüsler-Studie ist entweder schon passiert oder in Arbeit, weil das ist der Zusatzantrag von den Neos ...

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner unverständlich.*

*Zwischenruf Mag. Pointner: Vollständig.*

**GR Zirngast:**

Genau, also wir haben die vollständige Veröffentlichung der Hüsler-Studie. Das würden wir natürlich auch gut finden, und ich glaube, dass das ohnehin schon in Planung ist.

*Zwischenruf GR Mag. **Pointner**: Wann?*

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**: Wir werden es veröffentlichen, das kann ich zusagen.*

*Zwischenruf GR Mag. **Pointner**: Vor dem Dezember-Termin?*

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**: Ja, natürlich vor dem Dezember-Termin, die brauchen Sie ja für die Entscheidung.*

**GR Zirngast:**

Gut, also das ist etwas, was richtig und wichtig ist, dass man möglichst viele Informationen hat. Aber, eben wie gesagt auch von der Frau Vizebürgermeisterin angesprochen, die Hüsler-Studie ist nicht die einzige Grundlage, auf der die Entscheidung getroffen wird. Es geht darum, dass wir ins Tun kommen. Bei der Gelegenheit auch noch einmal, wir wissen alle, dass die großen Herausforderungen, was den Ausbau des öffentlichen Verkehrs betrifft, nicht von der Stadt Graz alleine gestemmt werden können, schon gar nicht in der momentanen budgetären Situation, und deswegen ist es eben wichtig, dass wir hier auch möglichst geschlossen und einig auftreten. Und ich glaube, das haben wir ja schon bei vielen Gelegenheiten auch festgestellt, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist dringend notwendig und deswegen auch die Hoffnung, dass wir das dann gemeinsam erweitert voranbringen. Danke (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Also, im Raum schwebt, verehrtes Gremium, verehrte Frau Vizebürgermeisterin, dass die Dringlichkeit abserviert wird, äußere ich mich kurz. Ich habe aufmerksam zugehört, wunderbar, dass die Spezifizierung nicht Teil des Grundsatzbeschlusses ist, welche Lösung genau. In der Sache bin ich auch vollinhaltlich beim Kollegen Topf, ich möchte mich wirklich bedanken für diesen Antrag, der wunderbar herausarbeitet, worum es uns gehen sollte auch in der nächsten Zeit, auch die Probleme, die ein Gleisdreieck mit sich bringt, von der Taktung usw. und auch die Problematik der -1 usw. Aber das werden wir ja diskutieren, mein Zusatzantrag, das haben wir auch schon jetzt gesagt, dass der kommen wird, bitte so zeitnah, dass wir es auch schön durchlesen können, und dann möchte ich mich dafür bedanken (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Hoher Gemeinderat, lieber Kollege Topf, wir haben heute eh schon kurz gesprochen, also wir hätten eurem Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt zugestimmt. Wir hätten auch den Neos-Antrag mitgetragen und würden natürlich unsere Forderung noch einmal erneuern, in diese wichtige, wesentliche Entscheidung auch die Grazer Bevölkerung einzubinden, wie wohl ich mich natürlich an die vielen Debatten in den letzten Monaten zurückerinnere, und es hat sich immer mehr herauskristallisiert, was wir damals schon befürchtet haben, dass dieses Projekt S-Bahn-Tunnel lang/kurz, was auch immer, wahrscheinlich nicht zur Realisierung gelangen wird, weil sich die Stadt Graz das schlichtweg nicht leisten kann. Und wenn man jetzt in der Debatte immer wieder auf den Punkt verweist, dass hier das Füllhorn über Graz ausgelassen wird, da bin ich sehr, sehr skeptisch. Aber sollte es tatsächlich in diese Richtung gehen, bitte hier noch einmal eindringlich zu einer wesentlichen Entscheidung, die wirklich die Stadt Graz für immer wesentlich verändern wird, auch die Bürger einzubinden (*Appl.*).

**GR DI Topf:**

Ganz kurz zu den Stellungnahmen, die hier ausgesprochen wurden. Ich habe überhaupt nicht in Abrede gestellt, dass das verteilende Netz der Straßenbahn in Frage gestellt wird, das war ja überhaupt nicht Thema in meinen Ausführungen. Sondern ich habe nur noch einmal darüber nachdenken wollen, ob es sinnvoll ist, diesen S-Bahn-Tunnel kurz, der in der ÖVS-Studie sehr prominent sozusagen an erster Stelle gestellt wurde, dass man den jetzt wieder verkürzt und hier nur noch einen Umsteigepunkt, nämlich am Jakominiplatz, darstellt. Ich habe nur darüber nachdenken wollen, ob nicht diese Variante auch weiterhin sozusagen mitbedacht werden kann und sollte. Und du, Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, hast hier jetzt angedeutet, ich hoffe, dass das auch so gemeint ist und ich hoffe, dass das auch im Protokoll so festgehalten wird, dass tatsächlich die beiden Varianten, sage ich jetzt, S-Bahn-Tunnel kurz, so wie es also hier in der ÖVS-Studie tatsächlich hier empfohlen wurde, und der jetzigen Variante, nämlich Kurztunnel, hier noch einmal eingehend beleuchtet wird, denn ich halte tatsächlich von der verkürzten Variante nicht sehr viel, was die tatsächliche Veränderungen des Mobilitätsverhaltens mit sich bringt. Wir haben den Nordosten, die Universität, den Geidorfplatz eigentlich mit dieser Variante komplett ausgeschaltet, und das finde ich eigentlich nicht für sinnvoll. Von unserer Seite könnten wir auch, dazu wird es nicht kommen, den Zusatzanträgen vom Kollegen Pascuttini und Kollegen Pointner durchaus zustimmen. Aber wie gesagt, wenn das so offenbleibt, auch für den Grundsatzbeschluss, dann können wir dann noch einmal diskutieren, aber ich halte bewusst fest die Aussage, dass beide Varianten, nämlich S-Bahn-Tunnel kurz, die verkürzte Variante, noch einmal zur Diskussion mit den Expertinnen und Experten gestellt wird. Dankeschön (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.***

**9.4 Neuregelung für die Klub- und Fraktionsförderung sowie für die Gründung von Gemeinderatsklubs  
(GR Dr. Gerhard Hackenberger, ÖVP)**

GR Dr. **Hackenberger**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung, liebe Zuseher hier im Raum und an den Bildschirmen. Ich habe Ihnen in Stellvertretung des Klubobmanns Karl Dreisiebner einen dringlichen Antrag vorzustellen, in dem es um eine Teilfinanzierung geht, um Klubfinanzierungen geht, wo wir seit längerer Zeit auf einem Weg einer Parteifinanzierung der Intransparenz, der Willkür zu konkreten transparenten und fairen Vorschriften unterwegs sind. Leider hat die jüngere Vergangenheit gezeigt, dass der Weg offensichtlich noch lange nicht zu Ende gegangen ist, sodass wir ihn irgendwann vollenden werden müssen. Ein Schritt wurde in diesem Haus ja bereits gesetzt, das war im Juni dieses Jahres, indem wir beim Land Steiermark angeregt haben, dass man die Kontrolle der Parteifinanzmittel und der Klubfinanzen durch den Stadtrechnungshof durchführen lässt. Die Finanzierung der Politik im städtischen Bereich beruht ja bekanntlich auf zwei Säulen, einerseits auf dem Parteienförderungsverfassungsgesetz des Landes Steiermark, wonach die Stadtparteien einen Anspruch auf eine dort relativ genau definierte Förderung haben, und auf der anderen Seite auf eine Klubförderung, die hier im Gemeinderat festgelegt und beschlossen wird. Um diese zweite Säule der Finanzierung geht es im dringlichen Antrag. Die Ansprüche aus diesem Titel beruhen grundsätzlich auf einer Richtlinie, ich lese sie Ihnen vor, diese ist nicht ganz einfach auswendig zu zitieren, sie heißt „Richtlinie für die Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und die Finanzierung der Klubs bzw. der Arbeit politischer Mandatäre“. So weit, so schlecht verständlich. Gehen tut es, wie gesagt, um die Klubförderung und um die Förderung jener Mandatarinnen und Mandatäre, die nicht in einem Klub organisiert sind. Der Verwendungszweck für diese Art von Förderung ist leider in dieser Richtlinie nur relativ grob und schwammig beschrieben. Die Richtlinie lässt sehr viel Spielraum für Interpretationen, indem sie sagt: Jährlich in der Finanzposition Förderung der politischen Arbeit vorgesehen Mittel zur Finanzierung der Klubarbeit bzw. der Arbeit

der politischen Mandatare sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben, einschließlich der Öffentlichkeitsarbeit, zu gewähren. Das kann man natürlich sehr, sehr weit interpretieren, die unter Umständen feucht fröhlichen Partys kann man mit gutem Willen oder mit schlechtem Willen, besser gesagt, durchaus als Öffentlichkeitsarbeit ansehen. Hier geht es also darum, dass man die Voraussetzungen bzw. die Mittelverwendung dieser Förderung wesentlich klar erfasst, und das können wir hier im Haus machen. Es muss künftig sichergestellt sein, dass die Klubs und Fraktionen für jede Bewirtung im Rahmen einer politischen Arbeit, für jede Unterstützung eines Vereins etc. eine Rechnung bzw. einen Zahlungsnachweis und einen Nachweis über den Verwendungszweck vorlegen können. Für Vereine und Initiativen, die von der Stadt Fördermittel erhalten, sind solche Vorgaben ja seit vielen Jahren Standard, hier sollte einfach die Parteienförderung nachziehen. Das ist der eine Block, der zweite Block des dringlichen Antrages betrifft die Frage: Was ist ein Klub bzw. was sind die Voraussetzungen von Klubs und wie sieht die Sache aus, wenn sich Klubs umgruppieren, verändern, spalten etc., während einer Gemeinderatsperiode? Es ist klar, wer sich hier angesprochen fühlt und es ist halt natürlich im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen hier im Haus, das ist keine Frage, aber es geht nicht darum, sie irgendwie zu schädigen, sondern es geht darum, dass man Regeln dafür aufstellt und der Anlass, das zu überlegen, eben in den Vorfällen der jüngsten Vergangenheit gelegen sind. Wenn ich planmäßig hergehen würde, um die Förderung zu optimieren, dann würde ich einfach mal rechnerisch damit anfangen, 48 Sitze hier durch drei, drei verschafft einem Status als Klub, durch drei zu dividieren und käme ich Extremfall, etwas zugespitzt zugegebenermaßen, auf 16 Klubs, die dann wieder eine personelle Ausstattung für sich in Anspruch nehmen können, eine ordentliche Ausstattung etc. Das kann es natürlich nicht sein. Ein wesentlicher Aspekt für die Überlegung, die hier im dringlichen Antrag angestellt wird, ist einfach auch, dass wenn ein Teil der Parteigänger aus einem Klub ausscheidet oder womöglich aufgrund schädigenden Verhaltens gegenüber ihrer Partei ausgeschlossen werden, dann muss man ja im Auge behalten, dass der Wählerwille dann eigentlich nicht mehr seinen Ausdruck findet, denn die Leute, die sie gewählt haben, die haben eine bestimmte Werthaltung

gewählt, die unter Umständen durch Parteiaustritte etc. absolut nicht mehr gegeben ist; da kommen dann eigentlich sehr unsinnige und nicht sachgerechte Ergebnisse heraus. Im Bundesbereich ist dieses Thema bereits relativ gut gelöst worden, das sollte unsere Orientierung sein, unsere Richtschnur.

Daher darf ich in diesem Sinne namens der Grazer Grünen – ALG folgenden

### **dringlichen Antrag**

stellen:

1. Der Gemeinderat bekennt sich zur Notwendigkeit, die „Richtlinie für die Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und die Finanzierung der Klubs bzw. der Arbeit der politischen Mandatäre“ im Sinne der Transparenz und besseren Kontrolle weiterzuentwickeln, möglichst entlang den Bestimmungen der allgemeinen Förderrichtlinie der Landeshauptstadt Graz. Der Stadtrechnungshof wird ersucht, in Zusammenarbeit mit Magistratsdirektion und Präsidialabteilung dem Gemeinderat bis zu dessen Sitzung im Jänner 2023 einen Entwurf zur Diskussion und zum Beschluss vorzulegen.
2. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Steiermärkischen Landtag per Petition, die derzeit uneingeschränkt mögliche Neu- bzw. Umgründung von Gemeinderatsklubs während einer laufenden Gemeinderatsperiode im Statut der Landeshauptstadt neu zu ordnen. Als Vorbild könnte die diesbezügliche Regelung des Nationalrates herangezogen werden. Die Präsidialabteilung wird ersucht, einen entsprechenden Petitionstext vorzubereiten, der dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im Jänner 2023 vorgelegt werden soll.

Eine kurze Anmerkung noch zu dem Zusatzantrag der Neos, wenn man das im Sinne unseres dringlichen Antrages erledigt, dann braucht es eine spezielle Überlegung für einen der gegebenen Punkte eigentlich nicht mehr. Ich bitte Sie daher, für diesen dringlichen Antrag zu stimmen und diesen anzunehmen (*Appl.*).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Im Juni dieses Jahres hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit eine Petition an den Landesgesetzgeber verabschiedet, der die Kontrolle der Klubförderungsmittel sowie der Förderungen, die an Fraktionen ohne Klub ausgezahlt werden, auf neue, bessere und transparente Beine stellen soll. Noch ist die Petition, die eine diesbezügliche Änderung des Statuts der Landeshauptstadt Graz zum Ziel hat, vom Landtag nicht beschlossen, nach allem was man hört, soll dieser Beschluss aber bald erfolgen. Damit wird – wie vom Gemeinderat gewünscht – dem Stadtrechnungshof die Möglichkeit eröffnet, diese „besonderen“ Subventionen für die Arbeit der politischen Mandatar:innen und deren Klubs bzw. Fraktionen im Rathaus zu kontrollieren. Die Subventionen an politische Klubs und Fraktionen sind derzeit explizit von der „Förderungsrichtlinie der Landeshauptstadt Graz“ ausgenommen.*

*([www.graz.at/cms/beitrag/10339058/9229813/Foerderungsrichtlinie\\_Landeshauptstadt\\_Graz.html](http://www.graz.at/cms/beitrag/10339058/9229813/Foerderungsrichtlinie_Landeshauptstadt_Graz.html)).*

*Anzuwenden auf diese Subventionen ist die „Richtlinie für die Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und die Finanzierung der Klubs bzw. der Arbeit der politischen Mandatare“, die im Juni 2017 im Gemeinderat beschlossen wurde. Diese Richtlinie beinhaltet allerdings so gut wie keine Vorgaben und Reglements für die Art der Verwendung der Subventionsmittel. Geregelt sind die Fristen für die Antragstellung und die Termine für die Auszahlungen. Für die Gebarungskontrolle sind zwei, von den Klubs und Fraktionen selbst auszuwählende Wirtschaftsprüfer:innen vorgesehen, die Testate sind in der ‘Grazer Zeitung’ zu veröffentlichen. Der Verwendungszweck für die Fördermittel ist nur sehr grob beschrieben und lässt viel Spielraum für Interpretationen: „...vorgesehenen Mittel zur Finanzierung der Klubarbeit bzw. der Arbeit der politischen Mandatare [sind] zur Erfüllung ihrer Aufgaben einschließlich der Öffentlichkeitsarbeit [...] zu gewähren“ Das erscheint uns zu wenig und garantiert weder eine transparente, noch eine rechtmäßige Mittelverwendung. Es ist also dringend notwendig, dass genauere Reglements und Verwendungsvorgaben erarbeitet werden. Sichergestellt muss künftig sein, dass die Klubs und Fraktionen für jede Bewirtung im Rahmen ihrer politischen Arbeit und für jede Unterstützung eines Vereins eine Rechnung bzw. einen*

*entsprechenden Nachweis über den Verwendungszweck vorlegen können. Für Vereine und Initiativen, die von der Stadt Fördermittel erhalten, sind solche Vorgaben schon seit vielen Jahren Usus; an die Förderungen an Gemeinderatsklubs und politische Mandatar:innen sollten die gleichen Maßstäbe an Transparenz und Nachvollziehbarkeit gelegt werden. Weiters erscheint es uns wichtig, Transparenz und Klarheit in Sachen Bildung von Gemeinderatsklubs herzustellen. Aktuell kann sich jeder Klub – so die erforderliche Mandatsstärke gegeben ist – aufspalten und neben Raum- und Büroinfrastruktur sowie Klubangestellten auch Sitz und Stimme in allen Ausschüssen erhalten. Das ist unseres Erachtens nicht das, was dem Wähler:innenwillen entspricht. Hat ein:e Wähler:in Partei X gewählt, so wird diese:r Wähler:in sehr wahrscheinlich auch beabsichtigt haben, dass sich die Mandatar:innen zu einem Klub der Wahlpartei X zusammenfinden und nicht in die Klubs Y und Z aufspaltet. Der Nationalrat hat diesbezüglich seine Regeln bereits geändert, im Landtag wird ebenfalls darüber diskutiert. Also sollte sich die Landeshauptstadt dem nicht verschließen und einen Vorstoß Richtung Landesgesetzgeber wagen. Die für den Nationalrat geltende Regelung für Graz zu übernehmen, macht Sinn, sie ist klar, transparent und demokratischer. In der Geschäftsordnung des Nationalrates heißt es im § 7 Ziffer 1 u. 2:*

*(1) Abgeordnete derselben wahlwerbenden Partei haben zu Beginn einer Gesetzgebungsperiode, spätestens jedoch einen Monat vom Tag des ersten Zusammentrittes des Nationalrates angerechnet, das Recht, sich in einem – einzigen – Klub zusammenzuschließen. Wird von Abgeordneten einer wahlwerbenden Partei dem Präsidenten mehr als ein Zusammenschluss mitgeteilt, so ist die zahlenmäßig größere Gruppe von Abgeordneten als Klub anzuerkennen. Bei gleicher Personenzahl ist jene Gruppe von Abgeordneten als Klub anzuerkennen, der der Listenerste des jeweiligen Bundeswahlvorschlages angehört.*

*(2) Abgeordnete, die nicht derselben wahlwerbenden Partei angehören, können sich zu Beginn einer Gesetzgebungsperiode, spätestens jedoch einen Monat vom Tag des*

*ersten Zusammentrittes des Nationalrates angerechnet, nur mit Zustimmung des Nationalrates in einem Klub zusammenschließen.*

*Diese Bestimmungen könnten sinngemäß in das Statut der Landeshauptstadt Graz aufgenommen werden, dazu benötigt es selbstverständlich eine Petition an den Steiermärkischen Landtag, die entsprechend fundiert vorzubereiten wäre.*

*In diesem Sinne stelle ich namens der Grazer Grünen – ALG folgenden*

***dringlichen Antrag:***

- 1. Der Gemeinderat bekennt sich zur Notwendigkeit, die „Richtlinie für die Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und die Finanzierung der Klubs bzw. der Arbeit der politischen Mandatäre“ im Sinne der Transparenz und besseren Kontrolle weiterzuentwickeln, möglichst entlang den Bestimmungen der allgemeinen Förderrichtlinie der Landeshauptstadt Graz. Der Stadtrechnungshof wird ersucht, in Zusammenarbeit mit Magistratsdirektion und Präsidialabteilung dem Gemeinderat bis zu dessen Sitzung im Jänner 2023 einen Entwurf zur Diskussion und zum Beschluss vorzulegen.*
- 2. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Steiermärkischen Landtag per Petition, die derzeit uneingeschränkt mögliche Neu- bzw. Umgründung von Gemeinderatsklubs während einer laufenden Gemeinderatsperiode im Statut der Landeshauptstadt neu zu ordnen. Als Vorbild könnte die diesbezügliche Regelung des Nationalrates herangezogen werden. Die Präsidialabteilung wird ersucht, einen entsprechenden Petitionstext vorzubereiten, der dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im Jänner 2023 vorgelegt werden soll.*

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Hackenberger. Ich habe mich schon sehr darauf gefreut, dass heute der Kollege Dreisiebner das vorstellen wird, leider ist er erkrankt, an diese Stelle gut Besserung. Vorweg das Wichtigste, wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Sie haben einige Punkte richtigerweise angesprochen, über die man diskutieren kann, nur leider, das ganze Werk, dieser dringliche Antrag, der ist maximal mit einer Vier minus zu bewerten, und ich sage Ihnen auch warum. Hier sind einige Fehler drinnen, da sind auch einige falsche Dinge drinnen, aber kein Nicht Genügend, weil Sie haben es ja gut gemeint. Wenn ich mir das jetzt alles in allem anschau, dann frage ich mich zuerst immer, wenn Sie eine Richtlinie kritisieren, wer hat denn dieses grobe und schwammige Werk vor vielen, vielen Jahren beschlossen? Das war der Kollege Dreisiebner mit den Grünen und mit allen hier versammelten Parteien, mit Ausnahme der Neos. Ihr habt das beschlossen. Ihr habt beschlossen, ok, wir geben uns eine Richtlinie, zahlen uns etwas aus, und da hauen wir möglichst wenig Regeln hinein, damit wir uns nicht selbst beschränken. Das ist einmal ein Faktum. Ausgenommen die Neos, die waren damals schon dagegen. Dann hat es in den letzten Jahren immer wieder Probleme gegeben mit Gebarung, was die Finanzen betrifft, da denke ich jetzt an die SPÖ, damals aufgedeckt durch den Klubobmann Armin Sippel, das ist wirklich lustig. Die haben einige Jahre lang keinen Wirtschaftsprüfer beauftragt. Was war die Sanktion dafür? Es gab keine. Wenn man den Wirtschaftsprüfer nicht beauftragt, dann gibt es keine Sanktion, wo gibt es das denn? Absurd. Letztes Jahr, und ich kann Ihnen sagen, da hat es dann wirklich ein Drama gegeben, und mich hat das schockiert, da hat es dann wirklich schwere Missstände gegeben, die Kollegin Schönbacher und meine Wenigkeit, wir durften diesen Sauhaufen dann übernehmen und da haben sich mir die Haare aufgestellt, was da für Dinge möglich waren. Und Sie haben das eh in den Zeitungen lesen können, was sich im letzte Jahr so ereignet hat. Man muss wirklich festhalten, dass solche Dinge in den letzten Jahren passiert sind, das ist auch die Schuld jener, die damals diese schwammige Richtlinie beschlossen haben, weil man hätte sich damals schon Sanktionen überlegen können, wenn man das nicht ordnungsgemäß erfüllt. Und jetzt möchte ich noch etwas sagen, wenn man

jetzt Verschärfungen andenkt, dann können Sie mir glauben, dass ich mir viele Gedanken gemacht habe, wie man denn so etwas verhindern kann. Und eine traurige Wahrheit gibt es halt doch, man wird es gar nicht immer zu 100 % verhindern können, weil wenn hier wirklich eine gewisse kriminelle Energie vorhanden ist, die Wirtschaftsprüfer täuscht, die auch Kontrollinstanzen täuschen kann, dann werden sie da nie draufkommen. Das muss man auch allen Ernstes so sagen. Ich möchte jetzt nicht so tief ins Juristische gehen, weil dann könnten wir über die Verfassungswidrigkeit von gewissen Korsetts reden, die man Parteien gibt. Es ist nun einmal eine Parteiendemokratie, den Parteien muss man ein bisschen eine Gestaltungsvielfalt lassen, halt nur nicht zu viel. Aber beim ersten Punkt, da haben wir das leicht abgeändert, da haben wir einen Abänderungsantrag vorbereitet, da werden wir es ein bisschen entschärfen. Bis Jänner, wenn Sie das bis Jänner schaffen, wenn Sie das beschließen und bis Jänner schaffen, dass Sie hier etwas Taugliches produzieren, dann herzlichen Glückwunsch, ich glaube das nicht. Und es wird auch externe Experten brauchen, es braucht hier z.B. einen Sickinger, der hier sicher eine gute Sichtweise darauf hat, weil er sich damit sehr, sehr lange beschäftigt, was die Parteienfinanzierung, was die Klubfinanzierung betrifft, da muss ich schon sagen, da wird es externe Experten brauchen und nicht nur den Stadtrechnungshof. Zum anderen, und ich möchte das jetzt gleich zusammenziehen zu Ihrem zweitem Absatz, das ist ja durchaus kurios, ich habe mir das angeschaut, die Debatte damals auf Bundesebene war ja, weil das Team Stronach sich die Abgeordneten zusammengekauft hat, da hat man dann gesagt, gut, ok, das wollen wir verhindern; wir sagen, Klubgründung zu Beginn der Periode macht ja durchaus Sinn, dagegen waren damals die Grünen. Die Grünen haben damals gesagt auf Bundesebene, nein, das wollen wir nicht, weil wir als Grüne sagen, das freie Mandat steht über allem, das freie Mandat, dass sich die Abgeordneten so zusammenschließen, wie sie wollen, das wollen wir schützen. Das ist damals beschlossen worden mit ÖVP, SPÖ, BZÖ, FPÖ gegen die Stimmen der Grünen, jetzt sind die Grünen dafür. Das ist ein klassischer Fall von Anlassgesetzgebung, das möchte ich auch in diesem Sinne einmal sagen. Und ich finde, dass das freie Mandat wirklich eine großartige Sache ist, weil man kann schlussendlich

nicht wissen, wie sich eine Partei entwickelt, und wenn irgendwann die Werte in eine andere Richtung gehen, dann muss es den gewählten Abgeordneten, aus meiner Sicht muss es Ihnen immer möglich sein, ihre Fraktion dann auch zu verlassen. Und ich könnte jetzt darauf eingehen, was in diesem Antrag alles zusammengefasst wird, Herr Kollege Hackenberger. Die Mitgliedschaft in einer Partei, in der Präsenzpartei, unterscheidet sich aber wirklich deutlich vom Mitglied einer Wahlpartei, das sind zwei Parteien eigentlich. Es gibt die Wahlpartei, die formiert sich vor einer Wahl, da stehen die zukünftigen Abgeordneten drauf, und gibt es die Präsenzpartei, die besteht immer; nur weil man nicht mehr Mitglied in der Präsenzpartei ist, kann man ja sehr wohl noch Mitglied in der Wahlpartei sein, das hat der Kollege Dreisiebner, Ihnen will ich das nicht unterstellen, ein bisschen durcheinandergebracht. Und was Sie hier skizzieren in dem Antrag, würde in unserem Fall, weil Sie uns ja angesprochen haben, gerade nicht zutreffen, weil der Klub besteht ja nach wie vor fort. Es ist ein Mitglied ausgeschlossen worden, eines ist ausgetreten, aber es ist der gleiche Klub. Das sieht auch die Staatsanwaltschaft Klagenfurt so, dort sind wir auch noch immer Privatbeteiligte, wir können noch immer Dinge vorlegen. Und abschließend muss ich Ihnen schon sagen, dass sich hier die Grünen zum Handlanger jener machen lassen, die zudecken wollen, das finde ich wirklich kurios. Das ist wirklich kurios. Weil wenn es den Freiheitlichen oder diesen Ex-Freiheitlichen Gemeinderatsklub, jetzt der (Korruptions-)Freie Gemeinderatsklub, wenn es diesen nicht mehr geben würde, dann hätte die Staatsanwaltschaft Graz in den letzten Tagen einige Dinge nicht erhalten, weil dann wären wir eben nicht mehr Privatbeteiligte, dann könnten wie gewisse Dinge nicht mehr vorlegen. Und ich sage Ihnen eines, und das ist jetzt zum Abschluss etwas Lustiges, Sie haben ja diesen Fall mitverfolgt in den Zeitungen, wo es um mögliche Spesenvergehen geht durch diese schwammige Richtlinie, aufgrund derer die Auszahlung erfolgt ist, ist alles erlaubt. Sie können die Klubförderung, Stand jetzt, in der „Mausefalle“ versaufen, Sie können das Geld quasi privat verwenden; da gibt es den Mayer, den Verfassungsrechtler, der sagt, sogar der Bau eines Swimmingpools wäre erlaubt. Das ist jetzt möglich, nur wenn es jemals eine strafrechtliche Verurteilung geben wird, und das ist der Witz an der Sache, dann wird es die aufgrund

der Bundesgeschäftsordnung der FPÖ geben, kein Scherz, weil dort hat man strengere Regelungen als in diesem Werk. Die Bundesgeschäftsordnung der FPÖ sagt ganz klar: Moment, es braucht Beschlüsse für Ausgaben, sonst geht das nicht, es braucht Rechnungsprüfer, es muss alles an die Partei übermittelt werden von den Klubs. Also wenn es jemals eine Verurteilung für diese Vergehen geben wird, dann aufgrund der Bundesgeschäftsordnung der FPÖ, weil hier Verantwortungsträger rechtswidrig gegen diese Vorgaben gehandelt haben, also das muss man dazusagen. Man könnte jetzt spöttisch anmerken, einfach die Regelungen aus der Bundesgeschäftsordnung der FPÖ übernehmen, vor vielen, vielen Jahren hat man hier scheinbar wirklich den Willen gehabt, innerhalb der Partei das anders darzustellen, wirklich hier eine saubere Linie zu halten, man hat sich nur nicht daran gehalten, das ist das Traurige. Und eines sei noch abschließend gesagt, niemand hat sich hier abgespalten, der Klub besteht noch fort, und das wird schlussendlich, und da sage ich, vielleicht sogar ein Zivilgericht zu entscheiden haben, ob die Ausschlüsse wirklich, wirklich zulässig waren. Weil diese Ausschlüsse, die gehen gegen meine Person, gegen die Frau Stadträtin, gegen die anderen Gemeinderatsmitglieder, die sind getätigt worden, weil wir einmal damit Schluss machen wollten, dass in der Politik die Moral komplett hinübergeht. Wir haben uns entschieden, einen Mandatar aus dem Klub auszuschließen, der uns die Unwahrheit gesagt hat, wir das belegen können, und der maßgebliche, verantwortungsvolle Positionen im Klub, in der Partei und in Vereinen inne hatte. Und das ist genug, da ist die Grenze für uns überschritten gewesen, deswegen haben wir diese Parteiausschlüsse kassiert. Da bin ich sehr, sehr stolz drauf, darf mich auch bei vielen, vielen bedanken, die in den letzten Wochen gesagt haben, das war die richtige Entscheidung, und ich kann euch eines versprechen, da wird noch sehr, sehr vieles aufkommen, was diesen ehrlichen Weg bestätigen wird. Deswegen meine Bitte an Sie, werte Gemeinderäte, stimmen Sie unserem Abänderungsantrag zu, der ist ein bisschen entschärft, was den zeitlichen Druck betrifft, er ist auch dahingehend ein bisschen erweitert, dass man sich externe Experten zu diesem wichtigen Thema holt und er hat diesen zweiten Punkt gestrichen, weil ich finde, dass das freie Mandat, das sich Abgeordnete, ...

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner: Bitte zum Schluss kommen.*

**KO GR Mag. Pascuttini:**

... Vertreter schlussendlich zusammenfinden dürfen. Und, Frau Vizebürgermeisterin, es hat heute, glaube ich, jeder schon die Zeit überschritten, der es wollte, ich bin der Erste, der ermahnt wird, auch nicht sehr fair. Dankeschön (*Appl.*).

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den*

***Abänderungsantrag,***

*der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

- 1. Der Gemeinderat bekennt sich zur Notwendigkeit, die „Richtlinie für die Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und die Finanzierung der Klubs bzw. der Arbeit der politischen Mandatäre“ im Sinne der Transparenz und besseren Kontrolle zu überarbeiten. Der Stadtrechnungshof wird ersucht, in Zusammenarbeit mit Magistratsdirektion und Präsidialabteilung unter Beiziehung externer Experten bis zu dessen Sitzung im März 2023 einen Entwurf zur Diskussion und zum Beschluss vorzulegen.*

**Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner:**

Ich möchte darauf hinweisen, dass Sie vier Minuten überzogen haben, also das ist schon fair, Sie darauf aufmerksam zu machen. Ich habe Sie nicht gestoppt, sondern fertigreden lassen. Also nur zur Fairness. Sie haben einen Abänderungsantrag

eingbracht, wir reden aber noch über die Dringlichkeit, den nehmen ich dann als eingebracht mit.

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther**:

Sehr geehrte Kolleg:innen, ich mache meine Wortmeldung dafür umso kürzer. Die Diskussion zeigt ganz deutlich, dass a dieser Antrag notwendig ist, deswegen werden wir in Dringlichkeit und Inhalt zustimmen, und b, unsere langjährige Forderung, die Klubförderung zu kürzen, auch berechtigt ist, denn wir, die derzeitige Koalition, hat jetzt die Klubförderung gekürzt, trotzdem bleiben uns, und das können Sie transparent auch auf der Website nachsehen, immer noch sehr viele Gelder übrig, um sie für soziale Zwecke zu verwenden. Das ist einerseits gut, andererseits ist es natürlich die Frage, ob sowas über die Klubförderung laufen muss oder ob man dafür auch das Sozialbudget erhöhen könnte stattdessen, als es an Klubs zu geben, wo man weiß oder jetzt erfahren hat, dass andere das nicht für soziale Zwecke, sondern nur für das eigene Wohlfallen missbräuchlich verwendet haben. Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe auch um getrennte Abstimmung der beiden Punkte gebeten. Ich möchte es auch aufschlüsseln, ich möchte mit Punkt 2 beginnen. Und dieser Punkt stellt sich mir so dar, dass es natürlich ein grundsätzliches demokratiepolitisches Dilemma in Österreich darstellt, und zwar freies Mandat gegen Parteiendemokratie. Wir Gemeinderäte, die wir hier sitzen, sind Teil der Liste einer Partei und werden nicht direkt gewählt, das ist der eine Teil, der spricht für diesen Punkt. Dagegen spricht das freie Mandat der Abgeordneten, das heißt, dass eine Neugruppierung, eine Abspaltung durchaus möglich sein sollte, beides sind wichtige Prinzipien, leider widersprüchlich,

und da haben wir ein Bewertungsproblem. In Österreich haben wir nach meiner tiefen Überzeugung ein Problem einer zu starren Parteiendemokratie, die uns oftmals lähmt, Stichwort auch Klubzwang usw. ...

*Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderates: Den gibt es nicht.*

GR Mag. **Pointner:**

Den gibt es sehr wohl, aber halt hinter verschlossenen Türen. Daher werden wir und ich aus dieser Überzeugung, dass der einzelne Abgeordnete gestärkt gehört und das freie Mandat wichtiger zu bewerten ist als diese starre Parteiendemokratie, dem zweiten Punkt nicht zustimmen können. Zum ersten Punkt, wenn die Richtlinie überarbeitet werden sollte, dann möchten wir einen Zusatzantrag eben dazu stellen, und zwar geht es um einen Lückenschluss. Das politische Umfeld wird ständig dynamisch und politische Klubs lösen sich immer wieder auf, ich denke an das Team Stronach, Liste Pilz, etc. Und bis dato ist in der Stadt Graz eben nicht geregelt, was im Falle einer Auflösung eines Klubs mit den übriggebliebenen Mitteln der Förderung passiert. Eine Rückzahlung dieser Mittel ist eigentlich überfällig, denn es sind Steuergelder, die für die Arbeit im Gemeinderat vorgesehen sind, und man kann auch eine eindeutige Zweckwidmung dieser Fördermittel herauslesen und zwar aus der Richtlinie für die Förderung im Grazer Gemeinderat, denn die Fördermittel sind zweckgewidmet für die Erfüllung der Aufgaben. Und wenn nun der aufzulösende Gemeinderatsklub Fördermittel nach der Richtlinie erhalten hat und diese bis zu seiner Auflösung und im Liquidationsstadium nicht nachweisbar und vor allem zweckwidmungsgemäß verbraucht hat, und dahin geht unser Antrag, sollen sie in Zukunft zurückbezahlt werden diese nicht verbrauchten Fördermittel an die Stadt. Und der Kollege Hackenberger hat es ja angesprochen, man muss es wie beim Verein sehen. Wie es denn bei einem Verein, wenn der Vereinszweck nicht erfüllt wird, dann sind Fördermittel zurückzuzahlen. Und daher stelle ich den

**Zusatzantrag:**

Zusätzlich zu den im Hauptantrag intendierten Forderungen hat der Entwurf der überarbeiteten Richtlinie jedenfalls auch Regeln zu beinhalten, wonach ausbezahlte Klubförderungen, wenn sich ein Klub auflöst oder der Nachweis der ordnungsgemäßen Verwendung der Fördermittel im Rahmen der Prüfung nicht gelingt, zurückzubezahlen sind an die Stadt. Ich bitte um Zustimmung (*Appl.*).

***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Das politische Umfeld wird ständig dynamischer. Immer wieder werden politische Klubs – sei es in diversen Landtagen, aber auch im Nationalrat – aufgelöst (Team Stronach, Liste Pilz etc.).*

*Bis dato ist in der Stadt Graz nicht geregelt, was im Falle einer Auflösung eines Gemeinderatsklubs mit den übrig gebliebenen Mitteln der Klubförderung passiert. Eine Rückzahlung dieser Mittel ist längst überfällig, schließlich handelt es sich hierbei um Steuergelder, das für die Arbeit im Gemeinderat vorgesehen sind*

*Eine eindeutige Zweckwidmung dieser Fördermittel ergibt sich schon aus der „Richtlinie für die Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und die Finanzierung der Klubs bzw. der Arbeit der politischen Mandatäre 2017“, die Zuwendungen ausdrücklich für „Erfüllung ihrer Aufgaben“ gewährt.*

*Hat der aufzulösende Gemeinderatsklub zuvor Fördermittel nach dem §2 der Richtlinien erhalten und hat diese bis zu seiner Auflösung bzw. im – daran anschließenden – Liquidationsstadium nicht nachweisbar und vor allem widmungsgemäß verbraucht, sollen in Zukunft diese nicht verbrauchten Fördermittel an die Stadt zurückgezahlt werden.*

*In diesem Sinne stelle ich im Namen der Grazer NEOS folgenden*

**Zusatzantrag:**

*Zusätzlich zu den im Hauptantrag intendierten Forderungen hat der Entwurf der überarbeiteten Richtlinie jedenfalls auch Regeln zu beinhalten, wonach ausbezahlte Klubförderungen, wenn sich ein Klub auflöst oder der Nachweis der ordnungsgemäßen Verwendung der Fördermittel im Rahmen der Prüfung nicht gelingt, zurückzubezahlen sind.*

**GR Dr. Piffl-Percevic:**

Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer und Zuseher:innen. Ich kann ein paar Punkte nicht so stehen lassen, wie sie versucht wurden, eben unwidersprochen in den Raum zu stellen. Kollege Pascuttini, das, worüber die Staatsanwaltschaft jetzt ermittelt, dazu äußere ich mich überhaupt nicht. Da wird unsere Gerichtsbarkeit darüber entscheiden, ich vermute hier nichts. Nur einem Punkt muss ich schon widersprechen, den hast du ja sehr wohl relativiert, wenn kriminelle Energie vorhanden ist, nützt die dichteste Regel als Algorithmus nicht. Unter Umständen sogar gibt es dann noch Auswege formaler Art, die dann sogar noch jemandem etwas ermöglichen. Also ich kann nur sagen, weil das möchte ich betonen, unsere Klubförderungsrichtlinie wurde maximal der Klubförderungsrichtlinie des Landtages abgeschaut, und da geht es um Öffentlichkeitsarbeit, um Arbeit der politischen Mandatäre. Du hast es so dargestellt, als wäre das ja völlig schnoddrig und willkürlich und ungeregt. Mit diesen Formulierungen arbeitet der Landtag offensichtlich ohne jedes Problem. Und nochmals, kriminelle Energie, auch die beste Richtlinie schützt vor Missbrauch nicht, das möchte ich klar sagen. Und wir wollten auch, weil ich damals in einer Klubobmannfunktion war, keinen Algorithmus neu erfinden, frei stricken, dann geht es wieder um Auslegungsprobleme. Und im Übrigen, wir haben eine Petition an den Landtag geschickt für mehr Transparenz, dazu bekennen wir uns im Gemeinderat und auch in unserer politischen Partei nach dem Parteiengesetz vollinhaltlich, wir haben das auch dort beschlossen, und das ist Inhalt

unserer Petition an den Landtag; und wenn der Landtag aufgrund von Vorkommnissen, die jetzt hier stattgefunden haben, dann Handlungsbedarf sieht, dann möge er handeln. Und es ist auch hier eine Petition an den Landtag, wir werden sehen, was hier dann drinnen stehen wird, vorgesehen. Das wollte ich hier sagen. Ja, Kollege Pointner, der Unterschied zwischen politischer Partei nach dem Parteiengesetz und einer Wahlpartei in einem Stadtparlament da ist ein Unterschied. Aber genau im Antrag vom Kollegen Dreisiebner steht drinnen, dass wir hier eine Anleihe nach der Geschäftsordnung des Nationalrates, die im Gesetzesrang steht, nehmen sollen, dort ist sehr wohl möglich, abseits von politischer Parteizugehörigkeit und auch abseits von Wahlparteizugehörigkeit Klubs zu bilden, aber nicht alle paar Monate, sondern kurz einen Monat nach Konstituierung, allerdings dort ist auch ein Mehrheitsbeschluss des Nationalrates erforderlich. Also wir gehen hier in keine extreme Richtung und auch in keine demokratiepolitische Richtung. Einen Punkt möchte ich schon sagen, wir werden zustimmen dem Antrag vom Kollegen Dreisiebner und dem Zusatzantrag von den Neos, aber ich würde doch dringend ersuchen, dass die hier vertretenen Fraktionen und Klubs auch in die Erstellung der Richtlinien eingebunden sind, denn nur der Rechnungshof, ohne Abwertung, und nur die Magistratsdirektion, sie ist sehr hochrangig hier vertreten, ich möchte es nicht abwerten, aber ich glaube schon, die Klubs sollten eingebunden sein, ohne dass wir jetzt eine Zusatzantrag stellen, das wäre schon meine Forderung. Danke (*Appl.*).

**KO GR Ehmann:**

Frau Vorsitzende, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, im Gemeinderat, Zuhörer:innen im Livestream, auf der Galerie, lieber Antragsteller, stellvertretend für den Karl Dreisiebner, dem wir an dieser Stelle auch beste Genesung wünschen. Die Wanderer kennen das Phänomen, nicht die vielen weißen Schafe auf einer Weide erregen unsere Aufmerksamkeit, sondern ein schwarzes darunter. Und das hat auch hier wieder stattgefunden im Grazer Gemeinderat, eben die Causa, die von Kollegen Pascuttini angesprochen wurde, die jetzt zum Anlassfall gerät, uns jetzt hier Neues zu

überlegen, weil offensichtlich mit Klubgeldern scheinbar nicht ordentlich gearbeitet wurde. Das, was der Kollege Pascuttini gesagt hat, dass das mehren schon passiert ist, und da auch die SPÖ darunter ist, das möchte ich insofern richtigstellen, bei der SPÖ war es einmal der Fall. Nämlich ich bin seit 2017 Klubobmann und dafür zuständig und verantwortlich, und da ist es einmal geschehen, dass wir das Testat des Wirtschaftsprüfers zu spät an die Präsidiale gemeldet haben und dadurch wir nicht mehr im Amtsblatt die Veröffentlichung erreichen konnten und daher die Klubförderung quasi öffentlich nicht darstellen konnten. Aber das war in Wahrheit ein Formalfehler, wir haben sie sowieso zu jeder Zeit darstellen können, aber das war, wie gesagt, ein Fauxpas des Versenkens des Testates. Aber das haben wir auch korrigiert, das haben wir auch so gesagt, das ist auch nachzulesen, ich glaube, der Kollege Richter hat seinerzeit sogar darüber geschrieben, von der Kronen Zeitung. Das war das eine. Aber das andere ist, bei uns war es immer schon so, sage ich auch dazu, ich nehme an, das wird in vielen anderen Klubs oder eh bei allen anderen ähnlich sein, bis auf den einen damaligen, wir haben zwei voneinander unabhängige Wirtschaftsprüfer, so wie es vorgesehen ist, wir haben die Klubmitglieder als Finanzkommission, das heißt, jedes Klubmitglied sitzt in der Finanzkommission und muss Beschlüsse bzw. Gelder, die wir über den Klub verwenden, für jede Verwendung einen Beschluss herbeiführen, alle miteinander. Da gibt es Mehrheitsbeschlüsse, in dem Fall ist es einstimmig logischerweise, weil man sich eh vorher ausredet, was verwendet wird und wie es verwendet wird; und was wir noch tun, ist auch mit der Wirtschaftsprüfungskanzlei Rücksprache halten bei Fällen, wo wir uns nicht ganz sicher sind, ob wir hier die Zuweisung über den Klub machen können oder nicht. Das würden wir uns übrigens ersparen, wenn wir das zukünftig genauer regeln und klarer regeln, weil dann brauchen wir oft diese Rücksprache mit den Wirtschaftsprüfungskanzleien nicht halten. Das würde Zeit ersparen das eine oder andere Mal, aber wie gesagt, jeder Cent ist hier nachvollziehbar und wir tun uns hier nicht schwer und wir veröffentlichen das auch, ebenso wie die Neos, ebenso wie die ÖVP, soweit ich weiß, ebenso wie die Grünen usw. auch auf der Homepage, also jährlich, nachdem es im Amtsblatt abgebildet wurde, und das machen wir auch alle Jahre wieder. Also das heißt, hier gibt

es Transparenz, aber natürlich, wenn wir hier Richtlinien aufgrund eines Anlassfalls noch verbessern können, dann sollten wir natürlich in der Weiterentwicklung mitarbeiten und uns nicht dagegenstellen. Was die Klubgründungen betrifft, ja, es wurde heute schon angesprochen, das Thema muss man sich noch einmal genauer anschauen, wie es das zu regeln gilt. Es könnte ja theoretisch, wenn es schon angeklungen ist, eine Wahlpartei es sich relativ leicht machen und eine Aufspaltung von Klubs machen; also ich sage jetzt einmal, wenn man neun Mandate hat, könnte man drei Klubs machen mit Mitarbeiter:innen und Klubfördermitteln, mit den entsprechenden Möglichkeiten, das ist natürlich nicht im Sinne des Erfinders. Und was Wahlpartei und freies Mandat bedeutet, natürlich ist das freie Mandat das höchste Gut. Nur wir müssen uns schon ehrlich sein, hier drinnen in unseren ehrwürdigen Hallen, dass die wenigsten über ein Direktmandat hier hineinkommen, weil das Direktmandat würde eine hohe Anzahl von Stimmen bedeuten, das müssten sehr viele Vorzugsstimmen sein, die man hier hat. Also das heißt, ich glaube, dass niemand rein über ein Direktmandat hier hereingekommen ist, sondern im Regelfall immer über seine zugehörige Wahlpartei. Deswegen halte ich das auch für sinnvoll, dass man sich hier auch Gedanken macht, wie das unterperiodig sozusagen geregelt werden soll, wenn es hier eine Abspaltung geben soll. Weil in Ihrem Fall hätte ich persönlich das von außen jetzt so wahrgenommen, dass Ihnen faktisch der Fraktionsklub abgesprochen wurde, wenn ich das jetzt so richtig verstanden habe, also Sie dürfen sich nicht mehr FPÖ-Klub nennen, so hätte ich es verstanden. Also offensichtlich wurde Ihnen hier die Fraktion abgesprochen sozusagen, wenn man das im parteipolitischen Sinne so sehen darf.

*Zwischenruf KO GR Mag. Pascuttini unverständlich.*

KO GR **Ehmann**:

Naja, ihr seid ja der Klub der FPÖ gewesen und jetzt seid ihr nicht mehr der Klub der FPÖ, oder?

*Zwischenruf KO GR Mag. **Pascuttini**: Ja.*

KO GR **Ehmann**:

Genau, und jetzt habt ihr auch einen anderen Namen. Also das heißt, ihr gehört nicht mehr zur ursprünglichen Wahlpartei, das meinte ich damit.

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**: Bitte hier keine Zwischendiskussionen führen. Danke.*

KO GR **Ehmann**:

Ja, wurscht, ich bin kein Jurist, ist ja auch egal. Das muss auch an anderer Stelle geklärt werden. Das ist eh verwirrend genug, weil einer ist ein wilder Mandatar, der andere ist ein FPÖler, der andere ist ein Korruptionsfreier, naja, was weiß ich, ist ja egal, tut nichts zur Sache. Ich glaube, dass man es grundsätzlich einfach lösen muss, das ist ein guter Ansatz und dieser Antrag ist auch, glaube ich, ein Stück weit hier geeignet dazu, in diese Richtung zu gehen. Zum Zusatzantrag vom Kollegen Pointner, schätze ich sehr die Zusammenarbeit mit dem Kollegen Pointner, auch was Transparenz usw. betrifft, auch im Kontrollausschuss, aber in diesem Fall, glaube ich, ist es nicht notwendig, diesen Zusatzantrag zu stellen, weil da bin ich beim Kollegen Hackenberger, der bereits

ausgeführt hat, dass man eigentlich das sowieso mitregeln muss. Also ich brauche jetzt nicht zusätzlich das anregen, diesen einen wichtigen Punkt natürlich auch mitzuregeln, sondern wenn man diese Sache neu gestaltet, ist das sowieso auch zu regeln, wie mit Geldern umzugehen ist, welche bereits überwiesen wurden, wenn es hier eine nachträgliche Änderung gibt. Also diesbezüglich glaube ich, wird der Zusatzantrag keine Notwendigkeit haben, in diesem Sinne können wir dem Antrag, so wie er vorliegt, zustimmen. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist jetzt schon einiges gesagt worden, ich nehme einfach noch auf ein paar Argumente Bezug, die im Raum gestanden sind. Ich glaube, nur weil 2017 einmal eine Richtlinie beschlossen wurde, heißt das ja nicht, dass es nicht notwendig sein kann oder sogar dringend notwendig ist nachzubessern. Wir haben ja gesehen, was aufgrund einer sehr weiten Richtlinie, die wirklich sehr viel Spielraum lässt, weil eben Aufgaben in der politischen Arbeit, das ist doch etwas, was sehr Deutungsspielraum zulässt, letztendlich möglich ist, und von dem her natürlich jede Richtlinie lässt am Ende des Tages gewisse Schlupflöcher und mit ausreichend krimineller Energie wird man auch eine viel, viel strengere Richtlinie umgehen können. Aber das alles ist ja kein Argument dagegen, eine Richtlinie differenzierter und schärfer zu gestalten und ich sehe alles, was in den letzten Jahren passiert ist, schon als dringenden Auftrag, das zu tun und habe jetzt auch von vielen Seiten gehört, dass das eh sehr parteiübergreifend so gesehen wird. Weil am Ende des Tages müssen wir uns schon alle vor Augen führen, das ist ja Steuergeld und nicht wenig Steuergeld, welches uns hier zur Verfügung steht und das soll wirklich sachgemäß und verantwortungsvoll eingesetzt werden. Ich gehe davon aus, dass wir das alle tun, aber dennoch kann das ja durch eine Richtlinie, die das auch strenger vorgibt, nur unterstrichen werden und verstärkt werden dieser verantwortungsvolle Umgang mit dem Geld. Zum Thema des freien Mandats. Natürlich, das ist eine Abwägungsfrage, für uns ist aber am Ende der Überlegungen,

und das ist keine Anlassgesetzgebung in irgendeiner Form, also ich möchte auch wirklich sagen, ich finde das sehr bemerkenswert, wie ihr versucht, die Finanzskandale der Vorgänger-FPÖ hinter euch zu lassen, aber ich denke, wenn man jetzt ein schlüssiges System im Gemeinderat aufbauen möchte, kann es ja nur erstrebenswert sein, dass sich Klubs unmittelbar nach der Wahl konstituieren oder relativ unmittelbar, weil das ist ja letztendlich der Wähler:innenauftrag. Das soll ja irgendwie abgebildet werden, welche Klubs jetzt hier im Gemeinderat sitzen, und in dem Sinne finde ich, sollte man sich an diesem Beispiel des Nationalrates orientieren und wirklich nicht das in Abrede stellen, was ihr hier gerade leistet, das möchte ich nur noch einmal festhalten. Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, ich glaube, ich muss das noch ein bisschen präzisieren, wenn ich sage, dass man mit genügend krimineller Energie jedes Regelwerk überwinden kann, und das ist leider einfach so. Und was ich kritisiert habe vorhin, ist nicht die persönliche Verantwortung eines jeden Einzelnen, weil die gibt es hier eh nicht, ich habe kritisiert, dass man halt damals schon bei einfachen Verstößen keine Sanktionen vorgesehen hat. Weil wenn ich jetzt bei der SPÖ, und ich habe es gerade nachgelesen, war das drei Jahre hindurch der Fall, dass man dieses Testat nicht veröffentlicht hat, 2015, 2016, 2017, dafür gibt es einfach keine Sanktion, das ist nicht vorgesehen und das hätte man sich ja damals schon überlegen müssen. Weil das gibt es eigentlich bei jedem Regelwerk: Was passiert, wenn es jemand nicht tut? Das ist das eine, das andere, und ich kann hier wirklich aus diesem Fall sprechen, wenn man sich anschaut, da hat es auch noch ganz andere Institutionen geben als Wirtschaftsprüfer oder sonst wen. Sie erinnern sich sicher an den FPÖ-Parteitag im März, da hat der Rechnungsprüfer davon gesprochen, dass man zur Bank gegangen ist und im Plastiksackerl das Geld hinausgetragen hat, Zitat: Karlheinz Morré. Und ja, da frage ich mich auch, was hat sich die Bank gedacht, dass hier Parteifunktionäre im hohen Maß Bargeld beheben? 50.000 Euro, 60.000 Euro, 30.000 Euro. Was hat sich hier die Bank

gedacht, gibt es hier keine Regularien? Wenn jetzt jemand versucht, auf ein Sparbuch etwas einzuzahlen, und das sind deutlich niedrigere Beträge, dann gibt es hier schon eine Hürde, bei den Parteien nicht. Also das möchte ich einmal sagen, da haben noch ganz andere Kontrollmechanismen versagt. Man liest danach, die Wirtschaftsprüfer müssen etwas prüfen. Und ich habe mir das auch gedacht, ist nicht mein Bereich, habe ich mir gedacht, naja, wenn die Wirtschaftsprüfer etwas prüfen, das hat schon Hand und Fuß. Naja, erstens gibt es, wie überall, gute und schlechte Wirtschaftsprüfer, und zweitens gibt es halt leider Wirtschaftsprüfer oder gibt es halt Vorgaben für die Wirtschaftsprüfer, wie diese Prüfung zu erfolgen hat. Und die Wirtschaftsprüfung ist keine Belegprüfung im Sinne von „ist dieser Beleg jetzt echt oder nicht“ oder „ist dieser Beschluss jetzt echt oder nicht“. Da wird einfach geschaut, ist das stichprobenartig oder ist das zutreffend oder nicht. Man muss dazusagen, mir stellen sich hier viele Fragen, aber grundsätzliche hätte man das wahrscheinlich 100 Wirtschaftsprüfern geben können, nachdem das ein Steuerberater aufbereitet hat, und der Wirtschaftsprüfer das dann sieht und sagt, aha, das kommt eh vom Steuerberater, schaue ich mir drei Sachen an, da ist irgendein Beleg dabei, wird schon passen. Ist er aus der Haftung? Noch ein Detail am Rand, der Wirtschaftsprüfer hat eine Verschwiegenheitsverpflichtung, der muss über seine Prüfung vor zwei, drei oder vier Jahren gar nicht aussagen bei der Staatsanwaltschaft, der muss gar nicht vorlegen, was er für Prüfunterlagen überhaupt hatte, der muss nicht zur Aufklärung beitragen. Also das sieht man schon auch, dass man sich ein bisschen ein System geschaffen hat, das solche Dinge noch begünstigt. Deswegen mein Vorstoß, man kann sich Regeln überlegen, ja sicher, diese Regeln werden aber nicht die strenge Kontrolle ersetzen, die man auf vielfältigste Art und Weise trotzdem sicherstellen wird müssen. Und ich glaube, die beste Sicherstellung ist, wie wir das in diesem Jahr gelebt haben, wir haben einfach die Zeitung eingeladen, einmal war der Grazer hier und einmal die Kleine Zeitung in Form von Bernd Hecke, die haben hier durchgestöbert, naja, die sollen sich die Dinge anschauen, das ist der transparenteste Weg. Und eine Sache, und da bin ich eigentlich immer ein strikter Gegner davon, aber in dem Fall wäre es zutreffend, für politische Parteien und für Klubs sollte man eigentlich das Bargeld so gut wie

verbieten, weil mir kommt vor, dass es eigentlich, und ich habe es in dem Jahr nie gebraucht, dass man wirklich einmal ein Bargeld braucht, dass man wirklich sagt, ok, ich muss da jetzt 20.000 Euro beheben, dass ich irgendwas zahle, das hätte die gesamte Sache verunmöglicht. Weil wenn alles über ein Konto läuft, und im Ex-Freiheitlichen Gemeinderatsklub, jetzt (Korruptions-)Freien Gemeinderatsklub, läuft fast alles über das Konto, und wenn irgendjemand was vorstreckt beim BILLA oder sonst wo, dann gibt es einen Beleg und dann gibt es die Überweisung, dass hier wirklich irgendetwas bar abgewickelt wird. Vor allem in 20.000-, 30.000-, 40.000-Euro-Höhe ist das nicht möglich, wenn man hier eine Grenze einzieht, die dann auch von der Bank z.B. kontrolliert werden müsste, dann wird es schwierig, weil vom Konto weg auf irgendein Scheinkonstrukt, das wird dann schon sehr abenteuerlich. Aber ich kann Ihnen eines sagen, ich habe in diesem Jahr gelernt, es ist wirklich fast alles möglich (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Ich erlaube mir, noch einmal kurz herauszutreten und zusammenfassend zu sagen, dass also der Zusatzantrag offenbar irgendwie konkludent doch angenommen wird und er nur der Notwendigkeit entbehrt. Also fasse ich noch einmal zusammen, die Analogie Vereinszweck verfehlt Rückzahlung bzw. Fördermittel zweckgebunden nicht ausgegeben, Rückzahlung wird akzeptiert und kommt auch so hinein. Sie, lieber Kollege, haben selbst den Vergleich gebracht und ich würde mich freuen über Ihre Schlusswortmeldung, wenn Sie sich auch klar dazu bekennen. Dankeschön (*Appl.*).

GR Dr. **Hackenberger**:

Es sind jetzt so viele verschiedene Wortmeldungen dazu gekommen, ich versuche die, aus meiner Sicht, wichtigsten zusammenzufassen. Natürlich sind alle, die hier sitzen, aus einer Wahlpartei gekommen, weil die Wahlpartei eben definitionsgemäß die Partei ist, die aus Anlass der aus seinerzeitigen Gemeinderatswahl angetreten ist und die

betreffenden Gemeinderatsmitglieder nominiert hat, da ändert sich nichts daran, darauf haben Sie vollkommen richtig verwiesen. Aber genau das scheint mir ja ein bisschen das Problem zu sein, denn das hat ja nichts mit dem freien Mandat zu tun, das verlieren Sie ja nicht deswegen, weil Sie aus einer Partei oder wie auch immer austreten. Das bleibt erhalten, und was hier eigentlich zur Debatte steht, ist ja nicht das freie Mandat, das gefährdet sein könnte, sondern das ist das Geld, welches mit dem Klubzusammenschluss verbunden ist. Und Sie alle haben hier Ihre Klubmitgliedschaft und damit auch die Geldquellen ausschließlich deshalb, weil sie als Mitglieder der Wahlpartei FPÖ in diesen Gemeinderat gekommen sind. Wenn Sie die Wertegemeinschaft, die die Wähler veranlasst hat, diese Wahlpartei und die darin enthaltenen vorgestellten Mitglieder zu wählen, verlassen, dann gibt es meines Erachtens nach kein demokratiepolitisches Problem, wenn man sagt, na gut, die gehören zu dieser Wertegemeinschaft nicht mehr dazu, dann können sie auch keinen Klub mehr bilden. Das haben wir, wie gesagt, im Bundesbereich ja ohnehin schon in diese Richtung gelöst. Klar ist auch, dass diese bisherige Regelung lückenhaft und nicht besonders glücklich war. Aber es wird uns nichts helfen, wenn wir nach Schuldigen suchen, weil jetzt sind wir halt im Jahr 2022, haben diese Regelung vor uns und müssen schauen, dass wir davon wegkommen und vernünftige Inhalte produzieren, die in Hinkunft einfach die Bindung des Geldes besser im Auge haben. Ich zweifle, Kollege Pascuttini, überhaupt nicht an der Ehrenhaftigkeit Ihrer Tätigkeit im Zusammenhang mit der Aufklärung dieser ganzen Geschichte, darum geht es selbstverständlich nicht. Das hat aber wohl mit der Klubförderung per se wirklich nichts zu tun, und wenn Sie die kriminelle Energie ansprechen, verstehe ich das Argument eigentlich nicht, denn wenn man sagen würde, na gut, mit hoher krimineller Energie ist es so, dass es eh nichts hilft, was man für Regelungen trifft, das wäre eine Pleiteerklärung, dann können wir die Bestimmungen unseres Strafgesetzbuches einfach aufheben und sagen, das brauchen wir nicht, weil mit entsprechender krimineller Energie wird das ja trotzdem gemacht. Also das ist, glaube ich, kein wirklich ziehendes Argument. Und zum Schluss noch kurz zu den verbrauchten Mitteln. Ich glaube, das ist selbstverständlich, dass man hier eine Regelung treffen muss, ich bin

mir nur nicht sicher, ob die genauso aussieht, weil die nicht verbrauchten Mittel. Das würde z.B. offenlassen, dass jemand zum 30.6. die ganzen Jahresmittel schnell noch verbraucht, bevor er die ganze Geschichte auflöst, da sollte es irgendeine andere Regelung der Rückzahlung geben. Dass es eine Rückzahlungsregelung geben sollte, wenn man unterjährig den Klub verlässt oder der Klubstatus verloren geht, daran habe ich keinen Zweifel und das sollte Teil der Neuregelung sein. Vielen Dank (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG und Neos) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 1) wurde einstimmig angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 2) wurde mit Mehrheit (gegen KFG und Neos) angenommen.***

***Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG und Neos) abgelehnt.***

#### **9.5 Pilotprojekt an Schulen zu Periodenarmut gemeinsamer dringlicher Antrag der Grünen – ALG und der SPÖ (GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> Zeynep Aygan-Romaner, Grüne)**

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> **Aygan-Romaner:**

Sehr geehrte Damen und Herren in diesem Raum und auch online, heute darf ich gemeinsam mit meiner Kollegin von der SPÖ, Anna Robosch, über ein Thema sprechen, einen dringlichen Antrag über ein Thema einbringen, das die Hälfte der Menschheit betrifft und die andere Hälfte betreffen sollte. Der dringliche Antrag handelt von der Menstruation und was das für viele Frauen Monat für Monat bedeutet. Über dieses Thema wird nach wie vor viel zu wenig geredet, viel zu wenig öffentlich gesprochen, nach wie vor ist das Thema tabubehaftet. Wir reden viel zu wenig darüber, es gibt zu wenig Aufmerksamkeit darüber und ich sehe ich auch, dass die Aufmerksamkeit in

diesem Raum auch nachlässt, deswegen habe ich mir erlaubt, eine kleine Mentimeter-Umfrage zu gestalten, um Ihren Wissensstand abzufragen, was Sie über die Menstruation wissen oder glauben zu wissen, und ich habe gesehen, im Livestream sind weit über 100 Personen auch immer noch aktiv, die können auch gerne mitmachen bei dieser Mentimeter-Abfrage. Vielleicht ganz kurz, das geht ja von meiner Zeit weg, also es ist ganz simpel, einfach mit dem QR-Code-Scanner den QR-Code scannen und einfach die Abstimmung mitmachen, absenden, am Ende verkünde ich dann das Ergebnis, aber bitte die Aufmerksamkeit noch bei mir lassen. Es wird über dieses Thema, wie gesagt, viel zu wenig öffentlich geredet, und es wird auch sehr, sehr wenig thematisiert bis gar nicht thematisiert, wie viele Kosten das auch bedeutet für jede einzelne Frau, man schätzt bis zu 15.000 Euro in einer Lebensspanne, in diesen 40 Jahren ca., die eine Frau ihre Menstruation hat. Und es gibt viele Frauen, die sich diese Kosten nicht leisten können; wenn man von der Statistik Austria ausgeht, sind 14 % der österreichischen Bevölkerung armutsgefährdet. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, 14 % ist wirklich sehr, sehr viel. Und für armutsbetroffene Menschen ist es eine große Herausforderung, sich Hygieneartikel Monat für Monat leisten zu können, und es gibt einen Begriff dafür und dieser betrifft lautet Periodenarmut. Wenn Sie sich gefragt haben, was Periodenarmut genau bedeutet. Es gibt schon gute Beispiele in Kommunen, wie mit diesem Thema umgegangen wird, also z.B. die Stadt Wien hat ein Pilotprojekt gestartet, das die „Rote Box“ heißt, in einem Bezirk hat man sich Periodenartikel gratis abholen können, auch die ÖH in Graz hat diesen Weg beschritten und man kann dort gratis Hygieneartikel sich abholen, und es gibt auch von der Stadt Graz schon etwas in Vorbereitung. Nämlich das Frauenreferat, auch in Kommunikation mit dem ABI, hat schon etwas vorbereitet, dass man Hygieneartikel/Periodenartikel in Spendern aufstellen kann, nämlich in Schulen, das ist auch genau der Inhalt vom dringlichen Antrag. Warum Schulen? Weil die Mittelschulen sind erstens einmal in unserem Zuständigkeitsbereich, da können wir wirklich etwas tun, da können wir ein Zeichen setzen, da können wir aktiv einwirken. Es geht hier um die Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen, die in ihrer vulnerabelsten Phase eine Unterstützung von armutsgefährdeten und

armutsbetroffene Familien. Es ist auch gerade in diesen Jahren, so zwischen 10 und 15, dass die Menstruation total unregelmäßig kommen kann und das für die Mädchen sicher eine ganz große Hilfe ist, wenn sie überrascht werden, dass in der Schule etwas zur Verfügung steht. Und es ist natürlich das Allerwichtigste, aus meiner Sicht, das Thema zu enttabuisieren, dass diese Tabus einfach nicht mehr Jahr für Jahr weitergelebt werden, Gott sei Dank ist es ja weniger geworden, also ich in dem Alter war, war es viel, viel schlimmer. Also ich sehe hier schon eine positive Entwicklung und diese positive Entwicklung können wir als Stadt Graz noch mehr fördern. In den Schulen haben eigentlich alle Jugendlichen ihre Peergroups, die Familien können bis zu einem gewissen Grad einwirken, können aufklären, können enttabuisieren, aber zu einem großen Teil, im Alter zwischen 10 und 15, ist der Freundeskreis und sind die Peergroups wichtig und deswegen ist es in Schulen absolut sinnvoll, freie Menstruationsartikel einzuführen. Deswegen, das wäre ein wichtiger Beitrag, eben um Mädchen zu unterstützen in Schulen und das Thema auch den Burschen näher zu bringen. Es wissen auch wirkliche viele Burschen sehr wenig über dieses Thema. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG und der SPÖ Graz den folgenden

**dringlichen Antrag:**

Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht zu prüfen, ob und in welcher Form ein Pilotprojekt an Grazer Mittelschulen umgesetzt werden kann, in dessen Rahmen Menstruationsartikel für Schülerinnen kostenlos zur Verfügung gestellt werden können. Ich bitte um breite Zustimmung (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Die Hälfte der Menschheit hat regelmäßig die Menstruation, trotzdem ist sie nach wie vor ein großes öffentliches Tabu. Über Menstruationsbeschwerden und was sie Monat für Monat für Frauen bedeuten, wird kaum öffentlich gesprochen, auch nicht über die Kosten, die den Frauen für Hygieneartikel, Schmerzmittel etc. entstehen. Tampons und*

*Binden sind jedoch teuer, eine Frau braucht im Schnitt im Laufe ihres Lebens 17.000 davon. Schätzungen gehen davon aus, dass die Menstruation eine Frau im Laufe ihres Lebens 7.000 bis 15.000 Euro kostet. Bis vor kurzem waren Hygieneartikel für Frauen noch dazu mit einer 20-prozentigen Umsatzsteuer belegt, so als würde es sich um Luxusartikel handeln. Erst 2021 wurde der Steuersatz auf 10 % gesenkt. Nicht für alle Mädchen und Frauen sind Tampons und Binden einfach leistbar, die monatlichen Kosten sind für Armutsbetroffene eine Herausforderung. Der Begriff dafür lautet Periodenarmut. Es gibt einige gute Beispiele von Kommunen und Institutionen, die sich des Themas erfolgreich angenommen haben. So hat die Stadt Wien die „Rote Box“ als Pilotprojekt in einem Bezirk eingerichtet, wo Binden und Tampons zur freien Entnahme angeboten werden. Einen erfolgreichen Weg hat die ÖH an der Universität in Graz beschritten, wo ebenfalls gratis Hygieneartikel für Frauen zur Verfügung gestellt werden. In beiden Fällen gibt es Kooperationen mit Firmen, die Monatsartikel vertreiben. Diesen Weg möchten wir auch für die Stadt vorschlagen und ein Pilotprojekt an Grazer Mittelschulen anregen. Warum in der Schule? Zum einen geht es natürlich um die Unterstützung von Mädchen aus armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Familien. Weiters ist es gerade in den ersten Jahren so, dass die Menstruation unregelmäßig kommt und überraschend in der Schule einsetzen kann. Frei zugängliche Menstruationsartikel können in dieser Situation eine große Hilfe sein. Aber es geht auch darum, das Thema Menstruation zu enttabuisieren. Ein tabuloser Umgang mit Menstruation wird nicht nur in der Familie, sondern vor allem im Schul- und Peergruppenumfeld gelernt. Ein solches Pilotprojekt in der Schule kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, sowohl für Mädchen als auch für Burschen.*

*Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden*

**dringlichen Antrag:**

*Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht zu prüfen, ob und in welcher Form ein Pilotprojekt an Grazer Mittelschulen umgesetzt werden kann, in dessen Rahmen Menstruationsartikel für Schülerinnen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.*

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren. Das Thema ist wichtig, das ist für Mädchen und Burschen gleichermaßen, was Information anbelangt, aber eben auch praktische Hilfe, ein durchaus relevantes. Es gibt auch weltweit viele Projekte, die, glaube ich, mittlerweile auch sehr bekannt sind, dass man eben in diese Richtung aktiv wird, auch um einmal die Kosten entsprechend darzulegen. Also es gibt gegen das Thema gar nichts einzuwenden, aber wir haben jetzt gerade eine QR-Code-Umfrage gemacht zur Frage, wie viel wir über Menstruation wissen. Und ich möchte die Frage gleich aus praktischem Grund, allerdings ohne den QR-Code, anschließen: Was wissen wir eigentlich dann über die Vorhaben, die in der Stadt Graz bereits in Arbeit sind? Denn meines Wissens, und da hat es auch ein Gespräch mit dem Büro von Herrn Stadtrat Hohensinner bereits gegeben, hat das Frauenreferat genau so etwas bereits in Bearbeitung, es hat bereits vor längerer Zeit einmal ein Pilotprojekt gegeben, das durchaus auch von Schwierigkeiten geprägt war. Jetzt hat es erst unlängst ein Gespräch von Doris Kirschner gegeben, der Leiterin des Frauenreferates, mit der Bildungsdirektion am 11. November um 10.00 Uhr, gemeinsam mit einer Vertreterin des schulpsychologischen und schulärztlichen Dienstes, Frau Ettinger. Dort ist dieses Thema besprochen worden, dort wurde festgelegt, dass das Frauenreferat ein Konzept vorlegen sollte, das eben verschiedene Themen bereits miteinbindet und man dann dieser Idee nähertreten würde. Aus diesem Grund verstehe ich nicht, erstens, warum das nicht bereits eingebunden wurde, warum der Herr Stadtrat Hohensinner mit dem Projekt quasi alleine beauftragt werden soll, und es kommt mir leider so vor, als wäre das ähnlich wie das letzte Mal beim Antrag vom Herrn Kollegen Ammerer zur inklusiven Werbung, wo wir leider darauf hinweisen mussten, dass es bereits etwas gibt, was in Umsetzung ist. Aus diesem Grund würden wir gerne das bereits in Umsetzung begriffene Projekt unterstützen und sehen die Dringlichkeit für einen neuerlichen Vorstoß, mit Vorzeichen, die wir nicht zielführend finden, nicht gegeben. Dankeschön (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und KFG) angenommen.***

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Geschätzte Damen und Herren, liebe Antragstellerin, Mitantragstellerin. Ich danke dir für diesen Antrag und möchte gleich vorwegschicken, mir ist sehr wohl bewusst, dass es hier schon Vorarbeiten gegeben hat. Weil ich habe 2020 schon einen normalen Antrag zu diesem Thema gestellt, und deswegen kennen wir auch einen Informationsbericht, der über den letzten Stand dieser Dinge quasi in den Vorbereitungen vom Frauenreferat sehr wohl informiert hat. Dennoch war der Antrag damals nicht nur auf Schulen gerichtet, sondern auch auf alle öffentlichen WCs gerichtet, wo es kostenlose Menstruationsartikel zur Entnahme geben soll. Und auch, muss man auch dazusagen, gibt es meiner Ansicht nach aufgrund der Teuerung einen erhöhten Dringlichkeitsbedarf, über den wir heute reden sollten. Die Zeynep hat schon sehr viele Zahlen genannt, ich möchte noch ein paar hinzufügen. Sie hat davon gesprochen, dass es ungefähr 15.000 Euro kostet, ein Leben lang sich quasi mit Menstruationsartikel für die Menstruation auszustatten; wenn man dazu auch noch die periodenbezogenen Produkte hinzuzählt, also Schmerzmittel oder andere Dinge, die man brauchen könnte, dann sind wir auf 20.500 Euro im Leben. Und auch, das ist auch deswegen so relevant, weil man nicht nur in Bezug auf die Teuerung jetzt gerade davon spricht, sondern auch zusammenhängt, dass wir ja wissen, dass Frauen vermehrt von Armut betroffen sind und auch durch den Gender-Pay-Gap einen Einkommensverlust errechnet, verglichen mit den Männern, haben, wenn man das aufs Leben rechnet, was Frauen durch den Gender-Pay-Gap weniger bezahlt bekommen und auch dann für diese Periode Geld ausgeben müssen, kommen wir auf 380.000 Euro im Leben. Und von diesen 380.000 Euro könnte man sich schon das eine oder andere kaufen oder könnte sich Frau das eine oder andere kaufen. Deswegen würde ich sehr wohl davon sprechen, dass es nicht nur jetzt, sondern generell in Bezug auf Teuerung, in Bezug auf Armutsbekämpfung und in Bezug darauf, dass diese Ausgaben nicht etwas sind, was ein Luxus ist, sondern diese Ausgaben sind wirklich Monat für Monat Ausgaben, die man tun muss, welche man sich nicht aussuchen kann, würde ich persönlich sehr wohl davon sprechen, dass dieser Antrag dringlich ist und auch schneller in Umsetzung kommen sollte. In Verbindung mit Menstruationsartikeln

und Armut gibt es auch noch eine spannende oder eigentlich erschreckende Umfrage aus dem Bereich der Universitäten und Studierenden aus Frankreich. Dort wurden menstruierende Personen befragt, ob sie sich schon einmal zwischen dem Kauf von Nahrung oder dem Kauf von Menstruationsartikel entscheiden haben müssen, und dort ist leider herausgekommen, dass jede dritte Person, die dort befragt wurde, schon gesagt hat, ja, sie hat sich einmal in ihrem Leben schon einmal die Frage gestellt: Kaufe ich jetzt Tampons, kaufe ich jetzt Binden oder kaufe ich mir etwas zu essen? Deswegen sind solche Initiativen wie auch auf der ÖH oder auch initiiert von VSStÖ-Leoben, dass es auf den Unis gratis Menstruationsartikel zur Entnahme gibt, enorm wichtig, weil es wirklich auch etwas mit der Lebensrealität von Studierenden zu tun hat. Und warum auch noch Bildung und Schulen in der Hinsicht so wichtig sind, unserer Meinung nach, ist auch international bekannt. In Neuseeland haben Schulen auch jetzt mittlerweile gratis Menstruationsartikel, weil die dortige Premierministerin Jacinda Ardern draufgekommen ist, dass einmal im Monat ein ganz bestimmter Teil der Schülerinnen fehlt, für mehrere Tage fehlt, und das ist, weil sie sich Menstruationsartikel nicht leisten können und weil sie das dann quasi zuhause besser handeln können als in der Schule. Daraufhin hat sie gesagt, junge Menschen sollten niemals auf Bildung verzichten müssen, nur weil sie etwas erleben, was für die Hälfte der Bevölkerung ein ganz normaler Teil ihres Lebens ist. Dem kann man eigentlich nichts mehr hinzufügen, außer, dass es sehr wohl dringlich ist, dass es sehr wohl auch umgesetzt werden sollte in Graz, dass es an Schulen gratis Menstruationsartikel gibt. Wir wissen, dass es diese Vorarbeiten gibt, aber ich glaube, dass es hier auch die geballte Ladung an koordinierter Kraft in der Stadt Graz brauchen könnte, dass das jetzt wirklich auch zügig in Umsetzung kommt, und darauf freue ich mich persönlich ganz besonders und deswegen hoffe ich auf breite Zustimmung (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

In aller Kürze noch einmal, ich glaube nicht, dass ich mich unklar ausgedrückt habe. Niemand hat dem Thema die Bedeutung abgesprochen, aber es gibt bereits ein

konkretes Projekt vom Frauenreferat, gemeinsam mit der Bildungsdirektion, das zeitnah diskutiert worden ist, am 11. November 2022. Ich glaube, viel zeitnäher geht es nicht, wenn ich ganz ehrlich bin, und mir erschließt sich nicht, warum man nicht in diesem Fall einfach sagen kann, passt, wir haben da einen Teil, der bereits erledigt ist, von mir aus übersehen oder wie auch immer, das Projekt ist wichtig und kann umgesetzt werden. Jetzt verstehe ich nicht, warum man diesen Weg nicht gehen kann, ich würde bitten, wirklich hier noch einmal Rücksprache zu halten. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Herlicska:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, die noch auf der Galerie sind und die auch zuhause sind, und ich möchte ganz besonders meine Tochter grüßen, die war vorhin noch auf der Galerie, jetzt nicht mehr, schaut aber von zuhause aus zu. Ich möchte sie auch deswegen ganz besonders zu diesem Punkt begrüßen, weil sie genau in dem Alter ist wie diese Kinder, um die es in diesem Antrag geht, sie ist auch eine Mittelschülerin. Und ich denke, dieses Thema ist deswegen wichtig, wir müssen uns nur bei uns jetzt im Saal umschauen, wie viele von uns davon betroffen sind und mit den Kosten. Ich finde das sehr schön, dass dieses Thema in so einem Rahmen diskutiert werden kann, egal, ob jetzt Vorarbeiten geleistet worden sind oder nicht, umso besser, desto schneller kann man das umsetzen. Als ich, wenn ich daran zurückerinnere, in dem Alter war, vor 22 Jahren mittlerweile, das heißt, das sind jetzt 22 Jahre, in denen auch ich menstruiert habe, unterbrochen von zwei Schwangerschaften und mittlerweile drei Jahren Stillzeit, so viele Informationen, für manche vielleicht zu privat. Ich möchte nur herausstreichen, im Leben einer Frau ist es eine sehr lange Zeit, weil es kommen sicher noch 20 Jahre auf mich zu. Das ist zwar etwas sehr Privates, aber wir sind hier in einem Gremium, wo man solche Dinge durchaus besprechen kann und ich bin sehr froh, dass das mittlerweile geht. Man sieht, die Enttabuisierung wirkt, Aufklärung wirkt umso besser, wenn das auch in die Mittelschulen kommt zu den Kindern, die sonst vielleicht nicht so einen offenen Zugang, wie ich euch heute präsentiert habe, zu dem Thema

haben, weil das ist keine Selbstverständlichkeit, weder für Mädchen noch für Burschen. Dieser total lockere Umgang mit diesen Hygieneartikeln, die in einem Land, das so reich ist wie Österreich, einfach tatsächlich in allen öffentlichen Bereichen gratis zur Verfügung stehen sollten, ist nicht überall so üblich, dass das so ist, und ich freue mich, dass wir das diskutieren können und vielleicht schaffen wir es, dass in Zukunft auch an anderen öffentlichen Bereichen der Stadt Graz diese Hygieneartikel zur Verfügung stehen; weil wir haben ja auch ein Klopapier zur Verfügung, wenn wir eines brauchen, dafür müssen wir auch nicht extra zahlen, das braucht jeder von uns. Und ich möchte auch noch einmal ganz positiv darauf hinweisen, es wurden schon einige Projekte genannt, es gibt auch im Bezirk Geidorf ein schönes Projekt, das der Bezirksrat dort finanziert, und zwar für das BG/BRG Kirchengasse, wo genau so ein Projekt angedacht wurde und auch umgesetzt wurde, was auch mit heller Begeisterung aufgenommen wurde. Danke an den Bezirksrat, dass so ein Projekt unterstützt wird. Und ich möchte auch ganz kurz die Punkte vorlesen, die von der Schule, vom Elternverein und von den Schülerinnen und Schülern dort genannt wurden, warum sie es wichtig finden, dass dieser Zugang zu Hygieneartikel ermöglicht wird, wir finden ihn nämlich sehr gut und aus dem Leben gegriffen, und zwar stellen sie den Schülerinnen und Schülern, es gibt auch nicht nur menstruierende Frauen, Hygieneartikel zur Verfügung, weil sie nicht wollen, dass die Kinder im Unterricht eingeschränkt werden und im Lernen, z.B. durch die Teilnahme am Unterricht selbst oder am Turnunterricht. Sie wollen die Scham über den Umgang mit den Hygieneartikeln enttabuisieren, sie wollen Periodenarmut vorbeugen, genau das, um was es in diesem Antrag heute geht, und für Mädchen und Frauen leistbarer machen. Sie wollen Frauen und Mädchen in ihrem Alltag unterstützen, sie wollen in Notsituationen rasche Hilfe vor Ort leisten können und sie wollen eben auch junge Frauen unterstützen, deren Periodenzyklus plötzlich beginnt oder sich noch nicht eingependelt hat. Und ich finde, das ist ein ganz tolles Projekt, an dem wir uns ein Beispiel nehmen können und ich bin mir sicher, dass wir das auf einen guten Weg bringen können. Dankeschön (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> **Aygan-Romaner**:

Bevor ich zur Auswertung komme, uns war natürlich bewusst, dass es hier Vorarbeiten gibt, aber das ist auf Verwaltungsebene passiert, vielen Dank an dieser Stelle an das Frauenreferat und an das ABI für die Vorarbeiten bzw. für die Anbahnung dieser Kooperation. Aber was gibt es Besseres als ein gemeinsames Zeichen, wenn wir dem dringlichen Antrag als Gemeinderat geschlossen zustimmen und nach außen tragen, dass das uns allen ein Anliegen ist und wir dieses Projekt einfach gemeinsam weitertreiben wollen? Zur Auswertung, es hat 82 Votes gegeben, und, wenig überraschend, im Prinzip ist das eine ganz, ganz simple Abfrage: Ich weiß was darüber/Ich weiß wenig darüber über das Thema Menstruation/Ich weiß viel über das Thema Menstruation, und Männer haben ungefähr eine Wertung von 2,1 bis 1,5 die Skala, das heißt, eher wenig. Und Frauen wissen eher viel, nämlich 3,5, was mich auch ein bisschen überrascht, ich hätte nämlich erwartet, dass Frauen ein bisschen mehr wissen über ihren Körper, aber offensichtlich nicht, deswegen ist es umso dringlicher, dass wir diesen Antrag beschließen. Vielen Dank (*Appl.*).

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.***

***Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (19.25 Uhr).***

#### **9.6 Anstieg der Hate Crimes – auch in Graz (GR<sup>in</sup> Anna Robosch, SPÖ)**

GR<sup>in</sup> **Robosch**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, leider kommen wir jetzt zu einem sehr schockierenden und auch eigentlich sehr traurigen Thema, denn in Graz ist es leider schon wieder passiert. Graz ist schon wieder Schauplatz für ein Hassverbrechen

geworden, diesmal schon wieder gegen die LGBTIQ-Bewegung und -Community, und leider wurde zum zweiten Mal in Graz innerhalb von wenigen Jahren auf das Vereinslokal der RosaLila PanterInnen ein Hassverbrechen verübt. Und diesmal wurde eben laut Augenzeugen ein Kanaldeckel in die Eingangsscheibe des „feel free“-Vereinslokals geworfen und damit zerstört. Es ist schockierend, dass das schon wieder in Graz passiert ist, es ist traurig, dass das schon wieder in Graz passiert ist, aber rein, wenn wir ganz Österreich betrachten, dann ist das eigentlich nur ein weiterer Akt eines Hassverbrechens mitten in einem massiven Anstieg derer. Seit Mitte vergangenen Jahres wissen wir nämlich durch die Beantwortung einer Anfrage im Nationalrat, dass die Hassverbrechen gegen Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit, da fallen viele Dinge darunter, unter anderem eben auch die sexuelle Orientierung, massiv ansteigt. Sie steigt gegen LGBTIQ-Personen, sie steigt in Bezug auf Rassismus und sie steigt, wenn wir die Beleidigungen und tragischen Fälle bedenken, die dadurch auch ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben. Ein erstes Pilotprojekt aus dem Innenministerium zeigt eben, dass diese Zahlen massive angestiegen sind. Der erste Pilotbericht hat eben 2.400 Hassverbrechen festgestellt, und die letzte Anfrage eben für den gesamten Zeitraum des Jahres 2021 hat festgestellt, dass es insgesamt über 6.619 Hassverbrechen aufgrund verschiedener Gruppenzugehörigkeiten gegeben hat, und 376 waren aufgrund der sexuellen Orientierung. Anlässlich dieser Zahlen können wir eigentlich nicht zur Tagesordnung übergehen und auch anlässlich dieses Angriffs aufs wiedermalige „feel free“ können wir nicht wieder, wir verdammen alle diese Hassverbrechen, aber wir tun nichts dagegen. Deswegen stehe ich heute hier und will diesen dringlichen Antrag mit Ihnen diskutieren und diesen dringlichen Antrag auch mit Ihnen gemeinsam in Richtung Bund schicken, weil wir wissen, dass wir in Graz in Bezug auf die LGBTIQ-Bewegung sehr viel leisten. Wir unterstützen in der Stadt und im Land unsere Initiativen, wir unterstützen die LGBTIQ-Community, wir unterstützen die Beratungsangebote in diesem Bereich, wir stehen zu ihnen und wir stehen zu ihnen schon seit langem. Dennoch sehen wir diesen massiven Anstieg in diesem Bereich und wir können nicht länger so tun, als wäre in dem Bereich alles schon getan und nicht noch mehr notwendig. Wir fordern

deswegen auch massiv einen Nationalen Aktionsplan gegen Hassverbrechen und Diskriminierung vom Bund ein und vom Bundesgesetzgeber ein. Wir glauben, dass mit diesem nationalen Schulterschluss, diesem nationalen Aktionsplan das Vertrauen in Justiz und Polizei gestärkt werden soll, Sensibilisierungsangebote und auch Sensibilisierungsarbeit in der Verwaltung und in der Exekutive notwendig sind, Antidiskriminierungsarbeit im Bildungsbereich beinhalten sollte und vieles mehr. Aber auch ein besonderes Augenmerk, finden wir, sollte auf der Ausweitung des Diskriminierungsschutzes liegen, denn wenn in Österreich es immer noch legal ist, im privatrechtlichen Bereich Leute aufgrund ihrer sexuellen Orientierung zu diskriminieren, dann sehen wir, dass hier noch nicht alles getan wird, um diese Community zu schützen. Diese Hassverbrechen sind natürlich nur die extremste Form dieser Gewalt, aber wir sehen, dass hier wirklich auch Maßnahmen notwendig sind. Das Bundesland Vorarlberg ist hier schon vorangegangen, in Wien gibt es schon sehr viele Initiativen, die so etwas auch fordern, aber wir sehen, dass Expertinnen und Experten auch davor warnen, hier einfach wegzuschauen, weil die Dunkelziffer der Hassverbrechen wahrscheinlich noch viel, viel höher liegt. Ich glaube, in dem Sinne könnten wir eigentlich hier nur gemeinsam sagen, wir müssen mehr tun und wir müssen auch den Bund auffordern, mehr zu tun. Und deswegen stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

**dringlichen Antrag:**

- Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an die Bundesregierung heran und fordert die Einführung eines nationalen Aktionsplans gegen Hassverbrechen, sowie ein „Leveling Up“ (die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes im Gleichbehandlungsgesetz auf den Privatbereich, also den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen sowie Wohnraum).
- Die Stadt Graz verstärkt den Austausch mit Vereinen aus der queeren Community und Gewaltschutz-Expert:innen.

Dankeschön (*Appl.*).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

Schon seit Mitte des vergangenen Jahres berichten Medien immer häufiger über Hassverbrechen gegen Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit: Verbrannte Regenbogenfahnen und Angriffe auf LGBTIQ-Personen, rassistische Gewalt, Beleidigungen und viele andere tragische Fälle haben so ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden. Leider wurde auch Graz in den letzten Jahren zweimal Schauplatz eines Hassverbrechens gegen das Vereinslokal der RosaLila PantherInnen. Einmal im Sommer 2020, als ein Täter die Auslage des LGBTIQ-Vereines und auch die Synagoge in Graz angriff und nun erst vor wenigen Tagen wieder. Unbekannte Täter warfen laut Zeugenaussagen einen Kanaldeckel in die Eingangsfensterscheibe des „feel free“-Vereinsitzes der PantherInnen. Ein erster Pilotbericht des Innenministeriums zeigte bereits im Sommer des vergangenen Jahres eine hohe Zahl von Hassverbrechen, die in den verschiedensten Kategorien zur Anzeige kamen – Expert:innen weisen jedoch darauf hin, dass es sich dabei nur um die Spitze des traurigen Eisbergs handeln und die Dunkelziffer an nicht-angezeigten Verbrechen deutlich höher sein dürfte. Eine neue parlamentarische Anfragebeantwortung von SPÖ-Gleichbehandlungssprecher Mario Lindner zeigt nun deutlich, dass sich die Zahl der Hate Crime im Jahr 2021 – verglichen zu den ersten sechs Monaten des BMI-Pilotprojekts (Nov. 2020 bis April 2021) – nochmals deutlich gesteigert haben.

Vergleich des BMI-Pilotberichts (Nov. 2020 bis April 2021) und der parlamentarischen Anfrage der SPÖ zum gesamten Jahr 2021:

	BMI-Pilotbericht (November 2020 - April 2021)	Parlamentarische Anfrage (Jänner - Dezember 2021)	Opfer Gewalt Delikte 2021
Nationale/Ethnische Herkunft	724	1.874	927
Weltanschauung	701	2.052	294
Religion	309	750	288
Hautfarbe	157	408	131
Alter	109	266	106
Geschlecht	129	354	296
Sexuelle- Orientie- rung	97	376	224
Sozialer Status	90	287	107
Behinderung	85	252	105
Gesamt	2401	6619	4352

*Die Forderung nach einem Nationalen Aktionsplan gegen Hass und Diskriminierung angesichts dieser Entwicklung wird immer deutlicher und auch dringlicher. Auch Gespräche mit Sozialarbeiter:innen und Interessenvertreter:innen im Bereich der RosaLila Pantherinnen machen deutlich, dass neben der Angriffe auf das Lokal auch verbale Angriffe mittlerweile zum täglichen und wöchentlichen Geschäft im Bereich des „feel free“ gehören, welches natürlich auch als wichtiges und sichtbares queeres Beratungszentrum dient. Diese Beratungsarbeit wird dadurch natürlich massiv erschwert. Dieser Nationale Aktionsplan gegen Hassverbrechen und Diskriminierung muss nicht nur die Stärkung des Vertrauens in Polizei und Justiz, sondern auch Fragen der öffentlichen Sichtbarkeit, der Sensibilisierung in der Verwaltung und der Exekutive, der Antidiskriminierungsarbeit im Bildungsbereich und vieles mehr umfassen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf große Ballungszentren gelegt werden. Wesentlicher Bestandteil des Aktionsplans muss das „Leveling up“ sein, also die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes auf das Privatrecht. Denn solange in Österreich Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung eine Wohnung verwehrt werden kann oder sie aus einem Taxi geworfen werden können, weil sie Händchen halten, haben wir noch einen langen Weg vor uns. Von den unterschiedlichen Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität sind Hassverbrechen die extremste Form und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Schon heute setzen Länder und Kommunen dafür wichtige Schwerpunkte. So ist beispielsweise nicht nur die Regenbogenhauptstadt Wien bemüht, der steigenden Zahl von Hassverbrechen entgegenzuwirken, sondern auch das Land Vorarlberg hat erst im Sommer 2022 einen eigenen Aktionsplan vorgestellt. Klar ist aber, wie von Expert:innen und Eigenvertretungsorganisationen stets betont wird, dass die Koordinierung, die Bereitstellung von Ressourcen und vor allem der politische Wille einen gesamtösterreichischen Anstoß braucht – der lange geforderte Nationale Aktionsplan gegen Hass würde genau das ermöglichen. Sowohl die Stadt Graz, als auch das Land Steiermark und die zahlreichen Vereine und Institutionen leisten sehr wertvolle Arbeit bei der Unterstützung der queeren Community. Die wirksame Lösung des Problems der*

*Hassverbrechen können Stadt und Land jedoch nicht mehr alleine bewirken. Hier ist der Bund gefordert.*

*Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den*

***dringlichen Antrag:***

- *Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an die Bundesregierung heran und fordert die Einführung eines nationalen Aktionsplans gegen Hassverbrechen, sowie ein „Leveling Up“ (die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes im Gleichbehandlungsgesetz auf den Privatbereich, also den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen sowie Wohnraum).*
- *Die Stadt Graz verstärkt den Austausch mit Vereinen aus der queeren Community und Gewaltschutz-Expert:innen.*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Antragstellerin. Ich habe mir diesen Antrag sehr genau durchgelesen und mindestens zwei Punkte sind, um es höflich zu formulieren, bemerkenswert. Das eine Bemerkenswerte daran ist, dass man wieder hergeht und eine Straftat, die zu verurteilen ist, instrumentalisiert, um hier einen Antrag zu verfassen, das Gleiche haben wir bereits erlebt bei dem Thema Femizid. Und was wissen wir über diese im Motiventext geschilderte Straftat auf das Vereinslokal dieser PanterInnen? Fakt ist, wir wissen, es handelt sich gegenwärtig um einen unbekanntem Täter. Fakt ist, dass es ein laufendes Ermittlungsverfahren gibt, und damit ist die Faktenlage hinsichtlich dieser Straftat beendet. Wir wissen keinerlei Hintergründe, wir wissen keinerlei Täter, wir wissen infolgedessen auch nicht, ob es sich hier um ein Hassverbrechen in irgendeiner Variante handelt. Und man agiert hier irgendwie mit einer Pippi-Longstrumpf-Mentalität, ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt, umgelegt, ich mache mir hier diese Straftat, wie sie mir gefällt, damit es passt, damit ich jetzt einen Antrag in diese Richtung stellen kann. Das ist das eine, was mir

sehr, sehr bemerkenswert bei diesem Antrag vorkommt. Das Zweite, ja, es hat diese Studie gegeben, dass Hassverbrechen steigen. Gefordert wird ein Aktionsplan und gefordert wird eine gesetzliche Verschärfung in diesem Bereich. Und jetzt ist uns eines mit Sicherheit bewusst, Hass ist ein menschliches Gefühl. Und glaubt irgendjemand in diesem Raum, dass ein menschliches Gefühl durch eine Verschärfung der Gesetze verhindert werden kann? Und das ist hier leider Gottes die Grundlage dieser Verbrechen. Und meiner Meinung nach ist für diesen Hass etwas ganz, ganz anderes verantwortlich, nämlich der fehlende Respekt gegenüber allen. Ich bin der festen Überzeugung, die Antragstellerin hat sehr, sehr viel Respekt gegenüber Feministinnen, gegenüber Integrationsunwilligen, gegenüber allem Möglichen, und ich bin sogar der festen Überzeugung, die Antragstellerin hat auch Respekt gegenüber weltanschaulichen Umschmierereien in Regenbogenfarben, das ist durchaus möglich, aber ich weiß auch, dass da gegenüber gewissen Menschengruppen hier kein Respekt existiert, ganz im Gegenteil, sogar Verachtung existiert. Und ich kann mich an die letzte Sitzung erinnern, da war das Thema Abtreibung in einem Antrag gegeben, und da ist behauptet worden und verächtlich über Personen gesprochen worden, die in Graz demonstrieren gegen Abtreibung, der Meinung kann ich sein, ich kann aber auch nicht der Meinung sein. Aber was ich nicht machen darf, ist, dass ich diese Menschen wegen ihrer Meinung verachte. Und ich kann das ausdehnen auf weitere Gruppen, ich kann sagen, da gibt es Verachtung gegenüber Personen, die diese ganzen feministischen Gender-Ideen vielleicht ablehnen, ich kann sie gegenüber konservativen Menschen insgesamt besitzen, aber deswegen ändert das nichts, wenn ich auch diesen Menschen nicht den Respekt entgegenbringe, dass sie sich im Rahmen der Gesellschaft respektiert fühlen, dann wird dieser Hass, dann wird diese Spaltung und dann wird die Grundlage für diese Hassverbrechen weiterhin existieren und daher läuft diese Verschärfung der Gesetze in eine völlig falsche Richtung (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Hopper:**

Hohe Stadtregierung, lieber Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geschätzte Zuhörer:innen und Zuseher, die noch im Livestream mit dabei sind. Ich möchte vielleicht so anfangen: Anna, danke für deinen Antrag. Wir sind in, glaube ich, mehrheitlich allen politischen Belangen wahrscheinlich, die wir mittragen, unterschiedlich eingestellt, dennoch hat mir das gerade wieder gezeigt, dass wir vielleicht gar nicht so weit auseinander sind, und das möchte ich als Start für meine Wortmeldung vorwegschicken. Ich habe nämlich sehr viele Stichworte aufgeschrieben, ich möchte das auch kurz begründen, die auch in deinem Redebeitrag gerade vorgekommen sind; nur die Art und Weise, wie sie miteinander verknüpft sind, ist so unterschiedlich, wie es nur sein könnte. Ich werde das kurz versuchen, hier wiederzugeben. Anna, für uns ist dein Antrag auch dringlich. Einzig und alleine die Tatsache, wie du zu Beginn auch schon festgehalten hast, dass es jetzt gerade in der unmittelbaren Vergangenheit auch wieder ein Hassverbrechen auf das Vereinslokal der RosaLila PanterInnen gegeben hat, aus diesem Grund ist das, aus unserer Sicht, auch dringlich. Du weißt, dass wir auch einen Abänderungsantrag eingebracht haben, die Claudia wird nachher noch dazu sprechen, ein paar Sachen möchte ich hier aber unabhängig davon noch ansprechen und tatsächlich auch kritisieren. Ich habe mir vorgenommen, das auch in einer anderen Tonalität und eher respektvoll zu halten, und nicht anschuldigend, ich hoffe, den Unterschied kann man erkennen. Ich glaube, wir sind einer Meinung, dass es in unserer Gesellschaft und in unserer Stadt keinen Platz für Hassverbrechen geben sollte und eigentlich völlig unabhängig davon für irgendeine Art der Diskriminierung. Und ich glaube, das eint eigentlich alle in diesem Haus, manche Interpretation kann man vielleicht nicht teilen, aber der Grundsatz ist gegeben. Gleichzeitig möchte ich aber auch kurz auf den Antrag, den ich vorher einbringen durfte über den Volksgarten, eingehen, wo wir uns als Fraktion gefragt haben: Was kann die Stadt tatsächlich in diesem Bereich tun, was ist das, was wir unmittelbar verändern können, was sind die Akzente, die wir setzen können? Und das ist etwas, was mir in diesem Antrag einfach tatsächlich fehlt, wo ich es ein bisschen zu kurz gegriffen finde, zu sagen, passt, wir verweisen noch einmal auf diesen

Aktionsplan, wir wollen ihn noch einmal einfordern. Du weißt auch, dass wir als Volkspartei, und da sind wir gerade in Verhandlungen auch mit den Grünen bezüglich dem Leveling up, wie du es auch angesprochen hast, im Bereich des Privatrechtes, tatsächlich einfach ein paar Bedenken haben, die noch ausgemerzt gehören. Aus diesem Grund sind wir bei diesem Punkt eigentlich nicht dabei. Und ich möchte aber auf etwas anderes hinaus, was mir hier noch abgeht. Was kann die Stadt tatsächlich tun? Wir haben auch einen Ausschuss, der sich eigentlich damit beschäftigt, und aus meiner Sicht wäre es wichtig, hier einmal tatsächlich Ursachenforschung zu betreiben und auch Handlungen zu setzen. Du hast die Ergebnisse und diese furchtbaren Übergriffe, auch die Zahlen dazu, genannt, aber ich glaube, als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ist es unsere Aufgabe, genauer hinzuschauen, was wir tatsächlich machen können. Und da muss man dann halt auch hinterfragen, welche Ideologien dazu führen, dass Menschen solche Verbrechen auch begehen. Das sind ja nicht, und da muss ich echt sagen, du tust so, als wäre das irgendeine angeheitere Runde gewesen. Ich bin wirklich aufgebracht, es tut mir leid, ich hatte eine Struktur, es ärgert mich einfach. Du tust so, als könnte man absolut nicht annehmen, dass das Vereinslokal der RosaLila PanterInnen tatsächlich ideologisch motiviert angegriffen wurde ...

*Zwischenruf GR Mag. Winter: Es ist eine Vermutung, wir wissen es ja nicht.*

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

... natürlich, du hast ja vollkommen Recht, natürlich ist es eine Vermutung, aber anhand der Vergangenheit und anhand der steigenden Zahlen, anhand der Tatsache, dass es bereits einen Übergriff gegeben hat, kann man aus meiner Sicht sehr wohl diese Annahme tätigen und die auch aussprechen, weil nämlich ...

*Zwischenruf GR Mag. Winter: Also Verurteilung?*

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

... nein, weil es nämlich Ideologien gibt, und das sollte eigentlich ja auch die Ex-FPÖ so sehen, die sich aktuell bei uns in der Stadt entwickeln, die vielleicht auch, und das ist etwas, was ich wirklich kritisieren möchte, es ist tatsächlich auch ein Integrationsproblem, und wir reden die ganze Zeit darüber, dass es total toll ist, wenn wir Leute hier hereinholen, und gerade du auch, und die anderen Jugendorganisationen der linkeren Parteien freuen sich immer extrem, wenn Leute kommen, aber das ist ein Problem. Diese Ideologien entstehen zwar teilweise durch Radikalisierung bei uns, aber das ist ein Problem von Menschen, die einen gewissen Hintergrund haben, sehr, sehr oft einen Migrationshintergrund, und das ist auch etwas, was hier ausgelassen wird. Und ich möchte das auch ansprechen, weil diese Ideologien lässt du vollkommen aus, du lässt die Realität aus, dass das ein wirklich ernst zu nehmendes Problem ist und, Anna, du lässt aus, was wir als Stadt machen können, du bist auch Ausschussvorsitzende des Ausschusses. Ich würde mir eigentlich eher wünschen, dass man da genauer hinschaut, schaut, wieso vorurteilsmotivierte Hassverbrechen tatsächlich auch ausgeführt werden, was wir als Stadt dazu machen können, weil, und da teile ich mit dem Michi die Ansicht, Respekt muss für alle Menschen da sein, eigentlich auch für alle Güter, insbesondere öffentliches Gut, das ist auch etwas, was wir bereits kritisiert haben, Anna. Wir teilen das klare Bekenntnis gegen Homophobie, gegen Hassverbrechen und unterstützen den Grund deines Antrages, aber wünschen uns eine andere Ausführung. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Slama:**

Hallo liebe alle, alle die jetzt noch schaffen zuzuschauen und natürlich auch alle Kolleginnen und Kollegen. Ich bin auch sehr aufgebracht, ich hatte davor auch meine Struktur, und ehrlicherweise es ist mir auch nicht so gelungen, ich hatte auch davor

nicht so viel Struktur. Aber es sind jetzt so viele Punkte gefallen, zu denen ich mich eigentlich äußern würde, dass ich mich zu ganz vielen davon gar nicht äußern werde, sondern eigentlich, für dich, Herr Winter, zusammenfassend, Fakt ist, für so eine Wortmeldung solltest du dich schämen. Das ist wirklich traurig.

*Unverständliche Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderates.*

**GR<sup>in</sup> Slama:**

Sowas wie Bratislava, Linz, Münster, mehrmalige Angriffe auf das Vereinslokal der RosaLila PanterInnen, das ist alles kein Zufall, das ist nicht einfach, oh, ok, da ist eine Regenbogenfahne, ist mir gar nicht aufgefallen. Nein, das sind Hassverbrechen und als genau das muss man diese auch beschreiben. Und dieser Antrag ist unglaublich dringend, weil, ich weiß nicht, ich schätze einmal, wir haben alle heute in die Zeitung geschaut, weil das macht man am Sitzungstag normalerweise, aber die Diskriminierungsstelle hat grundsätzlich ihren Bericht herausgegeben und hat da auch feststellen müssen, dass es genau hier in Graz, genau in der Steiermark einen enormen Anstieg an Hate Crime gibt, und der geht genau auf Queers und, noch ein lustiger Fakt, auf Geflüchtete. Das sind die zwei Gruppen, die bei uns Graz am stärksten diskriminiert werden, und damit meine ich nicht eine bisschen, sondern im Sinne von, es gab in diesem Jahr einen Anstieg von 45 % an Hassverbrechen gegen queere Menschen, es gab 35 % mehr Hassverbrechen gegen Geflüchtete. Das ist keine kleine Zahl, aber das ist eine Akkumulation von Vorfällen, das sind Hassverbrechen und genau deswegen sind sie als solche deklariert. Und wir als Politik sind verantwortlich dafür, Sicherheit und Freiheit zu garantieren für alle Menschen, die in Österreich leben. Genau das will dieser Antrag tun, deswegen, Anna, danke für deinen Antrag und danke für alle konstruktiven Wortmeldungen dazu (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.***

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Erstens einmal, ich bin nicht aufgebracht und habe deswegen, glaube ich, auch ein bisschen eine Struktur. Folgendes, es ist ein Verbrechen, selbstverständlich, es ist etwas, dem man nachgehen muss, was passiert ist, es ist etwas, was nicht zum ersten Mal passiert ist und es ist etwas, was auch in unmittelbarer Nähe zum Volksgarten passiert ist; also wir haben eine Gemengelage, die es durchaus verlangt, dass wir uns damit beschäftigen. So weit, glaube ich, sind wir uns einig. Grundsätzlich möchte ich festhalten, dass in letzter Zeit, das ist, glaube ich, allen scharfen Beobachter:innen bereits aufgefallen, dass das Thema LGBTIQ durchaus eine gewisse Präsenz hat, auch eine gewisse Awareness nach sich zieht und auch eine gewisse Bewusstseinsbildung stattgefunden hat. Das ist etwas, was wir zu Recht in unserem politischen Gremium verlangen und dass das auch sozusagen umgesetzt wird, ich glaube, wir sollten das auch selber machen und entsprechend vorangehen mit diesen Dingen. Vielleicht darf ich als kleinen Seitenhieb für die nächste QR-Umfrage empfehlen, dann nicht nur Männer und Frauen zu befragen, sondern vielleicht auch das gleich dann einzubinden, aber das ist nur am Rande. Grundsätzlich finde ich, man muss folgende Themen ein bisschen auseinanderhalten. Erstens einmal, was passiert bereits alles? Wenn man nicht nur am Gemeinderatstag die Zeitung liest, sondern jeden Tag, und vielleicht auch Dokumente auf Bundes- und Landesebene, wird man feststellen, dass es einige Aktionspläne bereits gibt. Zum Thema Antisemitismus ist es, glaube ich, bereits ausgeführt worden, es gab einen Runden Tisch, es gibt viele andere Dinge, die bereits passieren. Das nur einmal bitte zu dem Eindruck, dass nichts passieren würde. Das heißt, ich glaube, das ist eine Basis, auf der man gut weiterarbeiten kann. Im Übrigen kann man sich, glaube ich, zum Runden Tisch auch die Abstimmungsverhältnisse anschauen, die ganz interessant sind, was sich vielleicht auch von dem unterscheidet, wie die Gemengelage bei uns im Gemeinderat ist. Es gab also den Bericht vom Ausschuss für innere Angelegenheiten und den Runden Tisch zu Hassverbrechen gegen die LGBTIQ-Personen. Ich darf auch noch kurz die Aufklärungsrate erwähnen, die bei rund 68 % liegt. Grundsätzlich gibt es ja eine Liste, die bei vorurteilsmotivierten Straftaten geführt wird, und nur, dass wir das ein bisschen einordnen können, wird da

mit weitem Abstand das Thema der Verfolgung aufgrund der Weltanschauung mit großem, großem Abstand geführt, das kann man auch auf der Seite des Parlaments nachlesen. Außerdem sind Herkunft und Religion noch weit vorne dabei, und dann eben in weiterer Folge die sexuelle Orientierung und Geschlecht. Das heißt, ich möchte das Thema auf keinen Fall schmälern, aber ich denke, wir sollten uns bei all diesen Straftatsbeständen entsprechend einsetzen. Ich glaube, das verdienen alle, die entsprechend hier genannt sind. Und es geht eben nicht nur um dieses eine Thema, das nur zur Vollständigkeit. Ich glaube, es ist durchaus wichtig, das zu berücksichtigen. Es ist auch die Frage des Leveling Ups schon einmal genannt worden, das ist ein sehr diffiziles Thema, das juristisch wichtig ist, wo es um den Eingriff in die Privatsphäre geht, das heißt, ein Thema, das eigentlich sehr genau angeschaut werden muss, um da nicht sozusagen das Kind mit dem Bade auszuschütten. Aus diesem Grund möchte ich gerne einen

### **Abänderungsantrag**

stellen, und zwar folgenden:

Im Sinne einer faktenbasierten Ausgangslage wird der zuständige Stadtrat Mag. Robert Krotzer aufgefordert, die aktuellen Angebote (Schutz-, Begleitungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen) für Einzelpersonen und Interessensvertretungen zu erheben und dem Gemeinderat vorzulegen, damit dieser dann gegebenenfalls sinnvolle und zielgerichtete Unterstützungen beschließen kann. Ich danke und würde mich über die Annahme freuen (*Appl.*).

#### ***Originaltext des Abänderungsantrages:***

*Namens des ÖVP-Gemeinderastclubs stelle ich zum angeführten dringlichen Antrag folgenden*

**Abänderungsantrag:**

*Im Sinne einer faktenbasierten Ausgangslage wird der zuständige Stadtrat Mag. Robert Krotzer aufgefordert, die aktuellen Angebote (Schutz-, Begleitungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen) für Einzelpersonen und Interessensvertretungen zu erheben und dem Gemeinderat vorzulegen, damit dieser dann gegebenenfalls sinnvolle und zielgerichtete Unterstützungen beschließen kann.*

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der vorliegende Antrag hat für mich einen wichtigen Stellenwert und ist anlassbezogen auf die Queer-Community und auf den Vorfall vor allem thematisiert. Aber Hassverbrechen sind breiter aufgestellt, also nicht nur dieser Aspekt. Also ich bin generell dafür, dass man gegen Hassverbrechen adäquate Mittel einsetzt, versucht, bewusstseinsbildende Maßnahmen zu setzen, und, das halte ich durchaus irgendwie für ganz wichtig, dass man in Graz als Menschenrechtsstadt diesbezüglich diesem Antrag auch die Zustimmung erteilt. Was mir jetzt in den Wortmeldungen aufgefallen ist, ist, dass, teilweise direkt, aber auch indirekt, die Migranten und Migrantinnen hier stärker irgendwie in den Mittelpunkt gestellt werden und nicht generell alle Menschen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, die Hassverbrechen ausüben. Und das stört mich z.B. auch, diese indirekte Vorgangsweise im Abänderungsantrag der ÖVP, weil da wird nämlich nur in Richtung Stadtrat Robert Krotzer argumentiert, der ist aber ausschließlich für Integration zuständig, und nicht irgendwie andere Verantwortliche in der Stadt genannt, die vielleicht auch da einbezogen werden sollen oder müssen. Und wo man eben was entgegensetzt; von dem her gesehen ist für mich irgendwie diese Schwerpunktsetzung einfach, als ob in der Argumentation hauptsächlich Migranten und Migrantinnen die Verursacher wären, davon einfach absolut nicht nachvollziehbar und da habe ich einfach Probleme damit. Generell alle Personen, die Hassverbrechen

umsetzen, da muss man etwas entgegensetzen. Also ich bin natürlich für die Annahme des vorliegenden dringlichen Antrages (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Unger:**

Ich möchte das nur schnell richtigstellen, liebe Uli. Der Abänderungsantrag bezieht sich mitnichten auf eine Vorverurteilung. Ich habe das, glaube ich, auch in meinem Beitrag gesagt. Ganz im Gegenteil, wir legen hier größten Wert darauf, dass das differenziert betrachtet wird, das heißt, die Einbindung aller, die sich zuständig fühlen, ist selbstverständlich herzlich willkommen. Unser Zugang war einfach zu schauen, was wir bereits an Tätigkeiten, Maßnahmen und Vorsicht getroffen haben, die zweckdienlich sind, bevor man quasi ohne eine entsprechende Basis wieder diese Diskussion neu beginnt. Das war die einzige Intention (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich fühle mich auch ein bisschen zurückversetzt in eine Diskussion, die wir schon vor, ich glaube, einem Jahr geführt haben in Bezug auf Femizide. Da war auch die gleiche Argumentation: Ja, aber schauen wir vorrangig in Richtung Integration, schauen wir vorrangig in die Migrationsdebatte. Ich habe damals schon gesagt und ich sage es jetzt wieder, das wird uns nicht weiterhelfen. Es wird uns deswegen nicht weiterhelfen, weil wir damit den Blick auf dieses große Thema so massiv verengen, dass es eigentlich zwar da einen Fokus gibt, aber nicht auf die Gesamtheit dieser Hassverbrechen, und das wollte ich eben mit diesem Antrag eigentlich verhindern. Weil ich stelle mich jetzt sicher nicht da her und sage, wir haben überhaupt keine Probleme im Bereich von Weltanschauungen, auch religiös motivierten Weltanschauungen. Ich sage nicht, wir haben keine Probleme in Bezug auf Homophobie, in Bezug auf LGBTIQ-Feindlichkeit in diesem Bereich. Aber zu sagen, wir haben nur dort Probleme und das ist der einzige Grund dafür, warum gerade so ein Anstieg dieser Hassverbrechen da ist, das ist weder ...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Hopper: Das hat ja keiner gesagt.*

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

... ich habe mich nicht auf dich bezogen, sondern in Richtung FPÖ. Das ist nämlich nicht wahr und da haben wir auch schon Zahlen dazu, das sehen wir auch in diesen Berichten vom Innenministerium, dass das nicht der Fall ist. Nicht ohne Grund sind auch eine sehr große Opfergruppe in Bezug auf diese Hassverbrechen geflüchtete Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund. Und da zu sagen, die, die eigentlich unter anderem betroffen sind, sind eigentlich das Hauptproblem, das halte ich für falsch und für eigentlich auch der Diskussion nicht dienlich. Es ist dann die Frage gestellt worden: Wie verhindert man Hass und wie baut man Hass ab? Ich glaube schon, dass man Hass abbauen kann, ich glaube schon, dass man auch mit diesem Vorschlag, der hier am Tisch liegt, Hass abbauen kann. Es ist aber nicht die Gesetzesverschärfung, die hier gefordert wird in Bezug auf den Diskriminierungsschutz, sondern es ist die Sensibilisierungsarbeit im Bildungsbereich, die Sensibilisierungsarbeit in der Verwaltung und die Sensibilisierungsarbeit auch in der Exekutive. Das sind Maßnahmen, die könnten Hass abbauen, die könnten mit der Bevölkerung und auch mit Tätergruppen gemeinsam daran arbeiten, diese Vorurteile abzubauen und dafür auch für mehr Schutz für LGBTIQ-Personen sorgen. Verschärfung in Bezug auf das Leveling Up, das ist mir sehr wohl bewusst, dass es da unterschiedliche Zielsetzungen gibt. Wir können es hier auch nicht beschließen, aber wir können sehr wohl auf dem Petitionsweg an den Bund herantreten und sagen, das ist noch immer ein wichtiges Thema, das ist noch immer ein Thema, das wir tun müssen und es ist auch in Bezug darauf, dass wir diese Hassverbrechen haben, dringlich. Wir haben über Ideologien gesprochen, wir haben auch darüber gesprochen, dass wir schauen sollten, was Graz machen kann. Und ja, da bin ich auch bei euch, natürlich müssen wir schauen, was wir in Graz machen. Ein Punkt ist auch, dass wir eben diesen Austausch zwischen Gewaltschutzexpert:innen und auch der queeren Community in Graz selbst als Stadt Graz verschärfen. Ich bin auch gerne bereit, in den

Ausschuss für LGBTIQ und Menschenrechtsangelegenheiten den Joe einzuladen oder auch Vertreter:innen der queeren Community einzuladen und eine Diskussion zu führen. Nur wir haben auch schon bei dem letzten Vorfall in Bezug auf den Angriff auf die Synagoge und auch auf das Vereinslokal der RosaLila PanterInnen einen Sonderausschuss gehabt und haben dort sehr viel über die Fakten geredet, und ich glaube einfach, dass es in Graz an sich schon sehr viel gibt, was getan wird und was in der Vergangenheit getan worden ist. Nur trotzdem sehen wir, dass wir, wenn wir dieses Thema nicht national angehen und gesamtheitlich angehen, wenn nicht auch Bereiche, die ganz klar in Bundesangelegenheit fallen, hier massiv auch mehr tun und mehr einfordern, dann werden wir es nicht schaffen, diesen breiten Anstieg an Hassverbrechen wirklich etwas entgegenzusetzen. Und ich möchte nur einen Satz auch noch dazu sagen ...

*Zwischenruf StR **Eber**: Bitte auf die Zeit achten.*

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Ja, einen Satz noch. Dieser Nationale Aktionsplan richtet sich nicht nur in Bezug auf die queere Community, sondern gegen alle Hassverbrechen, und diese Zahlen in diesem Antrag zeigen auch, dass es da sehr viele verschiedene Aufholbedarfe gibt und deswegen müssen wir Diskriminierung generell anschauen und deswegen glaube ich auch, dass dieser Weg der richtigere ist (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Loehr) angenommen.***

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (19.59 Uhr).**

Bgm.<sup>in</sup> Kahr:

Als Nächster am Wort mit seinem dringlichen Antrag ist Herr Klubobmann Alexis Pascuttini vom KFK-Klub.

**9.7 Prüfung der Beraterverträge der Stadt Graz  
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

KO GR Mag. Pascuttini:

Nicht vom KFC, sondern vom (Korruptions-)Freien Gemeinderatsklub (*Gelächter im Saal*).

Hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen wir zurück zu den budgetären Themen, und da hätte ich heute sehr, sehr gerne im Rahmen dieses dringlichen Antrages auch über Sonderverträge gesprochen. Das ist leider aufgrund des Statutes nicht möglich. Ich finde, hier könnte man auch einmal über eine Statutenänderung nachdenken, weil Sonderverträge, die diese Stadt sehr, sehr viel Geld kosten und laufend abgeschlossen werden, die sollte man einer genauen Betrachtung unterziehen, am besten in diesem Gremium, auch am besten öffentlich. Weil das versteht niemand, dass man, wie man heute schon gehört hat, beim „normalen Personal“ sparen muss, man sich im Straßenamt und hier und dort nicht mehr Personal leisten kann, aber dann immer wieder diese Sonderverträge abgeschlossen werden, wo man vorgibt, wir müssen Leute halten, damit sie nicht in die Privatwirtschaft abwandern und in Wirklichkeit nur irgendwelche Günstlinge versorgt werden (*Appl. GR Mag. Pointner*).

Wir können nicht darüber sprechen? Dann sprechen wir über die Beraterverträge.

Auch da gibt es einen regelrechten Wildwuchs. Man hört es ja so oft, dass zu gewissen

Themen auch Berater zugezogen werden, in manchem Punkt ist das sinnvoll, das haben wir auch in den letzten Wochen immer wieder gefordert, dass man zu budgetären Themen externe Experten zu Rate zieht, damit man da nicht irgendwie sich auf unsicheres Eis begibt; nur in anderen Bereichen, glaube ich, werden hier Berater zugezogen, die man eigentlich nicht braucht. Und deswegen wäre es für uns ein richtiger und wichtiger Schritt, auch um diese Budgetkrise irgendwie zu bewältigen, dass man auch ganz klar sagt, in welchen Bereichen gibt es externe Beraterverträge, dass man diese auch öffentlich macht, und da bin ich, im Widerspruch zur ÖVP, wirklich für völlige Transparenz, dafür möchte ich mich einsetzen, dass man wirklich alles offenlegt. Weil welcher Schaden sollte einem Unternehmen, einem Beratungsunternehmen passieren, dass man sagt, naja, der Berater berät ja gerade die Stadt Graz? Eigentlich ist das ja etwas, was jedes Beratungsunternehmen auf seine Homepage schreiben sollte, nämlich, dass man die Stadt Graz berät. Ich glaube, man will hier einfach nur in irgendeiner Art und Weise Günstlinge, die irgendwelche Verträge haben, vertuschen. Deswegen unser

**dringlicher Antrag,**

ich möchte mich kurzhalten:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die zuständige Abteilung der Stadt Graz möge prüfen, wie viele Beraterverträge es derzeit gibt und in welcher Art und Weise diese abgeschlossen wurden.
2. Die Ergebnisse der Prüfungen sind offenzulegen und sämtliche Verträge sind samt Zusatzvereinbarungen und die dadurch entstehenden Kosten transparent und nachvollziehbar darzustellen.

3. Gleichzeitig soll von der zuständigen Abteilung der Stadt Graz geprüft werden, ob diese Beraterverträge – in Anbetracht der angespannten finanziellen Situation – budgetschonender nachverhandelt werden können und gegebenenfalls auch zur Auflösung gebracht werden können.

Ich bitte um Ihre Zustimmung und dankeschön vorab (*Appl.*).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Im Zuge der Budgetkrise der Stadt Graz wird laut Medienberichten darüber nachgedacht, bei den anstehenden, jährlichen Gehaltserhöhungen im Personalbereich zu sparen. Gerade in Zeiten einer massiven Teuerungswelle würde das die vielen Angestellten der Stadt Graz und deren Familien hart treffen und Existenzen aufs Spiel setzen. Bevor man bei den „kleinen“ Angestellten den Sparstift ansetzt, sollte man sich in erster Linie die teuren Beraterverträge ansehen. In diesem Bereich müssen Einsparungsmaßnahmen geprüft werden.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

**dringlicher Antrag:**

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

1. *Die zuständige Abteilung der Stadt Graz möge prüfen, wie viele Beraterverträge es derzeit gibt und in welcher Art und Höhe diese abgeschlossen wurden.*
2. *Die Ergebnisse der Prüfungen sind offenzulegen und sämtliche Verträge sind samt Zusatzvereinbarungen und die dadurch entstehenden Kosten transparent und nachvollziehbar darzustellen.*
3. *Gleichzeitig soll von der zuständigen Abteilung der Stadt Graz geprüft werden, ob diese Beraterverträge – in Anbetracht der angespannten finanziellen*

*Situation – budgetschonender nachverhandelt werden können und gegebenenfalls auch zur Auflösung gebracht werden können.*

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther:**

Liebe Kolleg:innen, liebe Zuschauer:innen, wo auch immer, lieber Alexis. Wir finden den Antrag gut und auch wirklich nötig, sich das anzuschauen, nicht nur hinsichtlich der Budgetknappheit, sondern generell sollte man das überprüfen. Leider können wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, denn, das wird dich vielleicht selbst freuen, der Stadtrechnungshof arbeitet schon seit einem halben Jahr daran und schaut sich das alles an und wir werden bald einen Bericht dazu bekommen. Also deswegen, wir stimmen der Dringlichkeit nicht zu, aber nicht, weil wir das ablehnen das Ansinnen an sich, sondern nur, weil es schon bearbeitet wird. Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Ja, das freut mich natürlich sehr, dass wir hier schon bald Ergebnisse erwarten können. Jedoch besteht mein Antrag ja nicht nur daraus, dass wir diese Dinge prüfen und auch offenlegen, sondern dass wir und dann auch, wie unter Punkt 3 genannt, ansehen, ob man das nachverhandeln bzw. auflösen kann. Also wenn die Punkte 1 und 2 obsolet sind, dann gibt es ja immer noch den Punkt 3, wo man sich wirklich heute schon einmal dazu bekennen kann, dass man sich diese Verträge genau ansieht und auch Ausstiegsmöglichkeiten prüft. Also insofern ist dieser Antrag, glaube ich, und ich glaube Ihnen, hinsichtlich Punkt 1 obsolet, aber Punkt 2 und Punkt 3 die haben genauso noch ihre Berechtigung. Dann bitte ich hier um Zustimmung zur Dringlichkeit und dann auch zum Inhalt (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.***

## **9.8 Anpassung der Grazer Stadtmusikverordnung (GR Mag. Michael Winter, KFG)**

GR Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Ein hoffentlich stimmungsvolleres Thema als die vorhergehenden. Die Musikanten in der Innenstadt, die Musikanten in der Herrengasse, für jeden Passanten, für jeden Touristen werden diese Musikanten insgesamt einen Mehrwert darstellen, für jeden von uns, der durch die Innenstadt schlendert. Manche spielen besser, manche spielen schlechter, aber vielleicht, der Herr Kapellmeister kann dem einen oder anderen noch nachhelfen, dass das etwas an Qualität zunimmt. Fakt ist aber, die Mehrheit der Menschen, die durch die Stadt schlendern, die sich nur eine gewisse Zeit in der Innenstadt aufhalten, werten diese Musikanten als Bereicherung. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille ist aber auch, es gibt Anrainer, es gibt Menschen, die permanent in diesem Bereich leben und die möglicherweise nicht permanent bzw. eine sehr, sehr lange Zeit mit Musik, möglicherweise immer die gleiche Musik, beschallt werden möchten. Daher ist es mit Sicherheit sinnvoll, hier eine Abwägung zu schaffen, hier eine sinnvolle und gerechte Abwägung zu schaffen zwischen dem berechtigten Interesse der Anrainer auf der einen Seite und den Personen, die sich nur eine kurze Zeit in der Innenstadt aufhalten, vorwiegend auch im persönlichen Interesse und zum Vergnügen. Und genau in diese Richtung geht der vorliegende Antrag, die Rechtsgrundlage für diese Musikanten stellt eben die Grazer Stadtmusikverordnung dar und diese soll mit gewissen Änderungsvorschlägen im Sinne von einer gemeinsamen Abwägung hier verbessert werden. Konkrete Reformvorschläge: Sonntagsruhe, eine Reduzierung der täglichen Spielzeit, eine Vergrößerung des Mindestabstandes von Gastronomiebetrieben zu den Flächen und Stellen, wo Musikanten tätig sind. Die Musikanten sollen pro Tag nur einen Standort, der ihnen zugewiesen ist, einnehmen dürfen, gewisse Instrumente, wir denken hier an Trommeln, wir denken hier an Schlagzeug, wir denken hier aber auch an technische Vorrichtungen, damit das Musizieren technisch weiter verstärkt wird, sollen verboten werden bzw. eine

zusätzliche Instanz, die wirklich hier eine Aufsicht bezüglich den Straßenmusikanten innehat und die auch die Einhaltung von dieser Straßenmusikverordnung hier im Auge behält. Das ist das Vorhaben, das ist die Intention von diesem dringlichen Antrag und ich bitte um Zustimmung (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Immer wieder ist die Lärmbelastung für Anrainer durch Straßenmusiker in Graz Thema. Deshalb ist eine Novelle der Straßenmusikverordnung dringend notwendig. Wenn in Graz musiziert wird, dann findet das auch mit Trompeten, Posaunen, Saxofonen und Schlagzeugen statt. Oft wird dabei direkt vor den Fenstern der Grazer musiziert. Der Lärmpegel der Instrumente wird hier teilweise mit bis zu 95 und 115 Dezibel gemessen, was in etwa der Lärmemission von Kreissägen und Pressluftschlämmern entspricht. Für viele Anrainer stellt das eine enorme Lärmbelastung dar. Es sollte darüber nachgedacht werden, einige Instrumente generell für bestimmte Innenstadtbereiche zu sperren. Darunter könnten etwa Blechblasinstrumente, Dudelsäcke, Drehorgeln und Trommeln fallen. Auch das wiederholte Auftreten der selben Musikerguppe pro Tag an ein und demselben Standplatz muss klarer geregelt werden, hier scheint die Grazer Verordnung nicht deutlich genug zu sein und immer wieder sind Anrainer über einen längeren Zeitraum mit gleichbleibender Beschallung konfrontiert. Nichts spricht gegen den Auftritt von Musikanten und ihren unterschiedlichen Musikstilen im Grazer Innenstadtbereich. Das ist etwas, was das Grazer Stadtbild durchaus auch bereichern kann. Auch wenn sich Menschen über die Darbietungen freuen, stellen sie für andere eine Belastung dar. Daher sollte sensibel mit den Bedürfnissen der Grazer Anrainer umgegangen und eine Lösung gefunden werden, die den Wünschen beider Seiten gerecht wird. Deshalb soll bei der Grazer Straßenmusikverordnung nachgebessert werden. Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

**dringlicher Antrag:**

*Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Grazer Stadtmusikverordnung überarbeiten und folgende Punkte berücksichtigen*

- 1. eine Sonntagsruhe bei Straßenmusik und Reduzierung der täglichen Spielzeit, in der Straßenmusik erlaubt ist*
- 2. Vergrößerung des Mindestabstands zu gastgewerblich genutzten Flächen von mehr als fünf Metern*
- 3. pro Tag und Musiker darf jeder Spielort nur einmal bezogen werden*
- 4. alle Darbietungen beginnen ausnahmslos zur vollen Stunde und enden nach 30 Minuten*
- 5. nach Abmahnung erfolgt keine Ausstellung mehr von Platzkarten für einen gewissen Zeitraum*
- 6. dezidiertes Verbot lauter Instrumente wie Trompeten, Posaunen, Saxofone, Schlagzeug, Trommeln, elektronische Instrumente, Dudelsack sowie das Verbot von Verstärkern aller Art und das Verbot von Tonträgerabspielgeräten*
- 7. Prüfung einer nur für die Aufsicht über die Straßenmusik zuständigen Instanz*

**GR<sup>in</sup> Potzinger:**

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Grüß Gott allen, die uns zuhören auch noch zu später Stunde, werter Antragsteller. Ich freue mich, dass du mit deiner Fraktion auf unseren fahrenden Zug aufspringst. Du weißt, dass ich erst am 22. September einen ähnlich lautenden Antrag gestellt habe, der noch auf der Reise ist, aber die gleiche Intention verfolgt. Wir haben auch noch hereingenommen minderjährige Kinder, dass die nicht tagelang musizieren dürfen und damit auch vom Unterricht ferngehalten werden soll. Wir wollen natürlich auch die bessere Kontrolle der Bestimmungen, die es jetzt schon gibt in der Straßenmusikverordnung, die du ja wohl meinst. Weil du schreibst hier von der Stadtmusikverordnung in deinem Antrag, dieses Ding heißt nicht Stadtmusikverordnung, sondern Straßenmusikverordnung, es geht um das Musizieren auf der Straße, weil, dass in der Stadt musiziert wird, da haben

wir nichts dagegen. Wir gehen gerne ins Konzert, in einen Jazzclub oder wo was immer  
(Appl.).

Es geht aber ums Musizieren auf der Straße, der Inhalt ist der, den wir schon lange verfolgen, deswegen, fein, dass du das mit deinem Dringlichen unterstützt, wir werden gerne der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. Wir sind ja eine musikalische Stadt  
(Appl.).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, liebe Sissi, danke für die Wortmeldung. Es gibt den fahrenden Zug, aber manchmal braucht der fahrende Zug vielleicht einen zusätzlichen Schwung. Interpretieren wir den Antrag in dem Sinne so, dass der fahrende Zug etwas mehr Energie und Schwung erlangt. Infolgedessen danke noch einmal (Appl.).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und KFG) abgelehnt.***

#### **9.9 Wirtschaftskammer Steiermark (GR<sup>in</sup> Sabine Reininghaus, Neos)**

GR<sup>in</sup> **Reininghaus:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste am Balkon und vielleicht auch noch zuhause im Livestream. Ohne Geld keine Musik, würde ich sagen, rückblickend auf den Antrag von Herrn Winter. Und geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut. Das sind zwei Sätze, die ich hier jetzt einfach raushaue. Ich bin Unternehmerin und ich bin auch die Wirtschaftssprecherin der Neos, und ich rede sehr viel mit Firmenchefs und Firmenchefinnen und die sagen mir zum Großteil, dass sie immer noch leiden an den Nachwehen der Corona-Krise.

Also die haben ihre Minusse, die sie gebaut haben, theoretisch noch gar nicht wieder verdienen können. Das dauert seine Zeit, und jetzt sind sie überdies auch zusätzlich noch bedroht durch steigende Inflationsraten durch diese Verfünfachung von Strompreisen, Energiekosten und steigenden Zinsen und das gefährdet mittlerweile schon die wirtschaftliche Basis der Grazer EPUs und der Grazer Klein- und Mittelbetriebe. Wir wissen doch, dass jedes Unternehmen, das in Zahlungsschwierigkeiten gerät, eine Kettenreaktion auslöst und dass der Zahlungsausfall des einen natürlich auch zum Zahlungsausfall des anderen wird. Und ich finde, es ist jetzt besonders wichtig, auf allen Ebenen nach Möglichkeiten zu suchen, um die Unternehmen in diesen schwierigen Zeiten zu stärken. Ich möchte Sie ganz kurz zurückführen ins Jahr 2020, in den März 2020, in die Zeit des ersten Lockdowns. Vielleicht können Sie sich erinnern, dass Karlheinz Kopf von der Wirtschaftskammer in Wien öffentlichkeitswirksam verkündet hat, wir setzen die Grundumlagen aus, wir wollen unseren Pflichtmitgliedern beistehen. Das war im März, allerdings im Juni 2020 hat die Sache schon wieder anders ausgeschaut, da hat das erweiterte Präsidium der Wirtschaftskammer beschlossen, dass die Entscheidung in der Fachgruppe fallen soll. Also der Fachgruppenobmann soll quasi entscheiden, ob es zu einer generellen Absenkung kommt der Bruttoumlagen. Wenn Sie jetzt gut aufgepasst haben, haben Sie gemerkt, dass wir hier in der Zwischenzeit sehr viel verloren haben, wir sind von der quasi Aussetzung der Grundumlage jetzt zur Absenkung der Grundumlage gekommen bzw. ob individuell nach wirtschaftlicher Lage zu ermäßigen ist, und, wie gesagt, das soll die Fachgruppe entscheiden. Das wurde auch so gemacht. Man hat im Grunde damit die Grundumlage für das Corona-Jahr oder das Aussetzen dieser ad acta gelegt und das, obwohl, wie wir alle wissen, die Wirtschaftskammerorganisationen ja nicht gerade die Ärmsten sind, also die sitzen ja eh auf vollen Töpfen. Wieder medienwirksam forderte im August dieses Jahres, also jetzt einmal in diesem Jahr, der Wirtschaftskammer-Regionalstellenleiter Viktor Larissegger zum Innenstadtsamstag in Graz auf. Die Stadt Graz, also die Holding, sollte gratis Öffis an allen Samstagen anbieten, um die Innenstadt und ihre Wirtschaftstreibenden zu fördern. Und auch verbilligtes Parken an Samstagen,

verbunden mit Aktionen und Veranstaltungen würde natürlich weiteres Leben in die Stadt bringen und den Unternehmerinnen und Unternehmern zugutekommen. Ich finde die Idee großartig und hätte Graz das Geld, dann würde ich mir das auch sofort wünschen. Nur das spielt es halt nicht, das gibt das Budget nicht her, wie wir wissen, und ich finde es auch ein bisschen kühn von der Wirtschaftskammer, die Stadt Graz quasi hier aufzufordern, ein Budget zu belasten, ohne die gut gefüllten Kammertöpfe quasi anzugreifen. Anstelle der Forderung an die verschuldete Stadt Graz sollte die Wirtschaftskammer meiner Meinung nach aber auch selbst aktiv werden und Maßnahmen setzen, die den Unternehmer:innen zugutekommen. Die Rechtsgrundlage vor Vorschreibung und Eingebung der Grundumlage findet sich, wie Sie wissen, im § 127 Wirtschaftskammergesetz, während die Details in der Umlagenordnung geregelt werden. Die Grundumlagen sind auf Antrag ganz oder teilweise nachzusehen. Das heißt, es kann jeder Unternehmer auch einen Antrag stellen, das zu reduzieren, wenn die Einhebung nach Lage des Falles unbillig wäre. Ich frage mich schon langsam, ist es nicht schon längst unbillig für Unternehmer und Unternehmerinnen? Die haben es wirklich schwer, und wenn Sie jetzt vielleicht sagen, die bekommen eh Förderungen oder haben eh Förderungen bekommen, was nie dazugesagt wird, ist, dass die 40 % dieser Fördersummen, die ausbezahlt werden, dann ja auch in der Einkommenssteuer wieder versteuern. Das hört sich alles besser an, als es tatsächlich ist. Gerade die Klein- und Mittelbetriebe, die ja das Rückgrat unserer Wirtschaft sind, befinden sich aufgrund der vorherrschenden multiplen Krisen in finanziellen Notlagen und ich glaube, man braucht jetzt mehr als je zuvor, dass hier eine Unterstützung passiert. Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

**dringlichen Antrag:**

1. Das zuständige Stadtsenatsmitglied der Stadt Graz möge an die Wirtschaftskammer Steiermark herantreten und diese auffordern, die Grundumlagenvorschreibung 2023 für EPU's generell entfallen zu lassen.

2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen zu einem Runden Tisch mit der Wirtschaftskammer einladen, um Möglichkeiten zu erörtern, wie in den wirtschaftlich herausfordernden Zeiten die Grazer EPU's sowie die Klein- und Mittelbetriebe gestärkt und unterstützt werden können. Dieser Runde Tisch soll öffentlich sein und jeder:m betroffenen Unternehmer:in offenstehen.

Das ist etwas Wichtiges, die Wirtschaft braucht das, und ich bitte um Ihre Annahme (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Zahlreiche EPU's und Klein- und Mittelbetriebe haben noch immer an den „Nachwehen“ der Corona-Krise zu kämpfen. Überdies bedrohen steigende Inflationsraten, steigende Energiekosten und steigende Zinsen deren wirtschaftliche Basis. Dabei löst jedes Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten eine Kettenreaktion aus und die Zahlungsausfälle des einen werden zu Verlusten des anderen. Es gilt daher besonders jetzt – auf allen Ebenen – nach Möglichkeiten zu suchen, um die Unternehmen in diesen schwierigen Zeiten zu entlasten. Noch im März 2020 haben die Wirtschaftskammern durch Karl Heinz Kopf öffentlichkeitswirksam verkündet, die Grundumlagen auszusetzen und so den Pflichtmitgliedern beizustehen. Im Juni 2020 sah die Sache anders aus: Das erweiterte Präsidium der WKO beschloss, dass die Entscheidung, die Grundumlage generell abzusenken bzw. individuell nach wirtschaftlicher Lage zu ermäßigen, bei den einzelnen Fachgruppen, also in der Kompetenz der Fachgruppenobmänner, läge. Mit diesem Beschluss wurde das Aussetzen der Grundumlage für das Corona-Jahr 2020 ad acta gelegt und das, obwohl die Wirtschaftskammerorganisationen bekanntermaßen über beträchtliche Rücklagen verfügen. Wieder medienwirksam forderte im August 2022 der WKO-Regionalstellenleiter Viktor Larissegger zum „Innenstadt-Samstag“ in Graz auf. Die Stadt Graz/Holding sollten Gratis-Öffis an allen Samstagen anbieten, um die Innenstadt und ihre Wirtschaftstreibenden zu fördern. Auch verbilligtes Parken an Samstagen,*

*verbunden mit Aktionen und Veranstaltungen, würde weiteres Leben in die Stadt Graz bringen.<sup>1</sup> Diese Forderungen erscheinen im Lichte dessen, dass sie in erster Linie das Budget der Stadt Graz belasten und nicht die gut gefüllten Kammer-Töpfe, etwas kühn. Anstelle dieser Forderungen an die hochverschuldete Stadt Graz sollte die Wirtschaftskammer selbst aktiv werden und Maßnahmen setzen, die den Unternehmer:innen zugutekommen. Die Rechtsgrundlage zur Vorschreibung und Einhebung der Grundumlage findet sich in § 127 WKG, die Details regelt die Umlagenordnung. Die Grundumlagen sind auf Antrag ganz oder teilweise nachzusehen, wenn ihre Einhebung nach Lage des Falles unbillig wäre. Unbilligkeit liegt jedenfalls dann vor, wenn eine Notlage besteht oder die Einhebung der Grundumlage die Existenz des Grundumlagenpflichtigen außergewöhnlich belastet. Gerade die Grazer EPU's sowie die Klein- und Mittelbetriebe, das „Rückgrat“ unserer Wirtschaft, befinden sich aufgrund der vorherrschenden multiplen Krisen in finanziellen „Notlagen“ und brauchen daher heute, mehr denn je, jede denkbare Entlastung. Daher stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den*

**dringlichen Antrag:**

- 1. Das zuständige Stadtsenatsmitglied der Stadt Graz möge an die Wirtschaftskammer Steiermark herantreten und diese auffordern, die Grundumlagenvorschreibung 2023 für EPU's generell entfallen zu lassen.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen zu einem Runden Tisch mit der Wirtschaftskammer einladen, um Möglichkeiten zu erörtern, wie in den wirtschaftlich herausfordernden Zeiten, die Grazer EPU's, sowie die Klein- und Mittelbetriebe gestärkt und unterstützt werden können. Dieser Runde Tisch soll öffentlich sein und jeder:m betroffenen Unternehmer:in offenstehen.*

---

<sup>1</sup> [www.meinbezirk.at/%2Fgraz%2Ffc-lokales%2Fwko-graz-ruft-zum-innenstadt-samstagauf\\_a4201119&usg=AOvVaw1euMGUHEZ\\_Q1FK3ss4d2Y](http://www.meinbezirk.at/%2Fgraz%2Ffc-lokales%2Fwko-graz-ruft-zum-innenstadt-samstagauf_a4201119&usg=AOvVaw1euMGUHEZ_Q1FK3ss4d2Y)

CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer:**

Schönen guten Abend, liebe Kollegin Sabine, du hast grundsätzlich Recht, nur ich glaube, das ist der falsche Weg. Ich darf nur Grundsätzliches zur Grundumlage sagen, und nachdem ich selbst Fachgruppenobfrau der Freizeit- und Sportbetriebe bin seit vielen Jahr, darf ich Folgendes sagen: Selbstverständlich hat die Wirtschaftskammer, nicht nur in meiner Fachgruppe, und ich als Fachgruppenobfrau, natürlich auch freie Hand dahingehend, mit meinen Ausschussmitgliedern, jedem Mitglied, wenn es ihm schlecht geht, zu helfen. Diese Hilfeleistung wurde auch von mir und meinen Ausschussmitgliedern jenen Mitgliedern gegenüber gewährt, wenn es in den letzten Jahren eng zusammengegangen ist und wenn man natürlich das auch belegen kann. Da verwehrt sich niemand dagegen. Zum anderen darf ich festhalten, dass die Grundumlagen im Zuge der Fachgruppentagung, wo jedes Mitglied eingeladen ist, daran teilzunehmen und diese Grundumlage auch mitbeschließen und mitbestimmen kann, und aus meiner Erfahrung kann ich nur sagen, wenn ich meinen Fachgruppentag mache bzw. dazu einlade, das war jetzt vergangenen September, dann sitze ich dort mit meinen Ausschussmitgliedern und es kommen vielleicht zwei oder drei Mitglieder, und ich bin eine der größeren Fachgruppen in der Wirtschaftskammer mit knapp 3.000 Mitgliedern, soviel einmal zum Interesse, was die Grundumlage betrifft. Wir reden vom einem Jahresbetrag von 90 und 170 Euro, und bei 170 Euro im Jahr sind z.B. die Gastronomen auch schon dabei. Das heißt, wenn sich das jemand nicht leisten kann, seine Interessensvertretung, die die Wirtschaftskammer ja ist, wenn man sich an sie wendet, nicht leisten kann, und wie gesagt, es belegen kann, dass es aus wirtschaftlichen Gründen eng heruntergeht, dann wird man ihm dieser Bitte auch nachkommen. Ich darf zu deiner Ausführung, du hast den Regionalstellenleiter Viktor Larissegger zitiert, da hast du dich ein bisschen vertan, denn er hat hinsichtlich der Innenstadtsumstige und der Gratis-Öffi-Nutzung gebeten im August 2020, und das wurde auch von der damaligen Stadtregierung aufgegriffen und im Herbst 2020 als Unterstützungsmaßnahme für unsere Corona-gebeutelten wirtschaftlichen schwierigen Zeiten auch umgesetzt. Es ist nicht bekannt, dass eine Fraktion von uns hier im Saal sich auch dagegen entschieden hätte, diese Maßnahmen zu unterstützen.

Ich möchte auch erwähnen, dass selbstverständlich, und wenn von meiner Fachgruppe das Brieferl ausgeschickt wird und die Grundumlage eingehoben wird, dann lasse ich immer dazuschreiben, dass man diese Grundumlage auch als Gutschein sehen soll. Es gibt in der Wirtschaftskammer eine hochprofessionelle Abteilung mit Juristen und Experten, wo Unternehmerinnen und Unternehmer sämtliche Fragen, die sie in ihrem Tagesgeschäft betreffen, abfragen können unter der Nummer 601-601, und das kostenlos. Das vergessen wir leider immer wieder und rufen dann unseren teuren Steuerberater an. Und was deine Unterstellung betrifft, dass die Wirtschaftskammer viel Geld hätte, du siehst gerade jetzt eine große Baustelle am Gelände, sie investieren natürlich auch ganz, ganz viele Mittel, um der Wirtschaft zu helfen und den Wirtschaftstreibenden. Von daher darf ich für meine Fraktion bekannt geben, dass dahingehend keine Dringlichkeit herrscht, und sollte es zur Abstimmung im Inhalt kommen, bitte ich um getrennte Abstimmung, und wir werden uns nicht verschließen, dass wir den Punkt 2 unterstützen. Ein Runder Tisch, wie wir heute schon gehört haben, von unserer Bürgermeisterin, kann nicht schaden, und das wollen wir gerne unterstützen. Dankeschön (*Appl.*).

**GR DI Ram:**

Werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Sabine. Vielen Dank für den Antrag. Wie du weißt, liegen uns besonders die kleinen und Kleinstunternehmen sehr am Herzen. Und ich glaube, es liegt in unser aller Interesse, dass wir das tun, was möglich ist als Stadt Graz, und das ist zu unterstützen. Wir glauben aber auch, dass jetzt gerade in die Beitragsgestaltung einer Interessensvertretung einzugreifen als Stadt Graz nicht der richtige Weg ist. Ich möchte schon sagen, aus persönlichen Gesprächen weiß ich, dass sich einige EPU's und ganz kleine Unternehmen oft schlecht vertreten fühlen, das ist vielleicht aber nur meine persönliche Erfahrung, möchte aber auch dazusagen, ich glaube, dass die WKO einen guten Service leistet, dass es sehr viele Möglichkeiten gibt und dass es vielleicht auch an dem liegt, das sehe ich auch als unsere Aufgabe, gerade EPU's dazu zu motivieren, sich zu engagieren und vor allem von

ihrem Stimmrecht bei den Wirtschaftskammerwahlen Gebrauch zu machen. Da weiß man auch, dass gerade die ganz kleinen Unternehmen oft unterrepräsentiert sind, die sehen sich oft vielleicht auch nicht so richtig als Unternehmer. Und es ist aber so, dass die kleinsten und die EPU's gemeinsam über 80 % der Mitglieder ausmachen, was eigentlich bedeutet, dass wenn die jetzt wählen gehen und ihre Interessensvertretung wählen, eine sehr große Möglichkeit haben, ihre Interessen durchzusetzen. Also in dem Sinne sehen wir jetzt den 1. Punkt nicht so, währenddessen wir den 2. Punkt sehr begrüßen. Wir glauben auch, es kann nicht schaden und es ist sogar wichtig, dass man sich immer wieder ein Stimmungsbild einholt eben gerade bei den kleinen und kleinsten Unternehmen. Was sind die Probleme? Ich glaube, es ist ganz unterschiedlich bei den EPU's, wir reden hier über eine riesige Bandbreite vor allem an Dienstleistern, wo manche vielleicht jetzt oder in der Inflation ihre Preise vielleicht anheben können und andere in einem großen Druck sind, Ausgaben haben und diese nicht mehr leisten können. In diesem Sinne freue ich mich darauf, dass der Herr Stadtrat Eber einen Runden Tisch vielleicht organisiert und wir da noch mehr herausfinden, wie wir gezielt als Stadt Graz hier die Unternehmen unterstützen können. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Liebe Daniela Gmeinbauer, ich dachte immer, die ÖVP wäre eine Wirtschaftspartei. Und auch zu den ...

*Zwischenruf CO GR<sup>in</sup> Gmeinbauer: Aber das ist der falsche Weg.*

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Nein, das ist auch gar nicht der falsche Weg, weil ich glaube, die Wirtschaftskammer von sich aus kommt nicht darauf ...

*Zwischenruf CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer**: Du kann nicht einfach Interessensvertretungen abschaffen.*

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Bitte, keine Diskussion. Ich bin am Wort, Daniela. Dann redest du von 90 bis 170 Euro im Jahr Grundumlage. Das ist ein Unternehmen, das ein Gewerbe hat. Ich habe zwei Gewerbe. Ich zahle an die 300 Euro im Jahr und ich kenne Kosmetiker:innen, die machen Fußpflege, die machen, ich weiß nicht, Massage und allerlei, und die zahlen bis zu 800 Euro, wenn da mehrere Gewerbe zusammenkommen. Also das ist grundsätzlich überhaupt nicht wahr zu sagen, dass das 90 bis 170 Euro im Jahr sind. Ich sitze in der Fachgruppe 126 der Gewerblichen Dienstleister im Ausschuss. Ich bin eine einzige Pinke, dann gibt es noch zwei Grüne und der Rest sind Schwarze. Was glaubst du, was da rauskommt, wenn die Grundumlagen abgestimmt werden? Ich stimme dagegen, ich werde einfach immer überstimmt. Die einzige Chance, die wir haben, ist, dass wir bei der Mitgliederversammlung, bei der nächsten, möglichst viele Menschen hinkarren, die sagen, nein, wir wollen da etwas anderes oder wir wollen das reduzieren oder nicht. Ich bitte Sie, ich bin Unternehmerin seit 40 Jahren, man hat es nicht leicht als Unternehmen und in diesen Zeiten sowieso, und jeder, der das abstreitet, ich weiß nicht, das geht einfach nicht. Ich ersuche um Annahme der Dringlichkeit und um Annahme des Inhaltes. Vielen Dank (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.***

**CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer**:**

Liebe Sabine, ich glaube, wir meinen beide das Gleiche, wir wollen EPU's unterstützen, aber sei mir bitte nicht böse, das kann ja wohl nicht passieren, indem ich eine Interessensvertretung abschaffe, wo Gesetze für Branchen, für wichtige Abläufe deiner Arbeit passieren. Und wenn du mir jetzt dann kommst und sagst, du hast zwei

Gewerbescheine und manche haben noch mehr Gewerbescheine und zahlen 800 Euro, ich meine, das wissen wir schon beide, dass dann auch mehr Einkommen lukriert wird. Also da kann ich nicht sagen, der tut mir jetzt leid, dass er 800 Euro Grundumlage zahlt, weil dann gehe ich davon aus, dass er auch gute Jobs hat und damit sich auch diese Grundumlagen finanziert, weil er sich darauf verlassen kann, dass die Wirtschaftskammer in der Interessensvertretung die Branchen vertritt. Und wenn sich jemand schlecht vertreten fühlt, der Kollege vorher hat es gerade gesagt, naja, dann muss ich hingehen und dann muss ich sagen, Entschuldigung, das ist nicht in Ordnung, was ihr hier macht. Nur weil man es nicht sagt, dann wird auch nicht reagiert darauf, weil dann fühlt man sich natürlich in dem Glauben, egal jetzt, ob ich als kleine Fachgruppenobfrau oder bis hinauf zum Präsidenten, dass wir gut arbeiten, ihr müsst das schon auch sagen. Und ich glaube, noch einmal, das ist der falsche Weg, solche Institutionen, die uns auch vertreten, abzuschaffen, weil ich als EPU, und ich bin auch eine, kümmere mich um meine Agentur, um mein Geschäft und bin froh, wenn ich mitbekomme, dass in meinen Veranstaltungsbereich für mich meine Interessen gewahrt werden und bleiben, dass ich gut arbeiten kann, und um nichts anderes geht es hier. Und das, was du willst, du willst eine ganze Institution abschaffen, wo wir ...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Reininghaus**: Für ein Jahr.*

CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer**:

Was heißt, für ein Jahr?

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Reininghaus** unverständlich.*

CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer:**

Naja, das bringt ja nichts, wenn es jemandem schlecht geht, soll er ansuchen und dann wird man es ihm nicht verwehren, dass er die Grundumlage nicht zahlen muss. Und ich kann dir nur sagen, ich habe diese Woche eine Ausschusssitzung für meine Fachgruppe gehabt und war überrascht, dass für die letzten beiden Jahre 40.000 Euro an Rückständen freiwillig nachbezahlt worden sind. Es gibt Branchen, denen geht es wieder besser, was ja Gott sei Dank und gut ist, das brauchen wir in der Wirtschaft, aber du kann das nicht verallgemeinern, bitte nicht. Danke (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Ich darf mich hier auch kurz zu Wort melden als Mitglied der Regionalstelle der Wirtschaftskammer. Ich glaube, man kann da immer vieles diskutieren und hinterfragen, was die Wirtschaftskammer betrifft, was die Grundumlagen betrifft, was die Höhe betrifft natürlich. Ich glaube, das passiert auch. Und ich glaube, das ist ein Diskurs, der wichtig ist, der aber, glaube ich, auch dort zu führen ist, deswegen werden wir diesem 1. Punkt nicht zustimmen. Wir werden aber dem 2. Punkt sehr wohl zustimmen, also einen Runden Tisch einzuberufen. Das ist, glaube ich, eine sehr gute Idee, es geht hier wirklich auch darum, diesen EPU, die unter diesen vielen Krisen leiden, zu helfen. Uns sind hier eben die ökologischen und sozial orientierten besonders wichtig, die Klein- und Mittelbetriebe natürlich, die wichtig sind für die Wirtschaft dieser Stadt, also da ist, glaube ich, wirklich Handlungsbedarf. Dementsprechend werden wir dem 2. Punkt zustimmen. Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Katzensteiner:**

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher:innen, liebe Sabine. Danke für den Antrag. Wie du eh schon gesagt hast, die Wirtschaftskammer ist oft an vorderster Front, wenn es darum geht, dass die öffentliche Hand den Unternehmen unter die Arme greifen muss. In dieser Richtung ist

ja auch eh viel passiert jetzt in den krisenhaften Zeiten, in denen wir sind. Und es ist natürlich wichtig, dass vor allem kleinen Betrieben und EPU's Hilfestellungen geleistet werden, weswegen ich auch den Vorschlag mit dem Runden Tisch sehr begrüße. Gleichzeitig stellen eben die enormen Teuerungen nicht nur Privatpersonen und Unternehmen vor große Herausforderungen, sondern auch die Gemeinden. Wir haben es heute schon öfters gehört, die finanzielle Situation ist nicht rosig. Ich möchte aber nur betonen, dass betrifft nicht nur die Stadt Graz, wie das oft in den letzten Tagen gerne dargestellt wird, sondern viele Gemeinden aufgrund der Ursachen, die wir eh alle kennen. Vor diesem Hintergrund wäre es eben angesagt, dass die Wirtschaftskammer hier auch selbst zur Unterstützung ihrer Mitglieder und da eben vor allem der Kleinbetriebe und EPU's beiträgt, indem die Grundumlagenvorschrift entfällt. Zu den EPU's zählen ja z.B. auch 24-Stunden-Betreuer:innen und für die können auch 100 Euro im Jahr schon viel sein, was sie da zahlen müssen, und für die wäre das sicher eine Entlastung, wenn ihnen hier ein bisschen unter die Arme gegriffen wird, zumal die Wirtschaftskammer vermutlich von ihren Rücklagen her auch nicht schlecht aufgestellt ist. Zeigt sich ja auch daran, dass gewisse Funktionärinnen und Funktionäre Extra-Salär bezahlt bekommen. Vor diesem Hintergrund sollte es für die Wirtschaftskammer hier auch verkraftbar sein, hier einmalig auf die Grundumlagenvorschrift zu verzichten. Man könnte damit vor allem den EPU's auf unbürokratische direkte Weise Unterstützung geben. Und ja, wir finden das einen guten Ansatz, dass unser Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler hier mit der Wirtschaftskammer auch in Gespräche tritt, und deshalb werden wir dem Antrag gerne zustimmen in beiden Punkten. Danke (*Appl.*).

**KO GR Ehmman:**

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Gemeinderat, Zuhörertribüne, im Livestream, liebe Antragstellerin. Der Antrag ist grundsätzlich eine gute Idee, weil es natürlich um wirtschaftlichen Druck geht, und natürlich sind im Besonderen EPU's auch mit Arbeitnehmer:innen gleichzustellen, in manchen Bereichen

auch prekäre Arbeitsverhältnisse zum Teil. Aber ich glaube, was den Einser betrifft, also was die Grundumlage betrifft, würde ich es noch ein Stück weit diskutabel sehen, wenn man von existenzbedrohten Bereichen spricht, weil nicht jedes EPU ist wahrscheinlich in einer existenzbedrohenden Situation, also das glaube ich nicht, aber einige natürlich. Wenn man sich diesen Bereich anschaut, dann müsste man auch ein bisschen differenzieren. Ich glaube schon, dass ich hier keine Selbstvertretungs- bzw. Selbstverwaltungsdiskussion auslösen würde, ich glaube, die Kammersysteme haben das für sich, das ist im Arbeitnehmer:innenbereich gleich, das hat sich ebenso durchgesetzt und bewährt, als auch wie im Wirtschaftsparlament auf der anderen Seite. Ich bin jetzt auch sicher der letzte Vertreter des Kapitals, aber eines möchte ich zumindest ins rechte Licht rücken, weil das war nicht die Wirtschaftskammer, die das Salär gezahlt hat, sondern der Wirtschaftsbund, aber das ist wurscht, das ist nur ein Nebensatz (*Appl.*).

*Zwischenruf GR Dr. Piffel-Percevic unverständlich.*

**KO GR Ehmann:**

Ja, ja, danke. Jetzt hättest du dich wenigstens bedanken können, wenn ich das schon mache, aber ok, gut, kommt gleich ein Angriff. Werde ich mir merken. Diesbezüglich den Punkt 1, wie gesagt, in dem Fall, wir bitten auch um getrennte Abstimmung. Wir würden das so sehen, dass wir dem Punkt 1 hier in diesem Fall in dieser Formulierung, so wie sie vorliegt, nicht zustimmen, aber natürlich dem Punkt 2, weil ein Zusammensetzen und darüber nachzudenken, wie man hier entlasten kann in diesen Bereichen, halte ich auch für sinnvoll, das ist auch gescheit so, und deshalb werden wir dem Punkt 2 natürlich auch inhaltlich zustimmen. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Katzensteiner:**

Nur kurz, weil ich angesprochen wurde. Und zwar es geht um einen 50-prozentigen Mehraufwandszuschlag, den der Präsident Herk bekommen hat, der sehr wohl von der Wirtschaftskammer bezahlt wird. Das andere Salär ist dann vom Wirtschaftsbund, also das waren zwei Dinge.

*Zwischenruf CO GR<sup>in</sup> Gmeinbauer: Das steht im WKO-Gesetz, dass das zulässig ist.*

**GR<sup>in</sup> Katzensteiner:**

Ja, es geht ja nicht um zulässig ...

*Zwischenruf CO GR<sup>in</sup> Gmeinbauer: Du hast gesagt, er hat sich das herausgenommen.*

**GR<sup>in</sup> Katzensteiner:**

Nein, ich habe nicht gesagt, er hat sich das herausgenommen, ich habe gesagt, die Wirtschaftskammer kann sich das leisten offenbar, das zusätzlich zu bezahlen. Dass das legal ist, ist ja keine Frage, das habe ich nie in Abrede gestellt. Es geht um die Optik, dass er anscheinend eine 50-prozentige Zulage bekommt und dass die Kammer dann wahrscheinlich auch eben den EPU's dahingehend unter die Arme greifen kann. Das war meine Aussage (*Appl.*).

**StR<sup>in</sup> Schönbacher:**

Eigentlich wollte ich mich jetzt nicht mehr zu Wort melden, aber ich werde es jetzt ganz kurz machen, weil das ist ein bisschen differenziert zu sehen, finde ich. Es gibt sehr viele Ein-Personen-Unternehmen, die haben tatsächlich etwas von ihrer

Grundumlage, die sie einzahlen, weil es viele Veranstaltungen gibt für sie. Aber wahrscheinlich gibt es noch mehr EPU's, die eben 24-Stunden-Pfleger:innen sind, und denen geht das Geld dann tatsächlich ab, weil in Wirklichkeit so viel bekommen sie dann auch wieder nicht bezahlt, wenn man sich vorstellt, dass sie 24 Stunden am Tag nämlich zur Verfügung stehen müssen. Welcher unter uns würde freiwillig so eine Arbeit machen, die auch wirklich eine sehr, sehr schwere Arbeit ist, die einem sehr viel abverlangt? Also ich sage einmal, das muss man ein bisschen differenziert sehen. Aber die Grundumlage wird eben vom Sozialversicherungsbeitrag berechnet und ist auch noch abhängig von der Fachgruppe. Weil ich hatte zwei Gewerbe als EPU, für das eine Gewerbe habe ich 100 Euro gezahlt im Jahr und beim anderen Gewerbe habe ich 270 Euro gezahlt im Jahr, das kommt nämlich auch darauf an, wie viele Mitglieder tatsächlich so eine Fachgruppe hat, weil bei den Friseuren gibt es halt Mitglieder ohne Ende und die können sich das wahrscheinlich schon locker leisten, dass sie einmal ein Jahr die Grundumlage aussetzen, bei den anderen ist es halt vielleicht nicht so. Mein Mann ist Hafnermeister, da gibt es nur ganz wenige Mitglieder, da ist die Grundumlage relativ hoch, die haben auch aber auch Probleme gehabt in der Corona-Zeit, weil sie hätten zum Teil arbeiten dürfen, aber haben kein Material bekommen, also war dort die Unterstützungsleistung auch nicht wirklich massiv. Jetzt zerreißen sie sich wieder, jetzt könnten sie doppelt so viel arbeiten, aber es gibt die Mitarbeiter nicht. Aber Fakt ist, die Unternehmen sind nicht Corona-gebeutel, sondern von den Maßnahmen gebeutel. Zum einen muss man zusperren, die Kunden müssen sich einen anderen Weg suchen, sie finden sich auch ihre Wege, und erst vor zwei Tagen habe ich einen Friseurkollegen von mir besucht und der hat gesagt, er weiß von einem Vertreter der österreichweit arbeitet, dass einfach 50 % der Kunden nicht mehr kommen, weil sie sich jetzt einen eigenen Weg gesucht haben, weil sie sich selbst die Haare färben, weil sie sich gar nicht mehr die Haare färben. Und das sind schon große Umsatzeinbußen, und ich finde schon, dass man einfach den Unternehmen so weit helfen kann und muss, weil mir ist es lieber, sie zahlen die Sozialversicherungsbeiträge, die eh viel zu hoch sind, aber beschäftigen die Mitarbeiter weiterhin noch, als sie zahlen ihre Grundumlagen. Also wir werden diesen Antrag unterstützen, weil ein Runder Tisch, um

Wirtschaftstreibende unterstützen zu können, da muss man einfach zustimmen, weil es einfach so wichtig ist, und die zahlen schließlich die Hauptsteuerlast, und die Steuern werden ja von uns wieder ausgegeben (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ich möchte nur kurz auch anmerken, ich danke im Übrigen erstens nicht nur für den Antrag, sondern auch für die durchaus guten Beiträge durch die Bank. Weil letztendlich, über was reden wir? Jede Familie, jeder Haushalt spürt, wie du es im Antrag ausführst, diese multiplen Krisen, das belastet viele und selbstverständlich belastet es Klein-, Mittelbetriebe und EPU's genauso. Jeder, der nicht blind ist, sieht das, weiß das, und gerade der letzte Beitrag von der Kollegin Schönbacher ist richtig, also diese Befundung, das hört man täglich, und insofern ist dieser Antrag gut und richtig. Was hier am besten hilft, das will ich jetzt nicht einmal im Detail diskutieren, aber in jedem Fall ist es vernünftig und richtig, sich zusammzusetzen und zu überlegen, wie man hier behilflich sein kann. Und vor allem möchte ich aber auch auf eines hinweisen, dass wir von der Stadt Graz, durchaus auch vom Bürgermeisteramt, eine Initiative oder einen Zusammenschluss von „Echt Graz“ unterstützen, den ich als genaue Plattform und als Gemeinschaft sehe für Gewerbetreibende, auch für kleine Betriebe und für Ein-Personen-Unternehmen. Und das, denke ich, sollte durchaus noch mehr bekannt gemacht werden und eigentlich vielleicht auch noch offener gestaltet werden, um letztendlich Hilfestellungen und Unterstützungen auch in der Werbung und auch in der Öffentlichkeitsarbeit zu geben, weil genau dafür verwenden wir ja auch die Mittel durch die Stadt Graz für diesen Verein. Das wollte ich noch anmerken. Und ansonsten, liebe Frau Gemeinderätin, sind Sie bitte am Schlusswort.

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Ich mache mir wenig Sorgen um die Wirtschaftskammer, die nehmen ja auch, für alle die das nicht wissen, neben den Grundumlagen auch noch die KU 1 und die KU 2 ein.

Das heißt, die KU 2 bezeichnet man auch als Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag, das sind 3,5 % der ...

*Zwischenruf CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer**: Das ist heute im Wirtschaftsparlament eingebracht worden.*

*Zwischenruf GR Mag. **Pointner**: Du bist nicht am Wort!*

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Ja, das sind 3,5 % der Bruttolöhne und wenn da auch noch die Sonderzahlungen dabei sind, dann ist das wieder ein schönes Körpergeld für die Kammer, also nein, da braucht man sich keine Sorgen machen. Wir müssen uns um die Unternehmer kümmern und um die kleinsten Unternehmer kümmern in Graz. Dankeschön (*Appl.*).

**KO GR Mag. Pascuttini: (zur Geschäftsordnung)**

Tatsächlich zur Geschäftsordnung, ist der Punkt 1 wirklich zulässig, kann man die Frau Bürgermeisterin wirklich auffordern, auch mit dem Salzamt in Kontakt zu treten und Forderungen dann vorzubringen? Dankeschön.

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ich bin nicht damit gemeint, sondern das zuständige Stadtsenatsmitglied.

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Ich dachte, das bist du (*deutet auf StR Dr. Riegler, Appl. und Gelächter im Saal*).

Nachdem du Wirtschaftssprecher der Stadt Graz bist, hätte ich mir das zumindest gewünscht, aber ich mache das gerne. Ich habe nur im ersten Reflex an dich gedacht. Aber wir kommen jetzt zu dieser Frage, da muss ich den Herrn Magistratsdirektor fragen, das war ja jetzt zur Geschäftsordnung.

*Zwischenruf KO GR Mag. Pascuttini unverständlich.*

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Naja, in Kontakt treten, aus meinem Hausverstand heraus würde ich sagen, kann man immer.

Magistratsdirektor Mag. Martin **Haidvogl**:

Grundsätzlich vertritt die Bürgermeisterin die Stadt nach außen und ist ohnehin immer die Stelle, die nach außen hin für die Stadt spricht. Also insofern, wenn die Stadt Graz an eine Außenstelle herantritt, dann ist es die Bürgermeisterin, die das zu tun hat. Man kann jetzt lange diskutieren, ob der Gemeinderat ohnehin alle Stellen der Welt immer ansprechen kann (*Gelächter im Saal*), aber der Usus ist, dass der Gemeinderat durchaus andere Stellen aufsucht und mit Bitten an andere Stellen herantritt.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Danke für die Richtigstellung und für die Information. Dann kommen wir jetzt zu den beiden Punkten im Antrag, wo auch der Wunsch war, getrennt abzustimmen.

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 1) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Neos) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 2) wurde einstimmig angenommen.***

#### **9.10 Einsetzung einer Expertenkommission (GR Günter Wagner, FPÖ)**

GR Günter **Wagner**:

Werte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Die Zeit ist etwas fortgeschritten und es sind nicht mehr alle so aufmerksam, deshalb werde ich mich möglichst kurz halten, nichtsdestotrotz ist es dringlich, diesen Antrag jetzt einzubringen. Wie die Berichterstattungen der letzten Tage, glaube ich, jedem eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben, stehen wir momentan zweifelsfrei unter einem veritablen Budgetproblem. Der Rücktritt von Finanzdirektor Tschikof ist jetzt auch nicht gerade dienlich, aber das ist einfach so zu akzeptieren und zur Kenntnis zu nehmen. Aktueller Ausgangspunkt der Geldnot ist das Doppelbudget für die Jahre 2022/2023, das eben von der Linkskoalition KPÖ, Grüne und SPÖ vorgelegt wurde und vom Finanzstadtrat Eber ist bis zum Oktober auch nichts nachgebessert worden. Statt einer Lösung habe ich persönlich eher gegenseitige Schuldzuweisungen wahrgenommen, bringt uns halt nur im Moment nichts, irgendwem anders hier jetzt die Schuld unter die Schuhe zu schieben. Und ich glaube, wir sind uns alle einig, auch einen Kommissär wollen wir in Graz nicht haben, ich hoffe doch, dass wir das abwenden können. Der Imageschaden ist, glaube ich, schon angerichtet, der ist groß genug. Ich bin beruflich in ganz Österreich unterwegs und egal wo man hier hinkommt, ist hier Graz und die drohende Pleite, so wie sie medial hier natürlich auch dementsprechend verbreitet wurde, ist in aller Munde. Faktum ist, dass die dunkelrot-grün-rote Stadtkoalition bereits mit dem ersten Budget jetzt eine weitreichende

finanzpolitische Verwerfung ausgelöst hat, und nun gilt es halt, die Grazer vor weiteren Schäden zu bewahren und den Haushalt der Landeshauptstadt dementsprechend schnellstmöglich wieder auf einen zukunftsfähigen Weg zu bringen. Das wird nur gemeinsam funktionieren. Aufgrund des ÖVP-Abänderungsantrages habe ich natürlich gesehen, das Land ist nicht unbedingt in der Ziehung; ich werde meinen Antrag trotzdem so stellen, weil ich denke, dass es wichtig ist, alle Kräfte hier zu vereinen und zu bündeln und das Problem jetzt einfach zeitnah und schnell zu lösen. Und somit stelle ich folgenden

**dringlichen Antrag:**

Die Grazer Stadtregierung wird aufgefordert, umgehend eine Expertenkommission einzuberufen, der Vertreter des Stadt- sowie Landesrechnungshofes und des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung angehören, mit dem Ziel, das Budget der Landeshauptstadt rasch, effizient und nachhaltig zu konsolidieren.

Ich bitte um Annahme. Danke (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Wie die Berichterstattung der letzten Tage wohl jedem eindrucksvoll vor Augen geführt haben dürfte, hat die Stadt Graz zweifelsfrei ein veritables Budgetproblem. Aktueller Ausgangspunkt der Grazer Geldnot ist das Doppelbudget für die Jahre 2022 und 2023, das die Links-Koalition aus Kommunisten, Grünen und Sozialdemokraten vorgelegt hat. Stadtrechnungshofdirektor Hans-Georg Windhaber warnte Berichten zufolge bereits mehrmals vor finanziellen Engpässen der Stadt angesichts der vorliegenden Planung – KPÖ-Finanzstadtrat Manfred Eber besserte bis zum Ende einer mit Oktober auslaufenden Frist allerdings nicht nach. Trotz gegenteiliger Beteuerungen der Stadtkoalition macht sich jedoch nicht nur der Stadtrechnungshof Sorgen um den Haushalt der Landeshauptstadt. Wie die „Presse“ am 8. November 2022 berichtete, dürften die Folgen eines weiteren Aussitzens der derzeitigen Finanzsituation*

*dramatisch sein: „Wird nicht nachgebessert, müsse gar ein Kommissär eingesetzt werden, um die Stadtfinanzen zu sanieren, auch Neuwahlen drohten – und das gerade einmal ein Jahr nach dem Wahlsieg der Kommunisten, der die ÖVP nach 18 Jahren den Bürgermeisterstuhl gekostet hat. Neuland würde damit in der Steiermark nicht beschritten: 2011 beispielsweise wurde ein Kommissär von der Landesregierung nach Fohnsdorf geschickt, um die finanzmarode Gemeinde anstelle der entmachteten Gemeindeverantwortlichen wieder in die Spur zu bringen.“*

*(Quelle: <https://www.diepresse.com/6212876/dunkelrote-zahlen-graz-in-geldnot>)*

*Anstatt all diese Warnungen jedoch ernst zu nehmen und das angeschlagene Budget endlich zu sanieren, übt man sich in gegenseitigen Schuldzuweisungen. Während Bürgermeisterin Kahr noch keine Gefahr ortet, schlägt die schwarz-rote Landesspitze kritischere Töne an. Man halte die Einsetzung eines Kommissärs derzeit zwar noch nicht für sehr wahrscheinlich, ausgeschlossen haben ÖVP-Landeshauptmann Drexler und sein Stellvertreter Anton Lang diese Möglichkeit jedoch nicht. Faktum ist, die dunkelrot-grün-rote Stadtkoalition hat bereits mit ihrem ersten Budget weitreichende finanzpolitische Verwerfungen ausgelöst. Nun gilt es, die Grazer vor weiteren Schäden zu bewahren und den Haushalt der Landeshauptstadt schnellstmöglich wieder auf einen zukunftsfähigen Weg zu bringen. Dass dies nur gemeinsam funktionieren kann, steht außer Frage.*

*Namens des Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender*

**dringlicher Antrag:**

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die Grazer Stadtregierung wird aufgefordert, umgehend eine Expertenkommission einzuberufen, der Vertreter des Stadt- sowie Landesrechnungshofes und des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung angehören, mit dem Ziel, das Budget der Landeshauptstadt rasch, effizient und nachhaltig zu konsolidieren.*

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> (FH) **Schlüsselberger:**

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat und liebe verbleibende Zuhörerinnen und Zuhörer. Vorweg gleich, der Dringlichkeit können wir nicht zustimmen, weil, wenn etwas schon läuft, ist es immer noch zu spät, und auch, weil einiges an diesem Antrag nicht ganz durchdacht ist. Ohne jetzt die Zeit allzu strapazieren zu wollen, ein bisschen ist es schon ein Treppenwitz, wenn über Imageschaden, Budgetkorrektheit und finanzpolitische Verwerfungen was kommt vom letzten verbleibenden Mandatar der FPÖ. Nichtsdestotrotz hat es schon Vorteile, dass in den letzten Wochen viele zu Finanzexperten und -expertinnen geworden sind, denn das tut dem Haus gut, das tut dem Budget gut, allerdings ist es halt mit einem Haushalt nicht so einfach und auch die Lösungen sind nicht einfach. Es ist, glaube ich, nicht zu diskutieren, dass wir umgehendst effizient und nachhaltig Konsolidierungsmaßnahmen treffen müssen und die sind ja auch im Gange, geplant, angekündigt und somit eigentlich eh nicht mehr zu diskutieren. Der Ruf nach Expertinnen und Experten von außen ist auch klar, und ist vermutlich eine einfache Lösung, allerdings bei komplexen Themenstellungen sind die einfachen Lösungen meistens die schlechtesten und die wenig durchdachtsten. Auch finde ich, dass das Haus Graz mit allen Menschen, die hier arbeiten, eine riesengroße Bandbreite an Expertinnen und Experten schon darstellen. Sei es unser Stadtrechnungshof, seien es unsere Führungskräfte im Haus Graz, sei es der Magistrat, seien es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das Haus seit Jahrzehnten kennen, die schon ganz viel mitgemacht haben und die eigentlich am besten wissen, wo die Stärken und die Schwächen sind. Und dieses wertvolle, großartige und vor allen Dingen interne Potenzial sollten wir nutzen, ich glaube, wir werden es auch nutzen, und so, glaube ich, sind wir auf einem guten Weg und brauchen nicht von außen jemanden holen, der es eigentlich gar nicht besser wissen kann. Danke (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler:**

Also ich mache es kurz, wir sind natürlich für die Dringlichkeit, wir sehen die Dringlichkeit als gegeben, allerdings eh schon im Grunde genommen seit Februar, seit

Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat. Denn kurz danach war eigentlich erkennbar für jeden, der auch nur halbwegs regelmäßig Zeitungen liest, dass erstens die Teuerung wahrscheinlich stark zunehmen würde, weil damals schon erkennbar war, dass es Energieprobleme geben, und zweitens, dass das Wachstum des BIP wahrscheinlich zurückgehen würde. Deswegen haben wir eigentlich schon seit Frühjahr, Frühlingssemester immer wieder wiederholt und dann auch in der Budgetgemeinderatssitzung darauf hingewiesen, dass es ganz, ganz dringend wäre, gegenzusteuern, insbesondere auch die Budgets ordentlich und vorsichtig zu machen. Und der Kollege Hohensinner und meine Wenigkeit haben vor einigen Wochen schon genau einen Schulterschluss, eine Haushaltskonsolidierung gefordert und eigentlich auch angeraten, eine Expertenkommission einzuberufen. Insofern ist das durchaus in unserem Sinne, ich schicke es gleich voraus, damit wir nachher in der Sache selbst dann nicht zu viel Zeit verlieren. Ich halte es allerdings nicht unbedingt für erforderlich, dass man den Landesrechnungshof einschaltet, der ist eigentlich nicht zuständig, auch das Amt der Steiermärkischen Landesregierung ist, glaube ich, ein bisschen überhalten. Wir sind ja sowieso als Stadt unter der Gemeindeaufsicht, und die Gemeindeaufsicht schaut sich ja unsere Budgets und Rechnungsabschlüsse an. Daher haben wir eben einen Abänderer formuliert, aber die Dringlichkeit sehen wir auf jeden Fall gegeben. Und es überrascht mich ehrlich gesagt ein bisschen, dass die Kollegen von der SPÖ tatsächlich hier jetzt wortreich erklären, dass die Dringlichkeit immer noch nicht gegeben ist, nachdem es eigentlich an allen Ecken und Enden Handlungsbedarf gibt (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, vorweg habe ich wieder eine Frage zur Geschäftsordnung. Weil grundsätzlich ist dieser Vorschlag ja budgetwirksam, also wenn man jetzt per dringlichem Antrag beschließt, die Expertenkommission einzusetzen, dann werden das ja externe Experten sein, die ja insofern Kosten produzieren und damit ...

*Zwischenruf Magistratsdirektor Mag. Martin **Haidvogl**: Das wurde extra herausgenommen, dass das Externe sein sollen.*

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Ok, dann muss ich schon noch die Frage stellen, auch zur Geschäftsordnung. Wir haben damals einen Antrag einbringen wollen zur Burgruine Gösting, Einrichtung eines Burgfonds, da wurde dann gesagt, ok, gut, ist budgetwirksam, kann man nicht abändern. Warum ist das da jetzt möglich?

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**: Weil das Externe weggefallen ist.*

*Zwischenruf Magistratsdirektor Mag. Martin **Haidvogl**: Im Vorfeld schon.*

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Ja, es war ja bei uns auch im Vorfeld, also wir haben die Ablehnung bekommen, dass dieser Antrag budgetwirksam ist, also da würde ich wirklich bitten, dass man mit gleicherlei Maß misst; wenn es Abänderungsmöglichkeiten geben sollte, dann finde ich das in Ordnung, sollte man jedem zugestehen, aber dann bitte auch allen. Aber grundsätzlich kann ich hier anschließen zum Inhalt oder zum geforderten Inhalt des Antrages. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen, aber ich kann mich hier beim Stadtrat Riegler anschließen, den Stadt- und Landesrechnungshof einzuschalten, das ist dann doppelt gemoppelt. Also grundsätzlich hoffe ich ja wirklich inständig, dass man den Ernst der Lage erkannt hat und dass man wirklich sich hier jetzt auch auf externe Experten verlässt, aber ich bin hier guter Dinge, dass wir dann beim Budgetsondergemeinderat dann mehr dazu erfahren werden. Also wir werden der

Dringlichkeit zustimmen und dem Inhalt, wie auch immer er dann geartet ist, auch (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ich habe beim Herrn Magistratsdirektor nachgefragt, dieser Antrag ist, bevor er eingebracht wurde, er hat gefragt, der Herr Gemeinderat Wagner, vor der Sitzung abgeändert worden, und deshalb ist es möglich. Und es ist nicht möglich, wenn man das nicht macht.

*Zwischenruf KO GR Mag. Pascuttini unverständlich.*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ja, aber in der korrekten Form.

**StR Eber:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller, ich verstehe natürlich die Aufgeregtheit oder auch die Sorge, die hier natürlich besteht um das Budget, insbesondere auch aufgrund der medialen Berichterstattung und der Diskussionen in den letzten Tagen, wie du das ja auch gesagt hast. Ich bin auch der Kollegin Daniela Schlüsselberger sehr dankbar für die Wortmeldung, sie hat jetzt einiges natürlich schon vorweggenommen. Dennoch möchte ich noch einmal darauf hinweisen, der Gemeinderat hat mehrheitlich bereits im Juni mit den Budgetbeschlüssen auf die Konsolidierungsnotwendigkeit darauf hingewiesen, diese sollen ja im ersten Quartal 2023 bereits in einem ersten Bericht an den Gemeinderat erfolgen. Es ist ja jetzt nunmehr so, dass ich erstens auch der Meinung bin oder daran zweifle, ob der Stadtrechnungshof eine besonders aktive Rolle spielen kann bei der

Budgetkonsolidierung. Also es kann nicht die Aufgabe des Stadtrechnungshofes seine, diese zu machen, sondern es wird natürlich jeder Konsolidierungsschritt, jede Maßnahme wird natürlich in enger Absprache mit dem Stadtrechnungshof stattfinden, das ist ja selbstverständlich. Wie im Übrigen auch natürlich mit der Landesregierung, mit der Abteilung 7, glaube ich, mit dem Kollegen Dr. Hörmann und Hofrat Mag. Wlattnig, mit denen wir ja auch in einem guten Austausch sind. Wir haben es heute ja auch schon gehört, es ist ja der Finanzdirektor zurückgetreten und wir haben einen neuen interimistischen. Ich glaube, es ist natürlich auch wichtig und fair, dass man diesem neuen Finanzdirektor Johannes Müller, der das interimistisch, wie gesagt, übernimmt, auch die Möglichkeit gibt, der ist ja eine ausgewiesener Experte natürlich, weil er ja schon sehr viele Jahre im Stadtrechnungshof tätig war und von daher das Haus Graz sehr gut kennt, ist es natürlich auch fair ihm gegenüber, zumindest wesentlich auch mitzugestalten, wie eine Arbeitsgruppe, wie auch immer man das nennen will, dann im Detail auszusehen hat und unter welchen Konstellationen er hier auch arbeiten möchte und auch als arbeitsfähig und zielorientiert ansieht. Was ich jedenfalls auch unterstreichen möchte und kann, das ist, Kollege Riegler hat es, glaube ich, angesprochen auch bei der Einbringung des Antrages, dass es natürlich notwendig ist, dass wir hier alle gemeinsam an einem Strang ziehen, habe ich heute auch schon einmal gesagt, fällt mir auf. Ich bin hier natürlich auch sehr zuversichtlich, dass uns hier etwas gelingen wird, und kann nur ersuchen, hier diese Konsolidierungsmaßnahmen gemeinsam in Angriff zu nehmen. Die Dringlichkeit würde ich jetzt als noch nicht gegeben sehen, vor allem auch im Hinblick darauf, dass ja ein Sondergemeinderat in wenigen Tagen, spätestens Anfang übernächster Woche, glaube ich, stattfinden wird, wo wir ausreichend Zeit haben, uns vertiefend mit diesen Fragen natürlich auch zu beschäftigen. Danke (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ich möchte vielleicht auch noch, weil es die öffentliche Sitzung ist, bevor wir in den nicht öffentlichen Teil gehen, ich möchte mitteilen, aber das ist für alle Gemeinderäte

und Gemeinderätinnen auch wichtig, dass nach Rücksprache auch mit allen hier im Haus vertretenen Fraktionen die Sondersitzung des Gemeinderates zur Mittelfristplanung sowie zur planerischen Annahmen und Perspektiven der Konsolidierung des Haushaltes am Montag, den 28. November um 16.00 Uhr hier im Gemeinderatssitzungssaal stattfinden wird. Ich glaube, das ist wichtig, dass man das hier gleich anmerkt, damit Sie sich das auch rechtzeitig vormerken können. Und nun kommen wir zum Schlusswort vom Herrn Gemeinderat Wagner.

GR Günter **Wagner**:

Danke für die Erteilung des Schlusswortes. Dass die Dringlichkeit nicht gegeben wäre, verwundert mich schon stark, denn wenn es nicht dringlich wäre, dann hätten wir wahrscheinlich auch keinen Sondergemeinderat, dann könnten wir uns das ja ohnehin sparen. Über den Inhalt natürlich kann man immer diskutieren, wobei, wenn ich mich zurückerinnere, als ihr euch als Koalition ein halbes Jahr extra herausgenommen habt, um das Budget zu erstellen, das auch von der Opposition so eingeräumt wurde, da halte ich es für ziemlich mutig, sage ich einmal, dann zu behaupten, dass man von außen niemanden braucht, und damit möchte ich schon schließen. Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Wir sind jetzt am Ende der öffentlichen Sitzung. Ich darf mich bei allen Zuhörer:innen, Zuseher:innen via Livestream recht herzlich bedanken und ihnen noch einen schönen verbleibenden Abend wünschen und freue mich, wenn sie beim nächsten Mal wieder dabei sind, spätestens am 28.11.2023 bei unserer Sondersitzung. Bei allen Kolleginnen und Kollegen, der hohen Beamtenschaft darf ich mich ebenfalls bedanken und wünsche ihnen noch einen schönen Abend.